

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 2. Dezember 1971

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 318)

Fragestunde (3.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Kerstnig (26/M, 31/M), Dipl.-Ing. Hanreich (61/M), Tonn (47/M), Pay (30/M), Tödling (53/M), Marwan-Schlosser (52/M), Neuhauser (50/M), Dr. Karasek (21/M), Egg (32/M), Peter (55/M), Ortner (66/M) und Dr. Kranzlmayr (49/M) (S. 318)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 329)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Mock, Dr. Bauer und Genossen betreffend Verwirklichung der in den Regierungserklärungen geforderten Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft (27/J) (S. 331)

Begründung: Dr. Mock (S. 332)

Mündliche Beantwortung durch Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 336)

Redner: Dr. Bauer (S. 337), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 340), Peter (S. 342), Dr. Heinz Fischer (S. 344), Zeillinger (S. 347), Dr. Karasek (S. 351), Robert Weisz (S. 354), DDr. König (S. 358), Dr. Kohlmaier (S. 360), Blecha (S. 363), Melter (S. 367) und Dr. Prader (S. 369)

Entschließungsantrag Dr. Kohlmaier, Meißl betreffend Information über wichtige Vorhaben der Bundesregierung (S. 363) — Ablehnung (S. 371)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

30: Strafbuch (S. 329)

31: Tilgungsgesetz 1971 (S. 330)

33: Änderung der Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über die Kundmachung von Staatsverträgen

34: Änderung des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt

36: Abkommen mit Großbritannien über Soziale Sicherheit

37: Allgemeines Abkommen mit Frankreich über Soziale Sicherheit

42: Änderung des Außenhandelsgesetzes 1968

43: Rohstofflenkungsgesetznovelle 1971

44: Änderung des Bundesgesetzes betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes

45: Änderung des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen und Sonderregelung für das Geschäftsjahr 1972

46: Änderung des Qualitätsklassengesetzes

47: Futtermittelgesetz-Novelle 1971

48: Änderung des Bundesgesetzes über die Erhebung eines Importausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft

72: 27. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz

73: 5. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz

75: Änderung des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen

76: Änderung des Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetzes

78: Änderung des Preistreibergesetzes 1959

79: Zivilluftfahrt-Statistikgesetz

81: Marktordnungsgesetz-Novelle 1971

82: Änderung des Landwirtschaftsgesetzes

83: Änderung des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes 1952

87: Errichtung eines Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

88: Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1972 (S. 330)

Berichte

betreffend den Jahresbericht und Jahresabschluß 1970/71 des ERP-Fonds, Bundesregierung (III-3) (S. 330)

betreffend Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1971, Bundesministerium für Finanzen (III-4)

über die österreichische Integrationspolitik, Bundesregierung (III-5)

über die Haltung Österreichs in der China-Frage vor den Vereinten Nationen, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (III-6) (S. 330)

Auslieferungsbegehren

gegen den Abgeordneten Ing. Rudolf Fischer (S. 330)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Mock, Dr. Bauer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Verwirklichung der in den Regierungserklärungen geforderten Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft (27/J)

Kern, Ing. Karl Hofstetter und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Subventionsstudie (28/J)

Regensburger, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Verbauung einer Steinschlagstelle auf der Bundesstraße 1 westlich von Zams (29/J)

Huber, Glaser, Sandmeier und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Ausdehnung der „Seniorenermäßigung“ auf die Benützer von Postautoverkehrslinien (30/J)

Huber, Dr. Halder und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Errichtung eines Ämterhauses für Bundesbehörden in Lienz (31/J)

Kinzl, Helga Wieser, Steiner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend SPÖ-Belangsendung vom 5. bzw. 8. November 1971 (32/J)

Dr. Gruber, Dr. Mock und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Durchführungserlaß zum Studienförderungsgesetz (33/J)

Dr. Gruber, Harwalik und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes zum Hochschul-Organisationsgesetz (34/J)

Regensburger, Huber und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Personalsituation bei den Tiroler Postämtern (35/J)

Burger, Ing. Letmaier, Dr. Kaufmann, Dr. Pelikan und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Unternehmenskonzept der ÖIAG (36/J)

Regensburger, Dr. Halder und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Schaffung eines Zollausschlußgebietes (37/J)

Regensburger, Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Fahrzeugpark der Tiroler Gendarmerie (38/J)

Suppan, Dkfm. Gorton, Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Raumsituation des 1. Bundesgymnasiums Klagenfurt (39/J)

Regensburger, Dr. Kranzlmayr und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Auszahlung von Jubiläumsgeldern (40/J)

Regensburger, Staudinger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Vergabe von Subventionen (41/J)

Regensburger, Glaser und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Zunahme der Eisenbahnunfälle in Österreich (42/J)

Regensburger, Sandmeier und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend den Gesundheitszustand des fahrenden Personals bei den österreichischen Seilbahnen (43/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (1/A.B. zu 13/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 5. und 6. Sitzung des Nationalrates vom 17. November 1971 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeantwortet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Hauser, Frau Dr. Hubinek und Graf.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 2 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Die 1. Anfrage ist zurückgezogen.

Wir kommen somit zur 2. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kerstnig (SPO) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

26/M

Welche Vorbereitungen werden seitens der österreichischen Straßenverwaltung getroffen, daß die italienische Autobahn, wenn sie in wenigen Jahren die Grenze bei Thörl-Maglern erreicht, auf österreichischer Seite ihre Fortsetzung findet und nicht in einem Verkehrsflaschenhals endet?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Bauten und Technik
Moser: Herr Abgeordneter! Für die rund 16,5 km lange Strecke der Südautobahn

Bundesminister Moser

Villach—Arnoldstein/Staatsgrenze ist die Planung schon weitgehend abgeschlossen.

Im Sommer des heurigen Jahres hat ein Expertengespräch mit den zuständigen italienischen Stellen stattgefunden, um die Frage des genauen Grenzüberganges zu fixieren. Bei diesem Gespräch wurde festgestellt, daß auf italienischer Seite für den letzten Abschnitt vor der Staatsgrenze beziehungsweise für den erweiterten Grenzbereich noch keine Planung vorliegt. Eine solche Planung wurde in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt. Dementsprechend konnte auch auf österreichischer Seite der letzte Teil dieses Autobahngrenzüberganges natürlich noch nicht im Detail projektiert werden.

Mit Genehmigung des Ministerrates ist ein österreichisch-italienisches Expertenkomitee gebildet worden, das nun in nächster Zeit die gemeinsamen Arbeiten aufnehmen und die Frage der endgültigen Situierung des Autobahngrenzüberganges — ich hoffe, in nächster Zeit — endgültig abklären wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Kerstnig:** Herr Bundesminister! Das heißt also, daß wir noch mindestens zehn Jahre mit einer Verstärkung des Rückstaues an der Grenze und damit auch mit einer Zunahme der Verkehrsskalamitäten im Villacher Raum rechnen müssen.

Nun wurde vor kurzem die Naßfeldstraße als Bundesstraße übernommen. Sie wäre als Entlastungsstraße ausgezeichnet geeignet, wenn es zu großen Stauungen im Raume Arnoldstein käme.

Ich frage Sie, Herr Minister: Ist damit zu rechnen, daß im Hinblick auf diese Entwicklung, die hier abzusehen ist, mit einem beschleunigten Ausbau der Gailtalstraße und der Naßfeld Bundesstraße begonnen wird?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich kann nicht ganz Ihren Pessimismus teilen, daß es noch etwa zehn Jahre dauern wird, bis die Frage des Autobahngrenzüberganges bei Arnoldstein geregelt sein wird. Aber Sie haben sicher recht: Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die Autobahngrenzstelle errichtet sein wird.

Ich selber habe schon die Absicht gehabt, einen Entlastungsübergang zu schaffen. Die Naßfeldstraße ist ja erst seit 1. September dieses Jahres Bundesstraße. Um diesen Grenzübergang, der auf italienischer Seite Richtung Pontebba ja relativ gut ausgebaut ist und nur auf österreichischer Seite gewisse Schwierig-

keiten macht, für einen dauernden Grenzübergang herzurichten, ist es auch erforderlich, daß wir die Gailtal Bundesstraße in dem letzten Teil vor der Abzweigung zum Naßfeld entsprechend ausbauen.

Es ist gerade vor wenigen Tagen von mir die Vergabe eines solchen Bauloses zum Zwecke der Verbesserung der dortigen Grenzübergänge genehmigt worden. Die Naßfeld Bundesstraße weist noch gewisse Schwierigkeiten auf, vor allen Dingen in dem Bereich der Spitzkehren, die dort liegen. Aber es ist ja die Absicht des Bundes, diese Straße entsprechend auszubauen, damit sie zu einem dauernden, auch wintersicheren Grenzübergang geeignet erscheint.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Kerstnig:** Durch diesen Raum führt ja auch der Verkehr nach Jugoslawien. Ihnen, Herr Minister, sind auch die Schwierigkeiten am Wurzempaß bekannt. Sind schon irgendwelche Aussagen über die Planung in Richtung Jugoslawien zu machen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Es besteht italienischerseits ein großes Interesse an einer Untertunnelung des Loiblpasses, der bisher eine für den Schwerverkehr ungeeignete Grenzübergangsstelle bedeutet. (*Abg. Suppan: Jugoslawischerseits!*) Es sind Interessen auch anderer, vor allen Dingen auch jugoslawischerseits angemeldet worden.

Wir haben zwar im Bundesstraßengesetz eine diesbezügliche Vorkehrung bisher nicht getroffen, aber es besteht eine Studiengruppe, die mit dieser Frage befaßt ist. Ich glaube, gerade in diesen Tagen tritt diese Studiengruppe in Kärnten zusammen, weil ja auch bei dieser Frage natürlich das Land Kärnten mit beteiligt sein muß. Ich hoffe, daß diese Gespräche zu einem guten Abschluß kommen.

Dabei darf ich aber hervorheben, daß es nicht nur um die Frage des Grenzüberganges auf österreichischer Seite geht, sondern daß es innerhalb von Kärnten selber noch eine Reihe von Schwierigkeiten gibt. Ich denke etwa an den Gailbergsattel. Ich erwähne weiter in der Nord-Süd-Verbindung den Paß Thurn, der zwar keinen unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Raum hat, aber für die Nord-Süd-Verbindung, also von der Bundesrepublik Deutschland nach Jugoslawien oder Italien, natürlich als neuralgische Stelle auch auf dieser Strecke liegt. Die Gespräche sind im Gange. Ich hoffe, daß wir dabei zu einer gemeinsamen Lösung kommen werden.

Präsident: 3. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich (FPO) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

61/M

Wurde in Ihrem Ministerium bereits ein abschließender Erfahrungsbericht über das von den Linzer Stickstoffwerken entwickelte Auftaumittel für Schneefahrbahnen ausgearbeitet?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister!

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Im vergangenen Winter wurde versuchsweise am Autobahnast Linz dieser Harnstoff — Urea, wie die Experten sagen — gestreut. Der vergangene Winter war für uns außerordentlich günstig; die Schneeverhältnisse auf dieser Teststrecke waren nicht so, daß man bereits ein abschließendes Gutachten oder eine abschließende Begutachtung hätte erwarten können. Im vergangenen Winter war das Ergebnis in bezug auf den Auftauvorgang günstig. Wir haben den Stickstoffwerken — nicht erst jetzt, sondern schon vor einiger Zeit — mitgeteilt, daß heuer ein Versuch im größeren Rahmen durchgeführt werden soll. Wir haben die Bundesstraße 1 von Linz nach Wels, dann die Bundesstraße 129 von Linz nach Eferding und die Bundesstraße 126 von Linz nach Glasau in Aussicht genommen.

Allerdings haben wir den Stickstoffwerken auch bekanntgegeben, daß die Durchführung dieser Versuche im Hinblick auf den Umweltschutz an verschiedene, vor Freigabe dieser Strecken für die Harnstoffstreuung zu erbringende Gutachten gebunden ist. Vor allem geht es darum, ob der Harnstoff, der ja bekanntlich ein Düngemittel ist, in diesen Mengen allenfalls für Gewässer oder Grundwasser schädlich sein könnte.

Diese Versuche werden im heurigen Winter durchgeführt werden. Ein abschließendes Ergebnis dieser Untersuchungen oder Tests kann allerdings erst nach dem heurigen Winter erwartet werden.

Ich möchte aber, Herr Abgeordneter, nicht verschweigen, daß, losgelöst von allen Ergebnissen, die diese Tests bringen werden, dieses Auftaumittel ein Mehrfaches von dem kostet, was das herkömmliche Auftaumittel, nämlich Salz, derzeit kostet.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Ich bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich: Ich würde gerne wissen, Herr Minister, ob die Überprüfung der Umweltfreundlichkeit nicht schon so weit fortgeschritten ist, daß man sagen könnte, daß echte Chancen für eine weitere Verwendung dieses Auftaumittels gegeben sind. Und

zweitens würde ich gerne wissen, ob Versuche gemacht werden, andere Auftaumittel nach ähnlichen Systemen zu finden, die sich vielleicht preislich günstiger stellen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Zum ersten, Herr Abgeordneter, darf ich sagen, daß mir, was die Umweltfreundlichkeit, wie Sie gesagt haben, anlangt, abschließende Gutachten derzeit noch nicht vorliegen. Zweifellos ist das aber eine wesentliche Frage im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Auftaumittel.

Zum zweiten, ob andere Auftaumittel in Frage kommen, möchte ich sagen, daß internationale Untersuchungen bisher ergeben haben, daß bis jetzt am wirtschaftlichsten immer noch das Salz ist.

Aber erstmals, Herr Abgeordneter, haben wir jetzt die Möglichkeit, Forschungsaufträge im Straßenbau zu vergeben. Ich erinnere daran, daß das Parlament mit der Verabschiedung des neuen Bundesstraßengesetzes auch Forschungsmittel für den Bundesstraßenbau reserviert hat. Ich habe die Absicht, einen solchen Forschungsauftrag zu vergeben, um zu prüfen, ob es andere wirtschaftlich vertretbare Mittel als Salz für die Eis- und Schneefreihaltung unserer Durchzugsstraßen gibt. Niemand kann allerdings, auch international gesehen, bisher sagen, welches Ergebnis solche Untersuchungen bringen werden. Die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, aber auch Frankreich, wo Untersuchungen angestellt wurden, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß am wirtschaftlichsten und auch am besten geeignet noch immer die herkömmliche Art der Salzstreuung ist.

Präsident: Zweite Zusatzfrage. Ich bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich: Herr Bundesminister! Ich würde gerne wissen, ob bei der Berechnung der Kosten für die Salzstreuung beziehungsweise für das Salz als Auftaumittel auch die schädlichen Nebenwirkungen berücksichtigt werden. Es ist doch bekannt, daß sich Salz negativ auswirkt, was die Flora anlangt. Ich glaube, man müßte dies mit in Rechnung stellen. Wird in dieser Hinsicht eine Untersuchung durchgeführt und wird das bei der Kalkulation berücksichtigt?

Präsident: Ich bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Solche Untersuchungen sind in der Vergangenheit angestellt worden. Ich glaube aus dem Gutachten entnehmen zu können, daß viel Voreingenommenheit gegen die Salzstreuung besteht. Es ist nicht so, daß Salz allein die

Bundesminister Moser

Ursache von Korrosionsschäden bei Autos ist. Ein Auto bedarf eben auch einer gewissen Pflege; pflegt man ein Fahrzeug nicht, dann rostet es, auch wenn kein Salz gestreut ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.)*

Bezüglich des Umweltschutzes beziehungsweise der Flora in angrenzenden Gebieten verhält es sich folgendermaßen: Es ist richtig, daß dann, wenn etwa Nadeln, Laub oder Zweige direkt mit dem Salz in Berührung kommen, Schäden entstehen. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das Salz in den Boden eindringt, trifft es, wie Hochschulgutachten ergeben haben, nicht zu, daß dadurch die Pflanzen Schaden nehmen könnten.

Meine Auffassung geht dahin, daß im Winterdienst auf unseren Bundesstraßen noch eine weitere Schulung auch der dort beschäftigten Bediensteten zweckmäßig erscheint, weil es nicht gut ist, wenn man zunächst den Schnee fallen läßt und dann Salz streut, sondern zweckmäßig und richtig wäre es, vor Beginn eines angekündigten Schneefalles noch auf der schneefreien Straße Salz zu streuen, um die Verbindung und die Eisbildung mit der Straßendecke zu verhindern, damit aber auch zu verhindern, daß etwa durch Fahrzeuge Salz auf die angrenzenden Bäume oder Gräser gespritzt wird.

Ich wäre selber sehr froh, wenn es ein anderes wirtschaftliches Mittel gäbe, das nicht so korrosionsfördernd ist.

Wir kaufen etwa im Jahr Salz um 22 Millionen Schilling. Wenn Sie das Drei- bis Vierfache für ein neues Mittel rechnen, dann würde man 60 bis 80 Millionen aus dem Bundesstraßenbudget aufwenden müssen, was heißt, daß wir um diese Millionenbeträge weniger neue Strecken bauen könnten.

Präsident: 4. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Tonn (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

47/M

Wann kann mit dem Baubeginn der Ostautobahn, zumindest bis zum Flughafen Wien-Schwechat, gerechnet werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Die Ostautobahnstrecke Wien/Prater—Flughafen Schwechat befindet sich augenblicklich in Detailplanung. Ausgenommen ist nur das Stück zwischen dem Knoten Kaiserebersdorf und der Landesgrenze Wien/Niederösterreich; dieses Stück ist auf Grund der Schwechat-Regulierung noch nicht ganz klar abzusehen; dort bedarf es einer generellen Umplanung. Ich rechne allerdings damit, daß die Planun-

gen im Jahre 1972 abgeschlossen sein können und daß wir im Jahre 1973 zumindest Wien—Flughafen mit dem Bau beginnen können.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Tonn: Bedingt durch die Industrieallung im Raume Schwechat — ich möchte auf die 13.000 Tankerfahrzeuge verweisen, die monatlich die Raffinerie verlassen —, den zunehmenden Flughafenverkehr und den zunehmenden Verkehr aus Ungarn und der Tschechoslowakei kommt es auf Grund dieser Verkehrssituation immer wieder zu kilometerlangen Stauungen im Stadtraum von Schwechat. Es wäre daher wichtig, wenn im Zuge des Baues der Ostautobahn auch die Südumfahrung Schwechat, die Bundesstraße 10 a erbaut würde. Wie weit ist dieses Projekt gediehen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich darf sagen, daß diese beiden Projekte in irgendeiner Form zusammenhängen. Es ist ein gemeinsames Anliegen des Landes Wien, aber auch Niederösterreichs und des Bautenministeriums, die derzeitigen — wie Sie sicher richtig sagten — fast schon unerträglichen Verhältnisse im Raume Schwechat durch eine großzügige Lösung der Straßenverbindungen zu beseitigen.

Ich glaube aber, daß es vor allen Dingen vordringlich ist, dieses Teilstück Wien—Flughafen durch eine leistungsstarke Verbindung kreuzungsfrei auszubauen, weil es nach meiner Auffassung keine Visitenkarte für Österreich, Niederösterreich und das Land Wien ist, wenn Gäste, die vom Flughafen kommen, etwa vor einem Bahnschranken im Bereiche von Schwechat an der Landesgrenze zwischen Niederösterreich und Wien viele Minuten warten müssen, um überhaupt in die Stadt zu kommen, und dann auf einer Straße, die, wie Sie richtig sagten, heute völlig überlastet ist. Ich glaube, man muß alles daransetzen, die Autobahn bis in diesen Bereich vorzutreiben. Aus der Trassierung der Autobahn ergeben sich zwangsläufig eine Reihe von weiteren Lösungen, die erst dann wirklich gefunden werden können, wenn die Trasse der Autobahn feststeht.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 5. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Pay (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

30/M

Nach welchen Richtlinien werden Naturalwohnungen an das Kaderpersonal des Bundesheeres vergeben?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lüttendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Um bei der Vergabe von Naturalwohnungen eine möglichst gerechte Beurteilung der jeweiligen sozialen oder allenfalls relevanten dienstlichen Gegebenheiten sicherzustellen, bestehen für den Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung diesbezüglich detaillierte Richtlinien. (Abg. Dr. Bauer: Die sind im Panzerschrank!)

Demnach kann eine Wohnungszuweisung nur erfolgen, sofern

a) der Wohnungswerber über keine eigene Wohnung verfügt oder

b) durch Versetzung in einen anderen Dienstort eine Familientrennung herbeigeführt wurde oder

c) die bisherigen Wohnungsverhältnisse nicht zumutbar sind.

Was den für eine Wohnungszuweisung in Betracht kommenden Personenkreis betrifft, so ist die Zuweisung einer Naturalwohnung an Angehörige des Bundesheeres oder der Heeresverwaltung möglich, die

a) verheiratet sind, sofern mit ihrem Verbleiben im aktiven Bundesdienst noch für die Dauer von mindestens fünf Jahren gerechnet werden kann;

b) ledig sind, sofern die Familiengründung an der Wohnungsfrage scheitert und die Wohnungssituation im Standort eine Zuweisung gestattet.

Hinsichtlich des Vergabeverfahrens wurde festgelegt, daß die Entscheidung über die Vergabe der einzelnen Naturalwohnungen dem Bundesministerium für Landesverteidigung vorbehalten bleibt. Hierbei kommt aber den Vorschlägen der bei jedem Militärkommando eingerichteten Wohnungskommission, die die einlangenden Wohnungsansuchen auf Grund eines differenzierten Punktesystems bewertet, wesentliche Bedeutung zu. Diesen Wohnungskommissionen gehören der jeweilige Militärkommandant, der zuständige Sachbearbeiter beim Militärkommando, Vertreter der Kommanden, Truppen, Schulen und Anstalten des jeweiligen Standortes des Bewerbers sowie mit beratender Stimme ein Personalvertreter an.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Pay:** Herr Bundesminister! Diese Wohnungskommission hat eigentlich die Aufgabe, die Wohnungsfälle zu beraten und dann mit einer Empfehlung an das Bun-

desministerium für Landesverteidigung heranzutragen. Wenn ich richtig verstanden habe, hat der Personalvertreter dabei nur eine beratende Funktion.

Würden Sie es nicht für richtig halten beziehungsweise wäre nicht zu erwägen, daß diese beratende Funktion des Personalvertreters in der Wohnungskommission doch in eine mitbestimmende Funktion umgeändert wird?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Lüttendorf:** Diese Möglichkeit ist ohneweiters gegeben. Ich halte es auch im Interesse einer weiteren Demokratisierung für richtig, wenn der jeweilige Personalvertreter Vollmitglied dieser Kommission wird. Ich werde eine diesbezügliche Anordnung treffen.

Präsident: 6. Anfrage: Herr Abgeordneter **Tödling (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

53/M

War Ihnen vor Beschluß der Heeresgesetznovelle bekannt, daß die in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen technisch nicht durchführbar sind?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lüttendorf:** Wie bereits in den Erläuternden Bemerkungen zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen neuerlich geändert werden, ausgeführt wurde, stellt diese Wehrrechtsnovelle 1971 lediglich einen ersten Schritt zu einer grundlegenden Reform des Bundesheeres dar. Daraus ergibt sich, daß es noch verschiedener weiterer Maßnahmen bedarf, um zur vorgesehenen Gesamtreform des Bundesheeres zu gelangen. Es wäre daher verfrüht, im gegenwärtigen Zeitpunkt bereits Aussagen über Ergebnisse dieser Reform und damit auch über die technische Durchführbarkeit der Wehrrechtsnovelle 1971 in ihrer vollen Konsequenz zu machen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Tödling:** Herr Bundesminister! Ich stelle fest: Das ist für mich keine Antwort!

Aber ich möchte dazusagen: Sie müssen doch schon längst gemerkt haben, daß Sie mit Ihren Absichten hinsichtlich der Sicherheitspolitik im Gegensatz oder im Widerspruch zum Regierungschef stehen. Hier gibt es geteilte Auffassungen in der Frage 60 Tage — 30 Tage oder wieviel Mann pro Jahr Truppenübungen durchführen können. Herr Bundesminister! Hier divergieren die Auffassungen

Tödling

zwischen Ihnen und dem Herrn Bundeskanzler.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Liegt der Grund für diese Widersprüche in Ihrem mangelnden politischen Beurteilungsvermögen? (Abg. Steininger: Das ist eine Frechheit!)

Präsident: Herr Bundesminister, bitte. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben gerade vorhin von der Durchführbarkeit der in der Wehrrechtsnovelle festgelegten 60 Tage Truppenübungen für jene Wehrpflichtigen, die nur den sechsmonatigen Grundwehrdienst geleistet haben, gesprochen und hiebei anklingen lassen, daß es vielleicht eine differenzierte Auffassung über diese Bestimmung seitens des Herrn Bundeskanzlers und meiner Wenigkeit geben könnte.

Ich darf dazu sagen, daß man wohl von der Annahme ausgehen muß, daß eine jede Reform und damit auch eine Novellierung eines Wehrgesetzes von jenem, der sie beantragt, mit der Überzeugung eingebracht wird, daß die Durchführbarkeit gegeben ist. Es kann natürlich bei einem Zeitablauf von längerer Dauer zu verschiedenen Komponenten kommen, die gewisse Akzentverschiebungen zur Folge haben könnten.

Ich habe — und möchte das ganz besonders hervorheben — Vorsorge getroffen, daß alle organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, damit die in diesen wehrrechtlichen Bestimmungen 1971 festgehaltenen 60 Tage Truppenübungen auch abgeleistet werden können.

Was den Umfang der jährlich zu einer Truppenübung einzuberufenden Anzahl von Reservisten anbelangt, so ist man bei den Überlegungen von dem Gedanken ausgegangen, daß ein gewisser Prozentsatz eines jeweiligen Geburtsjahrganges sich zum Durchdienen, wie im Wehrgesetz vorgesehen, also auf acht Monate verpflichtet, während der übrige Teil des Geburtsjahrganges eben in Betracht kommt, diese Truppenübungen durchzuführen. In der vorgesehenen Heeresgliederung mit der Bezeichnung 72 ist daher auch an jene Basisorganisation gedacht, welche in der Lage ist, die jährlich zu Truppenübungen einzuberufenden Reservisten aufzunehmen und weiter ausbilden zu können.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Tödling: Herr Bundesminister! Antwort auf meine Frage wegen des Beurteilungsvermögens habe ich keine erhal-

ten. Aber vielleicht liegt das darin, daß auch der Herr Bundeskanzler keine Generalstabsausbildung hat. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Aber wenn wir schon bei den Begriffsverwirrungen und beim Beurteilungsunvermögen, auf das ich ja angespielt habe (Abg. Horr: Das wird bei Ihnen der Fall sein!), sind — Sie meinten in Ihrer Pressekonferenz, daß Ihren Intentionen nur Generalstäbler folgen können —, frage ich Sie, Herr Bundesminister: Von wo leiten Sie das Recht ab, die gewählten Abgeordneten dieses Hauses zu disqualifizieren, weil sie keine Generalstäbler sind? (Zustimmung bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es tut mir ja leid, wenn Sie mich hier mißverstanden haben. (Abg. Tödling: Wir haben Sie nicht mißverstanden! — Abg. Dr. Bauer: Wir werden Ihre Erklärung aus der Pressekonferenz wörtlich zitieren, um zu zeigen, daß wir nichts mißverstanden haben! — Zwischenruf des Abg. Sekanina. — Abg. Glaser: Der Sekanina hat ja auch keine Ausbildung!)

Herr Abgeordneter! Sie haben in Ihrer Stellungnahme zum Bundesheer-Reformplan — wenn ich mich nicht irre, war es im ÖVP-Pressedienst — von einem „Wunschenken“ und von „Dilettantismus“ gesprochen. (Abg. Tödling: Das war Zeillinger!)

Ich möchte hier nur sagen, daß ich mich ja nicht gegen diese von Ihnen sehr schnell gemachten Beurteilungsbemerkungen ausgesprochen habe. Ich habe in meiner gestrigen Pressekonferenz auch zum Ausdruck gebracht: Ich verstehe vollkommen, daß man zu einem derartigen Werturteil kommt, wenn man eben nicht die nötigen fachlichen Voraussetzungen mitbringt. (Abg. Tödling: Also doch! Und das vor dem Parlament hier!) Ich könnte mir ja denken, Herr Abgeordneter, wenn Sie sich doch etwas besser hätten beraten lassen, zum Beispiel von Ihrem Kollegen Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser, daß er Ihnen sehr wohl hätte sagen können, was alles hinter diesen einzelnen Punkten tatsächlich liegt. (Abg. Dr. Bauer: Sie haben uns nicht zu qualifizieren! — Abg. Tödling: Sie haben keinen Parlamentarier zu qualifizieren, Herr Minister! — Abg. Peter: Seit wann hält der Lütgendorf etwas vom Marwan-Schlosser? — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Keine Zusatzfrage.

Präsident

Wir kommen zur 7. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kerstnig (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

31/M

Ist der Herr Verteidigungsminister bereit, durch entsprechende Weisungen an die in Frage kommenden Kommandostellen dafür zu sorgen, daß die freiwillige Blutabnahme an Präsenzdienern im Rahmen des Blutspendedienstes des Roten Kreuzes weiter unter den gleichen Bedingungen wie bisher oder nach Möglichkeit in verstärktem Maße erfolgen kann?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Lüttendorf: Aus Gründen einer möglichst zweckmäßigen Gestaltung des militärischen Dienstbetriebes unter Bedachtnahme auf Ausbildungsrücksichten habe ich mich veranlaßt gesehen, die bisherige Praxis bei der Durchführung von Blutspendeaktionen des Roten Kreuzes im Bundesheer zu überprüfen. Ziel dieser Prüfung ist es, Blutspendeaktionen im Bundesheer auch unter den durch die anlaufende Heeresreform geänderten Umständen im Rahmen der militärischen Möglichkeiten zu gewährleisten und auch in Hinblick nach Kräften zu fördern. Ich habe daher diesbezügliche Verhandlungen des Heeres-sanitätschefs mit den zuständigen Vertretern des Roten Kreuzes veranlaßt. Eine erste Besprechung fand am 26. November dieses Jahres statt. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen habe ich die Beibehaltung der bisherigen Praxis bei der Durchführung von Blutspendeaktionen des Roten Kreuzes im Bundesheer angeordnet.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Kerstnig: Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, in Form eines Erlasses der Truppe die grundsätzlich positive Einstellung des Ministers zum Blutspenden bekanntzugeben?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Lüttendorf: Dieser Erlaß ist bereits am 19. November an die Gruppenkommanden, Kommando Luftstreitkräfte und Kommando Heeresfeldzeugtruppen ausgelassen. Ich werde nach Abschluß der Besprechungen mit dem Roten Kreuz und der Festlegung einer neuen organisatorischen Durchführungsmöglichkeit dieser Blutspendeaktion abschließend auf die Bedeutung und Notwendigkeit der gesamten Blutspendeaktion im Bundesheer erlaßmäßig hinweisen und die hierzu notwendigen Anordnungen geben.

Präsident: 8. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

52/M

Auf welche Zeitdauer haben sich jene 536 Mann verpflichtet, welche sich Zeitungsberichten nach bisher zu einem „freiwillig verlängerten Grundwehrdienst“ gemeldet haben?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Lüttendorf: Mit Stichtag 10. November 1971 leisteten 307 Wehrpflichtige einen freiwillig verlängerten Grundwehrdienst. Weitere 456 Wehrpflichtige werden auf Grund ihrer freiwilligen Meldung den verlängerten Grundwehrdienst in absehbarer Zeit antreten beziehungsweise haben ihn in der Zwischenzeit bereits angetreten.

Von den insgesamt 763 Wehrpflichtigen haben sich

144 auf 3 Monate,
355 auf 6 Monate,
62 auf 9 Monate,
88 auf 12 Monate,
31 auf 15 Monate,
13 auf 18 Monate,
1 auf 21 Monate,
18 auf 24 Monate,
2 auf 27 Monate,
4 auf 30 Monate,
3 auf 33 Monate und
42 auf 36 Monate verpflichtet.

In dieser Aufgliederung sind allerdings die „Einjährig-Freiwilligen“, deren Stand am 10. November 1971 487 betrug, nicht enthalten.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser:** Herr Minister! Wie ich höre, betrug das Gesamtfehl an Kaderpersonal vor wenigen Wochen gegenüber dem Soll rund 2700 Mann. Inzwischen wurden rund 600 Posten im Dienstpostenplan gestrichen, wonach noch immer 2100 Mann an Kaderpersonal fehlen sollen.

Darüber hinaus haben sich an Stelle der benötigten rund 11.000 Mann freiwillig längerdienender Grundwehrdiener nach Abzug der Zahl der „Einjährig-Freiwilligen“ — nach meinen Überlegungen ist Ihre Zahl von rund 700, die Sie jetzt genannt haben, richtig — nur diese 700 freiwillig längerdienenden Grundwehrdiener gemeldet.

Ich frage Sie, Herr Minister: Welche Maßnahmen gedenken Sie angesichts dieses Personalnotstandes, wie ich das bezeichnen

Marwan-Schlosser

möchte, im eigenen Wirkungsbereich zu unternehmen und allenfalls dem Landesverteidigungsrat oder dem Gesetzgeber vorzuschlagen, um diese Personalmisere zu beheben?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf eine kleine Richtigstellung insofern vornehmen, als der Bedarf für die 15.000 Mann Bereitschaftstruppe an freiwillig längerdienenden Soldaten nicht 11.000, sondern 8000 beträgt. Da jetzt Meldungen eingelaufen sind, daß in bezug auf jene Wehrpflichtigen, die mit 1. Oktober 1971 ihren Grundwehrdienst angetreten haben und deren Verpflichtungen noch nicht angenommen wurden, eine verhältnismäßig starke Anwerbung erfolgt, ist zu erwarten, daß wir im nächsten Jahr die erforderliche Anzahl an Durchdienern und freiwillig längerverpflichteten Grundwehrdienern erhalten werden, die wir für die Aufstellung der Bereitschaftstruppen benötigen. Ich sehe keine Veranlassung, jetzt den Landesverteidigungsrat mit dieser Frage dringlich zu befassen.

Präsident: Eine weitere Anfrage. Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Marwan-Schlosser: Herr Minister! Auch ich möchte zuerst eine kleine Richtigstellung vornehmen. Ich habe nicht gesagt, daß Sie 11.000 längerdienende Grundwehrdiener für die Bereitschaftstruppen brauchen, sondern ich habe gesagt, daß Sie sie insgesamt brauchen. Es brauchen ja auch die Ausbildungstruppen solche freiwillig längerdienende Grundwehrdiener. Das wurde in der Bundesheer-Reformkommission mit 11.000 Mann beziffert.

Diese personelle Entwicklung, Herr Bundesminister, dokumentiert aber rein zahlenmäßig die Demontage des Bundesheeres als Folge der letzten und über Ihren Antrag, Herr Bundesminister, von SPÖ und FPÖ gemeinsam beschlossenen Wehrgesetznovelle. Die noch viel tiefergehenden Auswirkungen bereiten den Befehlshabern größte Sorgen.

Herr Minister, ich frage Sie: Haben Ihnen die Befehlshaber und der Generaltruppeninspektor vor kurzem ein Memorandum überreicht, in welchem die Befehlshaber und der Generaltruppeninspektor Ihnen ihre besorgten Bedenken vorgetragen haben? Wenn ja, was ist der Inhalt dieses Memorandums? Gewähren Sie mir umgehend Einsichtnahme?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das von Ihnen erwähnte Memorandum ist mir überreicht worden. Ich

habe Kenntnis hievon. Meiner Beurteilung der Lage nach enthält es keine neuen Aspekte. Ich bin gerne bereit, Ihnen dieses Memorandum zur Kenntnis zu bringen, habe es allerdings nicht bei mir in der Aktentasche. *(Rufe bei der ÖVP: Im Panzerschrank! — Abg. Peter: Marwan-Schlosser kriegt es für den Panzerschrank!)*

Präsident: Wir kommen zur 9. Anfrage, der Anfrage des Abgeordneten Neuhauser (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

50/M

Welche Gründe sind maßgebend, daß eine Abordnung des Bundesheeres, im konkreten ein Ehrenzug, der zur Allerseelenfeier in Wels abgestellt war, keine einheitlich gefärbten Uniformen trug?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Lütgendorf: Soweit mir bekannt ist, sind die Uniformen des Bundesheeres durchwegs einheitlich gefärbt. Es kann aber vorkommen — und dies dürfte bei einzelnen Uniformen der von Ihnen erwähnten Abordnung der Fall gewesen sein —, daß verschiedentlich geringfügige Farbnuancen auftreten, die in der Verschiedenheit von Tuchsorten begründet sein können. *(Abg. Dr. Gruber: Das sind die größten Sorgen des Bundesheeres! — Heiterkeit.)*

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Neuhauser: Herr Bundesminister! Bis jetzt war es eine jahrelang geübte Praxis, daß bei einer militärischen Allerseelenfeier die Garnison Wels selbstverständlich mit einem Ehrenzug vertreten war.

Diesmal hat der Kasernenkommandant ursprünglich abgelehnt, einen Ehrenzug abzustellen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Weil sie keine Leute haben!)* Erst auf Grund unserer Intervention im Bundesministerium wurde es ermöglicht, daß wieder ein Ehrenzug zu dieser Allerseelenfeier abgestellt wurde. Die Begründung des Kasernenkommandanten ging dahin, daß die Garnison Wels keine genügende Anzahl gleicher Uniformhosen besitze.

Nach meinen Informationen liegen derzeit bei der Fassungsstelle in Hörsching — die ja zuständig ist — 800 Stück farbengleiche Uniformhosen.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, diese Angelegenheit untersuchen zu lassen, da in der Öffentlichkeit der berechtigte Eindruck entstanden ist, daß hier ein gewisses passives Verhalten seitens des Kasernenkommandanten vorliegt?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Als mir die Angelegenheit auch durch eine Meldung in der Welser Zeitung zur Kenntnis kam, habe ich sofort eine Überprüfung dieser Angelegenheit angeordnet.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Neuhauser:** Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, bei künftigen militärischen Allerseelenfeiern in Wels anzuordnen, daß weiterhin ein Ehrenzug der Garnison abgestellt wird?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Garnisonsorte anlässlich der Allerseelenfeier Ehrenzüge oder Ehrenposten abzustellen haben.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident: Wir kommen zur 10. Anfrage, der Anfrage des Abgeordneten Dr. Karasek (ÖVP) an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

21/M

Welche Konsequenzen hat die nicht rechtzeitige Erledigung des Vertrages mit dem Heiligen Stuhl für die Privatschulen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger:** Die Konsequenzen, Herr Abgeordneter, der nicht rechtzeitigen Erledigung des Vertrages mit dem Heiligen Stuhl für die Privatschulen sind in dem Vertrag selbst festgelegt. Der Vertrag tritt nicht in Kraft.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Karasek:** Ich nehme an, Herr Bundesminister, daß Sie die nicht rechtzeitige Erledigung als unangenehm empfunden haben, weil Sie gegenüber dem Heiligen Stuhl in eine etwas penible Situation geraten sind.

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schwebezustand, der nun eingetreten ist, ehestens saniert wird?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger:** Ich bin selbstverständlich bereit, mich für die frühestmögliche Ratifikation aller Verträge, die unterzeichnet wurden, einzusetzen. Ich glaube allerdings nicht, Herr Abgeordneter, daß dadurch ich oder die Bundesregierung in

eine, wie Sie sagten, penible Situation gekommen ist; denn die Situation wird ja dadurch gemildert, daß in den eineinhalb Jahren der bisherigen Regierung zumindest ein Vertrag verhandelt und unterzeichnet wurde, wogegen in den vier Jahren vorher nicht einmal Bereitschaft zum Verhandeln dieses Vertrages bestanden hat. Es ist daher bereits ein Fortschritt.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Karasek:** Werden Sie dann, wenn eine diesbezügliche Regierungsvorlage zum Privatschulgesetz eingebracht wird, die in Ausführung dieses Vertrages ergeht, für die rechtzeitige Erledigung dieser Sache im Ministerrat eintreten?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger:** Ich werde mich — ich sagte das schon zuvor — für die Ratifikation des Vertrages einsetzen.

Ich habe keine Kompetenz, auch für das Privatschulgesetz zu sprechen.

Präsident: 11. Anfrage: Herr Abgeordneter Egg (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

32/M

Auf Grund welcher Bestimmungen beruft das italienische Generalkonsulat ehemalige Südtiroler Umsiedler, die anlässlich der Abwanderung auf Grund des deutsch-italienischen Übersiedlungsabkommens auf die italienische Staatszugehörigkeit verzichtet haben, zur Ableistung der Militärdienstpflicht ein?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger:** Die italienischen Stellen senden an nicht mehr italienische Staatsbürger, die in Österreich wohnen, weiterhin Stellungsbefehle. Diese Stellungsbefehle fußen auf einem italienischen Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahre 1912, nach welchem italienische Staatsbürger auch noch nach Verlust der Staatsbürgerschaft verpflichtet sind, den Wehrdienst zu leisten.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Egg:** Herr Bundesminister! Mit der seinerzeitigen Abwanderung und dem Erwerb der früheren deutschen Staatszugehörigkeit wurden nach dem Wortlaut des Übersiedlungsübereinkommens die ehemaligen Südtiroler Umsiedler für Italien zu Ausländern.

Trotz dieses zwischenstaatlichen Übereinkommens werden jetzt diese Südtiroler, die inzwischen die österreichische Staatsbürger-

Egg

schaft bekommen haben, von Italien als Auslandsitaliener behandelt.

Heißt das also, daß die seinerzeitige zwischenstaatliche Vereinbarung für die italienischen Behörden nicht bindend ist?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger:** Die italienischen Behörden stellen sich auf den Standpunkt, daß dieses Übereinkommen beziehungsweise das auf Grund dieses Übereinkommens im Jahre 1939 erlassene Gesetz dann nicht gilt, wenn der Betreffende, zum Beispiel im Falle einer Rückoption, wieder nach Italien zurückgekehrt ist, dort wieder italienischer Staatsbürger geworden ist, dann auswanderte und schließlich österreichischer Staatsbürger wurde.

Ich möchte aber dazu allgemein sagen, daß wir seit jeher diese Bestimmung des italienischen Staatsbürgerschaftsgesetzes als völkerrechtswidrig angesehen haben, da für die Ableistung einer Militärdienstpflicht oder auch nur für eine Stellungspflicht dann keine Voraussetzungen gegeben sind, wenn weder die Staatsbürgerschaft aufrecht ist noch ein Wohnsitz im betreffenden Land existiert.

Ich habe daher den Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Italien, jenen Besuch, aus dessen Anlaß auch Gespräche mit dem italienischen Außenminister stattfanden, wahrgenommen, um auch auf diese Frage hinzuweisen, um hier Abhilfe zu verlangen. Es wurde mir von italienischer Seite zugesagt, daß diese Frage überprüft werde.

In der Zwischenzeit werden die Fälle, die bekannt sind, durch das Außenministerium im einzelnen an die italienischen Stellen herangetragen, um diesen österreichischen Staatsbürgern, die früher Italiener waren, Schwierigkeiten zu vermeiden.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Egg:** Herr Bundesminister! Nach der bisherigen Information haben also diese ehemaligen Südtiroler dann, wenn sie die Grenze überschreiten, mit bestimmten Konsequenzen zu rechnen.

Heißt das, daß die bisherigen Besprechungen das Ergebnis brachten, daß solche Konsequenzen bei Grenzübertreten in den nächsten Monaten nicht eintreten werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger:** Wir werden die Namen, die an uns herangetragen werden, den italienischen Stellen mitteilen, um solche Konsequenzen zu vermeiden.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen zur 12. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Peter (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

55/M

Werden Sie die Bemühungen der Vereinigten Metallwerke Ranshofen, die für die Aufrechterhaltung der vollen Produktionskapazität erforderliche Elektrizitätsmenge zu einem für diesen Betrieb tragbaren Preis zu erhalten, durch eine Initiative Ihrerseits unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter! Ich habe keine rechtliche Handhabe, die Tarifpolitik der Verbundgesellschaft zu bestimmen oder zu beeinflussen. Dennoch habe ich — und der mir zugeteilte Staatssekretär Dr. Veselsky — immer wieder den Versuch unternommen, den beiden Gesellschaften, der Verbundgesellschaft einerseits und Ranshofen andererseits, unsere guten Dienste anzubieten. Es ist auch anfänglich zu einer für beide Teile vertretbaren und akzeptablen Lösung gekommen. Die besonders außergewöhnliche Stromsituation infolge des Ausfalles von hydraulischem Strom hat dazu geführt, daß es jetzt wieder zu Schwierigkeiten gekommen ist. Ich habe aber neuerdings Veranlassung getroffen, daß der Versuch unternommen wird, hier zu einer Einigung zu gelangen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundeskanzler! Nach der gegebenen Rechtslage hat ein Abgeordneter nur die Möglichkeit, den Regierungschef in Fragen der verstaatlichten Unternehmungen zu konsultieren. Daher bitte ich um Entschuldigung, daß ich diese Fragen, die ebenso gesamtwirtschaftlicher Natur sind, an Sie herantrage.

Es ist Ihnen, Herr Bundeskanzler, wie mir bekannt, daß derzeit eine große Unruhe unter den Angestellten und Arbeitern der Metallwerke Ranshofen gegeben ist. Einen Teil dieser Unruhe verursacht die Energiesituation auf der einen Seite, weil der Strombezugspreis auf einer unerträglichen Höhe hinsichtlich der Rentabilität dieses verstaatlichten Unternehmens liegt. Andererseits spielt aber gerade die Frage des Strombezuges in den heikelsten Bereich dieses Betriebes hinein, nämlich die Frage: Neue Analyse — ja oder nein? Auf der einen Seite liegt die Stellungnahme der OIAG auf der Linie der Betriebsführung: Ja zur neuen Elektroanalyse. Auf der anderen Seite haben wir gerade in letzter Zeit gehört, daß es zu keiner neuen Elektroanalyse kommen wird, wenn die Neuüberprüfung zu diesem Ergebnis führen sollte.

Peter

Welche Wege sollen jetzt so beschritten werden, Herr Bundeskanzler, daß möglichst rasch ein fruchtbringendes Ergebnis für dieses verstaatlichte Unternehmen auch auf dem Energiesektor erzielt wird?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Nach meinen Informationen ist die besondere Schwierigkeit der Situation dadurch gekennzeichnet, daß es auf der einen Seite die Strompreisfrage und die Stromsituation dieser Jahreszeit und auf der anderen Seite für Aluminium gewisse unerfreuliche Erscheinungen auf dem Weltmarkt überhaupt gibt, sodaß alle diese Fragen neu durchdacht werden. Persönlich bin ich der Auffassung, daß unsererseits maximale Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Produktion von Rohaluminium nach modernen Gesichtspunkten zu gewährleisten. Ich werde das in meiner Möglichkeit Stehende tun, um die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundeskanzler! Gerade vom Energieproblem führt ja die Frage zum gesamten Strukturproblem. Die Unternehmensleitung verfißt den Grundsatz, die Rohproduktion fortzusetzen, und strebt daher die neue Analyse an. Die OIAG vertritt einen anderen Standpunkt, beruft sich aber eigenartigerweise im Hinblick auf die endgültige Entscheidung auf das noch nicht abgeschlossene Gutachten von Alusuisse, das wohl im technischen Bereich vorliegt, aber noch nicht im finanziell-materiellen Bereich.

Welche Konsequenzen glaubt nun die OIAG wirklich ziehen zu müssen, und wie glaubt sie die Unternehmensleitung davon überzeugen zu können, daß die Rohproduktion eine äußerst problematische Angelegenheit für Österreich ist und daß gerade die Zukunft Ranshofens meines Erachtens dann gesichert werden könnte, wenn wir endlich den Schwerpunkt auf die Halbzeugverarbeitung im Sinne des Fertigproduktes legen? Und welche Haltung, Herr Bundeskanzler, nehmen Sie als der zuständige Chef der Regierung gegenüber dem Parlament dazu ein?

Präsident: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Zuerst einmal muß sich die OIAG im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben halten, und diese sind nicht zuletzt dadurch bestimmt, daß sich die Gesellschaft an wirtschaftliche Orientierungspunkte zu halten hat.

Auf der anderen Seite aber werde ich als Vertreter des Eigentümers im Rahmen meiner

Möglichkeiten doch auch gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte, vor allem Gesichtspunkte der Beschäftigungspolitik geltend machen. Es muß also hier zu einem Ausgleich dieser verschiedenen Interessen kommen.

Ich möchte noch einmal sagen, daß es das Interesse der Bundesregierung ist, die Möglichkeiten derart entwickelter und wertvoller Rohstoffproduzenten zu erleichtern.

Präsident: Wir kommen zur 13. Anfrage: Herr Abgeordneter Ortner (SPO) an den Herrn Bundeskanzler.

66/M

Bei der Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks-AG wird in zwei bis drei Jahren der Stollen „Gittmair“ ausgekohlt sein, und ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, welche Maßnahmen vorgesehen werden können, um die dann freigestellten 50 bis 70 Arbeitskräfte anderwärtig zu verwenden.

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Abermals kann ich mich nur auf Informationen stützen, da ja ein Einfluß auf die Betriebsführung der Bundesregierung oder dem Bundeskanzler nicht gegeben ist. Nach den mir zukommenden Informationen wird es im Jahre 1973 in der Grube „Gittmair“ zur Auskohlung kommen. Die dort beschäftigten 84 Bergarbeiter werden in den Gruben „Hinterschlagen“ und „Schmitzberg“ der WTK Verwendung finden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ortner:** Herr Bundeskanzler! Mir ist bekannt, daß der Bürgermeister und die Gemeindevertretung der Gemeinde Geboltskirchen schon jahrelang Vorstellungen und Lösungsvorschläge beim Amt der Landesregierung zu unterbreiten versucht haben. Bis zum heutigen Tage ist, ich sage es gleich rundweg heraus, nichts geschehen.

Ich frage jetzt, Herr Bundeskanzler: Sind seitens der oberösterreichischen Landesregierung zur Lösung dieses regionalen Gesamtproblems dort — denn ich darf jetzt hinzufügen: ich bin nicht sehr davon überzeugt, daß diese frei werdenden Bergarbeiter alle dort aufgenommen werden können — schon Vorstellungen konkreter Natur an Sie, Herr Bundeskanzler, oder an die Bundesregierung herangetragen worden?

Präsident: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Seitens der oberösterreichischen Landesregierung nicht.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Ortner:** Herr Bundeskanzler! Ist die Bundesregierung bereit, im Einvernehmen mit der Landesregierung und der Ge-

Ortner

meinde Geboltskirchen notfalls entsprechende Geldmittel zur Lösung dieser Frage bereitzustellen, und gegebenenfalls in welchem Ausmaß und in welcher Form? Bitte, das ist meine Zusatzfrage.

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Aus den Mitteln der Bergbauförderung hat die WTK bisher nur relativ geringe Beträge, Beträge zwischen 5 und 6 Millionen jährlich, erhalten, weil der überwiegende Teil der Mittel bisher für einen anderen Bergbau gebraucht wurde. Ich werde aber die Möglichkeiten einer Förderung prüfen.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: 14. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

49/M

Sind Sie, Herr Minister, bereit, die Gebührenpflicht für Berechtigungsscheine für die Inanspruchnahme der Seniorenkarten auf den Bundesbahnen aufzulassen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Verkehr **Frühbauer:** Herr Abgeordneter! Die Seniorenermäßigung der Österreichischen Bundesbahnen ist eine Werbeaktion, abgestimmt auf einen bestimmten Personenkreis und auf eine bestimmte Zeit. Da es sich hier um keine Tarifgrundlage handelt, habe ich auch keine Möglichkeit, die Gebühr, die für den Berechtigungsschein eingehoben wird, aufzuheben.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr:** Darf ich Sie konkret fragen, Herr Bundesminister: Worauf gründen Sie die Unmöglichkeit, diese Gebühr fallenzulassen? Sie hat ja nicht immer bestanden.

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Frühbauer:** Nach den Bestimmungen des Bundesbahngesetzes in § 2 ist das Unternehmen zur kaufmännischen Betriebsführung verpflichtet und hat auf andere Gesichtspunkte nur nach Maßgabe von Gesetzen Bedacht zu nehmen. Nachdem ein Meinungsforschungsinstitut die Personenkreise mit Berechtigungsscheinen befragt hat und das Ergebnis dieser Befragungsaktion, aber auch eine Überprüfung des Unternehmens selbst zeigen, daß keine so hohe Frequenzsteigerung dadurch eintritt, daß die Einnahmenentfälle aus den Ermäßigungen zu 50 Prozent gedeckt würden, kann das Unternehmen nach den kaufmännischen Grundsätzen auch nicht

von der Einhebung dieser Berechtigungsscheingebühr abgehen, weil dadurch ein Teil des Einnahmenausfalles wieder hereingebracht wird.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr:** Jedenfalls beruht Ihre Annahme nur auf einer Schätzung, und es würde im Ermessen des Ministeriums selbst liegen.

Aber meine Zusatzfrage: Besteht nicht die Möglichkeit, daß Sie diese Ermäßigungen auch auf die anderen Betriebe ausdehnen, also Autobusse und so weiter?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Frühbauer:** Ich habe seinerzeit schon prüfen lassen, inwieweit die Möglichkeit besteht, es auf andere Betriebe auszudehnen. Bei der DDSG war es möglich; bei den Autobusdiensten von Bahn und Post ist es in Überprüfung, zur Zeit aber wegen der Ihnen sicherlich auch bekannten Schwierigkeit im Zusammenhang mit der freien Schülerbeförderung noch nicht realisierbar. Es ist aber in Aussicht genommen, hier eine positive Lösung zu treffen.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Den Antrag 10/A der Abgeordneten Dr. **Hubinek** und Genossen betreffend die Abänderung der Dienstpragmatik (Gesetz vom 25. Jänner 1914 betreffend das Dienstverhältnis der Staatsbeamten und der Staatsdienerschaft, in der Fassung der Dienstpragmatik-Novelle 1969) und des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Die seit der letzten Haussitzung eingelangte Anfragebeantwortung wurde dem Antragsteller übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. **Leitner**, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch) (30 der Beilagen);

Schriftführer

Bundesgesetz über die Tilgung von Verurteilungen und die Beschränkung der Auskunft (Tilgungsgesetz 1971) (31 der Beilagen);

Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über die Kundmachung von Staatsverträgen geändert werden (33 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt geändert wird (34 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit samt Protokoll (36 der Beilagen);

Allgemeines Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über Soziale Sicherheit samt Protokoll (37 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Außenhandelsgesetz 1968 geändert wird (42 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Rohstofflenkungsgesetz 1951 geändert wird (Rohstofflenkungsgesetznovelle 1971) (43 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, geändert wird (44 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1972 eine Sonderregelung getroffen wird (45 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Qualitätsklassengesetz geändert wird (46 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Futtermittelgesetz geändert wird (Futtermittelgesetz-Novelle 1971) (47 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhebung eines Importausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft geändert wird (48 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (27. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) (72 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Krankenversicherungsgesetz abgeändert wird (5. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz) (73 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird (75 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz geändert wird (76 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Preistreibereigesetz 1959 geändert wird (78 der Beilagen);

Bundesgesetz betreffend statistische Erhebungen auf dem Gebiete der Zivilluftfahrt (Zivilluftfahrt-Statistikgesetz) (79 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1971) (81 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftsgesetz geändert wird (82 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1952 geändert wird (83 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz (87 der Beilagen);

Bundesgesetz betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1972 (88 der Beilagen).

Präsident: Danke.

Die vom Schriftführer soeben als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Den Bericht der Bundesregierung gemäß § 22 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, betreffend den Jahresbericht und Jahresabschluß 1970/71 des ERP-Fonds (III-3 der Beilagen) und

den Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1971 (III-4 der Beilagen) weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu;

den Bericht der Bundesregierung über die österreichische Integrationspolitik (Stand: Mitte November 1971 und Anfang Juli 1971) (III-5 der Beilagen)

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration;

den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Haltung Österreichs in der China-Frage vor den Vereinten Nationen (III-6 der Beilagen)

dem Außenpolitischen Ausschuß.

Das Ersuchen des Bezirksgerichtes für Strafsachen Graz um Auslieferung des Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Rudolf Heinz Fischer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre weise ich dem Immunitätsausschuß zu.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Doktor Mock, Dr. Bauer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Verwirklichung der in den Regierungserklärungen geforderten Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft

Präsident: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, gemäß § 73 des Geschäftsordnungsgesetzes über die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend Verwirklichung der in den Regierungserklärungen geforderten Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft eine Debatte abzuführen. Das bedeutet, diese Anfrage als dringlich zu behandeln. Da dieser Dringlichkeitsantrag von 20 Abgeordneten unterstützt ist, ist ihm ohne weiteres stattzugeben.

Ich werde die Behandlung dieser dringlichen Anfrage sofort vornehmen und bitte zunächst den Herrn Schriftführer Dr. Leitner, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Mock, Dr. Bauer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Verwirklichung der in den Regierungserklärungen geforderten Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft.

Am 27. April 1970 erklärte Bundeskanzler Dr. Kreisky in seiner ersten Regierungserklärung: „Sie (die Bundesregierung, Anm.) wird alle Bestrebungen zur weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft unterstützen ...“.

In seiner zweiten Regierungserklärung am 5. November 1971 sagte Bundeskanzler Doktor Kreisky: „Die neue Bundesregierung identifiziert sich mit der Regierungserklärung vom 27. April 1970.“

Noch vor vier Tagen stellte das Zentralorgan der Regierungspartei fest, daß die Regierungspartei „eine reif gewordene historische Situation nützt, in der die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung mit dem sozialistischen Verlangen nach immer mehr Demokratie in allen Bereichen zusammenwachsen“.

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in seiner Regierungserklärung vom 5. November 1971 auch erneut ein Bekenntnis zur Transparenz abgelegt, als er sagte: „Um ihn (dem österr. Volk, Anm.) diese Entscheidungsmöglichkeit in maximaler Weise zu bieten, bekennt sich diese Regierung im Licht der Erfahrungen zur Transparenz ...“.

Tatsache ist jedoch vielmehr, daß diese Bundesregierung den Nationalrat und die Be-

völkerung über ihre Absichten in wesentlichen Bereichen im unklaren läßt, Konzepte zwar ankündigt, in vielen Fällen aber nur in Form von Titeln, ohne Bedeckungsvorschläge oder verspätet vorlegt.

So herrscht heute ebenso wie vor der Wahl bei breitesten Bevölkerungsschichten Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Lohn- und Einkommensteuerbelastung im Jahre 1972, über die sich aus der Erhöhung der Tarife von Bundesbetrieben ergebenden Mehrbelastungen sowie über die Mehrkosten, die sich aus den noch nicht bekannten Maßnahmen eines künftigen Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz ergeben werden.

Diese Unklarheit herrscht seit längerem und im besonders krassen Umfang auch in der Frage der Landesverteidigung. Zuerst ein Rösch-Plan, den niemand gesehen hat, dann ein sozialistisches Wehrkonzept, dessen Erarbeitung vom SPÖ-Abgeordneten Mondl am 14. Mai 1969 in der Sozialistischen Korrespondenz angekündigt wurde.

Am 14. November 1970 erklärte auch der Bundeskanzler, die SPÖ habe ein eigenes Wehrkonzept erarbeitet und dieses werde „demnächst“ den Mitgliedern des Verteidigungsrates übergeben.

Am 21. Juni 1971 sprach der Verteidigungsminister in einem „Spiegel-Interview“ von einem Konzept, das im Panzerschrank verwahrt werde. Die Diskussion über dieses Konzept durch die sachkundigen und dazu berufenen Offiziere wurde durch einen Schweigeerlaß unterbunden, und als schließlich der dienstlich mit der Aufgabe der Information betraute Pressereferent des Verteidigungsministers, Ministerialrat Ellinger, vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machte, wurde er seines Amtes enthoben.

Am 24. November 1971 bezeichnete der Bundeskanzler in der „Wochenpresse“ das ursprüngliche SP-Wehrkonzept als unausgereift, konventionell und teuer und teilte mit, daß es inzwischen fallengelassen wurde.

Am 29. November 1971 schließlich legte der Verteidigungsminister dem Landesverteidigungsrat das dürftige und von unrealistischen Wunschvorstellungen geprägte Konzept aus dem Panzerschrank vor, die Teilnehmer dieser Sitzung mußten jedoch feststellen, daß er gegenüber der Presse zwei Tage später zu ausführlicheren Informationen bereit war als gegenüber dem Landesverteidigungsrat.

Die Äußerungen von Verteidigungsminister Lütgendorf bei seiner Pressekonferenz am 1. Dezember haben erneut geringe Bereitschaft

Schriftführer

zu demokratischer Diskussion und zur Entgegennahme demokratischer Kritik erkennen lassen.

Bundeskanzler Dr. Kreisky, der sich in zwei Wahlkämpfen wiederholt und unmißverständlich zu Transparenz und Diskussionsbereitschaft bekannt hat, hat inzwischen ganze Gruppen, die, wie zum Beispiel gewählte Studentenvertreter, gewählte Vertreter der Bauernschaft oder Offiziere, nicht zur bedingungslosen Befolgung der jeweiligen Regierungspolitik bereit waren, entweder selbst diffamiert oder deren Diffamierung durch andere Regierungsmitglieder geduldet. Zuletzt hat Bundeskanzler Dr. Kreisky dies durch die Bemerkung über „politisierende Generäle, mit denen man reinen Tisch machen werde“ selbst getan. Ebenso hat er, mit der kaiserlichen Dienstpragmatik aus dem Jahre 1914 in der Hand, die Bindung der öffentlich Bediensteten gegenüber der Bundesregierung einseitig dargestellt, ohne das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung auch für diese Gruppe der Staatsbürger gebührend hervorzuheben.

Die Diffamierungsversuche einzelner Mitglieder der Bundesregierung machen nicht einmal vor der Volksvertretung halt. In der gestrigen Pressekonferenz des Verteidigungsministers stellte ein Journalist an den Verteidigungsminister die Frage: „Herr Bundesminister, Sie haben heute schon einige Male davon gesprochen, daß das Bundesheer nicht zum Zankapfel der Parteienpolitik werden soll. Ich will Ihnen nichts unterstellen, aber das ist eine Ausdrucksweise, die die prinzipiellen Gegner der parteienstaatlichen Demokratie verwenden. Sind Sie mit diesen Leuten solidarisch? Denn in der parteienstaatlichen Demokratie ist alles Zankapfel, wenn man so will.“

Darauf antwortete Minister Lütgendorf: „Ich fühle mich vollkommen solidarisch.“

Angeichts des sich ständig verstärkenden Widerspruches zwischen der angekündigten und der tatsächlichen Haltung des Bundeskanzlers und einzelner Mitglieder der Bundesregierung stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Ist die in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 festgelegte Transparenz und Diskussionsbereitschaft noch immer ein bestimmender Grundsatz Ihrer Regierungspolitik?

Wenn ja, wie erklären Sie den Widerspruch zwischen diesen allgemeinen Zusicherungen und dem bestehenden Diskussionsverbot durch Maulkorbverlässe, Abberufung von Beamten, die vom Recht der freien Meinungsäußerung

Gebrauch machen, und der Diffamierung ganzer Gruppen, die sich der jeweiligen Regierungsmeinung nicht unterwerfen?

2. Wird die Bundesregierung in Zukunft eine bessere, umfassendere und zeitgerechte Information des Parlaments und der Öffentlichkeit über wichtige Vorhaben gewährleisten?

3. Bis wann sind Sie insbesondere in der Lage, dem Parlament das Grundkonzept für die Landesverteidigung Österreichs in den siebziger Jahren, wie Sie es in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 angekündigt haben, vorzulegen?

4. Sind Sie bereit, in den schwerwiegenden Sachfragen, in denen nach wie vor Unklarheit über die künftige Regierungspolitik herrscht oder sogar erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung bekannt wurden (Termin und Art der notwendigen Steuersenkung, Finanzierung der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes, Steigerung des Anteiles der Landesverteidigung im Gesamtbudget), dem Parlament endlich und verbindlich Klarheit über die Absichten der Bundesregierung zu verschaffen?

5. Erklären Sie sich mit den ablehnenden Äußerungen Ihres Bundesministers für Landesverteidigung zur parteienstaatlichen Demokratie solidarisch?

6. Halten Sie eine solche Äußerung zur Parteiendemokratie für ein Mitglied Ihres Kabinetts und für einen Minister der Republik Österreich überhaupt für vertretbar, und sind Sie bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Mock als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mock** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Dringlichkeit dieser Anfrage ergibt sich nicht allein aus dem symptomatischen Einzelfall, wo in letzter Zeit ein hoher Beamter in seinem verfassungsmäßig gewährleisteten Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden soll, sondern aus der Tatsache, daß es durch Wiederholungen schon fast zur Regel wird, daß sich die angekündigten und die tatsächlichen Verhaltensweisen des Herrn Bundeskanzlers und einzelner Mitglieder der Bundesregierung immer wieder widersprechen.

Dr. Mock

Die demokratische Stabilität ist in einem weiten Umfang das Ergebnis des Vertrauens des Staatsbürgers in einmal verkündete politische Leitlinien, und eine minimale Glaubhaftigkeit festgelegter politischer Grundsätze ist unbedingt die Voraussetzung für eine gesunde innenpolitische Entwicklung.

Dieses Vertrauen wird systematisch unterminiert, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihren Ankündigungen und den anschließenden Handlungen immer wieder in Widerspruch geraten, wenn Ihre Aussagen im Gegensatz zu den Handlungen Ihrer Minister stehen und wenn sich auch die Feststellungen Ihrer Minister im Laufe der Zeit immer wieder widersprechen.

In einer Demokratie ist es sicherlich nicht zu dramatisieren, wenn die Auffassungen der Opposition und der Regierung nicht ident sind. Ich würde sagen, daß das die normale Situation einer sachlichen Konfrontation ist. Das ist es auch nicht, was wir kritisieren.

Was wir kritisieren ist vielmehr die Tatsache, daß Sie sich, Herr Bundeskanzler, wiederholt nicht an die von Ihnen selbst verkündeten Grundsätze halten, die Sie vor allem anlässlich der verschiedenen Regierungserklärungen auch dem Hohen Haus immer wieder vorgetragen haben. (*Zustimmung bei der OVP.*)

Eine ständige und beliebte Ankündigung war ja die Forderung nach mehr Transparenz, nach mehr Diskussion, nach mehr Demokratie. Hohes Haus! Noch nie hat es so viele Maulkorberlässe, so viele Redeverbote offizieller Art gegeben wie in den letzten eineinhalb Jahren. Das ist doch ein fundamentaler Widerspruch zwischen dem, was angekündigt, was als politische Zielsetzung proklamiert wird, und dem, was dann tatsächlich an praktischer Politik gehandhabt wird.

Am 15. Oktober 1970 wurde den Mitgliedern der Bundesheer-Reformkommission verboten, zu den Verhandlungen der Bundesheerreform Stellung zu nehmen. Das war im Oktober 1970.

Am 16. Juli 1971 wurde im Rahmen eines Tagesbefehles festgelegt, daß sich alle Mitglieder des Bundesheeres Äußerungen über Landesverteidigung zu enthalten haben.

Am 18. November 1971 wurde ein Beamter des Dienstes enthoben, weil er sich außerhalb der Dienstzeit, ohne jeden Mißbrauch von Wissen, das ihm allein in dienstlicher Qualität zugänglich war, kritisch gegenüber der Wehrpolitik der Bundesregierung und gegenüber der Konzeptlosigkeit der Regierungspartei geäußert hat.

Die Bundesverfassung und die Dienstpragmatik, Herr Bundeskanzler, sichern die Vertraulichkeit in allen jenen Fragen, wo dies im Interesse der Öffentlichkeit, des Staates und unseres Gemeinwesens notwendig ist. Wir brauchen dazu keine eigenen Maulkorberlässe, wo man gegnerische Meinungen unterdrücken oder zum Schweigen bringen will. (*Zustimmung bei der OVP.*) Mit mehr Diskussion, mehr Information und mehr Transparenz hat das alles nichts zu tun.

Die Forderung auf mehr Demokratisierung wurde über weite Strecken Ihrer bisherigen Regierungszeit verwendet, um da oder dort genehmere Mehrheiten anzustreben. (*Neuerliche Zustimmung bei der OVP.*)

Ich erinnere daran, daß schon die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die Österreichische Hochschülerschaft „als nicht repräsentativ“ erklärt hat. Auf Grund des negativen Echos und Eindruckes in der Öffentlichkeit hat man durch nachfolgende Erklärungen versucht, das etwas zu verwischen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*)

Ich muß daran erinnern, daß der Herr Landwirtschaftsminister im Herbst vorigen Jahres seine Absicht erklärte, einen Bauernrat zu schaffen, der sich nicht aus den gewählten Mitgliedern der bäuerlichen Interessenvertretung zusammensetzen sollte.

Ich muß schließlich daran erinnern, daß der Herr Bundeskanzler anlässlich einer in voller Disziplin verlaufenen Demonstration unserer ländlichen Bevölkerung diese mit den Putschversuchen der Kommunisten im Jahre 1950 verglichen hat. (*Plui-Rufe bei der OVP.*)

Nicht zuletzt — ich glaube, es wurde heute schon erwähnt — hat der Herr Bundeskanzler mit seinem emotional sicher richtig liegenden Hinweis, daß man mit politisierenden Generalen endlich einmal Schluß machen müsse, erneut zu erkennen gegeben, wie wenig er von der Diskussionsbereitschaft dieser Regierung hält. (*Zustimmung bei der OVP.*) Er hat sich vielmehr immer wieder auf die kaiserliche Dienstpragmatik berufen, der wir durchaus verbindlichen Charakter zuerkennen. Ich habe ja gesagt: Deswegen brauchen wir keine speziellen Maulkorberlässe. Er hat aber viel zu wenig hervorgehoben, daß wir in der Bundesverfassung auch ein verfassungsrechtlich stipuliertes Recht auf freie Meinungsäußerung verankert haben.

Mehr Demokratie — um ein Beispiel zu bringen — bedeutete zweifellos seinerzeit die Reform des österreichischen Rundfunkwesens. Hier kann man nicht sagen, daß das von der Österreichischen Volkspartei im eigenen

Dr. Mock

Interesse durchgeführt wurde, denn jeder wird, glaube ich, damit einverstanden sein, wenn ich sage, daß damit die Aussagen und die Kritik im Österreichischen Rundfunk objektiviert und ihr Wertgehalt erhöht worden sind.

Herr Bundeskanzler! Wir werden den Verdacht nicht los, daß Sie immer für mehr Diskussion, auch Demonstration und Änderung angeblich autoritärer Strukturen dort sind, wo es um die politischen Positionen anderer geht. Aber Sie sind offensichtlich immer dann gegen Diskussion, gegen Demonstration und gegen die Änderung autoritärer Strukturen, wo Sie oder Ihre Parteifreunde an der Macht sind und wo sich andere erlauben, das unter Ausnutzung ihrer ihnen verfassungsgemäß zustehenden Rechte zu kritisieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Widersprüchlichkeit zwischen Zielsetzung und tatsächlichem Verhalten findet sich ja auch in einer Reihe anderer Sachgebiete. Wenn ich nur zitieren darf: Seinerzeit hat man verkündet, daß man durch eine Novellierung des Privatschulgesetzes eine gleiche Behandlung der privaten und staatlichen Schulen in personeller Hinsicht garantieren oder herbeiführen werde.

Später hat man mit den eigenen Stimmen eine Regierungsvorlage, die zu diesem Zweck ausgearbeitet worden ist, in einer für den Staatsbürger sicherlich nicht transparenten Weise, weil sich der Staatsbürger ja nicht mit der Geschäftsordnung auseinandersetzt, in den Ausschuß zur weiteren Prüfung zurückverwiesen. Man hat natürlich nicht gesagt, daß man dadurch die eigene Gesetzesvorlage am Ende der Legislaturperiode „umgebracht“ hat.

Auch das ist eine Vorgangsweise, wo man etwas ganz anderes anstrebt, als man tatsächlich offiziell deklariert hat, und wo von Transparenz, von Einsichtigkeit und von erhöhter Verständnismöglichkeit für den Staatsbürger keine Rede sein kann.

Millionen von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen wissen heute noch nicht, wie groß die tatsächliche Steuerbelastung im Jahre 1972 sein wird. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat eine Steuersenkung für 1972 verlangt. Die große Oppositionspartei hat im Hohen Haus einen Entschließungsantrag gestellt, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1972 eine solche umfassende Steuersenkung durchzuführen. Der Finanzminister hat erklärt, eine solche Steuersenkung komme vor 1973 nicht in Frage. Der Gewerkschaftsbundpräsident hat erklärt, der UGB lasse sich von der Regierung nicht kaufen. Der Bundeskanzler stellte fest,

noch in diesem Jahr werde über eine Steuersenkung verhandelt werden. Die letzte Etappe bestand darin, daß man die offiziellen Verhandlungen doch erst im Jahre 1972 einleiten wird.

So könnte man die Liste von Widersprüchlichkeiten immer noch fortsetzen.

Was uns aber auf dem Gebiete der Landesverteidigung in letzter Zeit präsentiert worden ist, übersteigt alles bisher Dargebotene und genügt, um das Vertrauen in diesen wichtigen Sektor, das ohnehin in der Vergangenheit schon genügend strapaziert worden ist, radikal abzubauen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die „Verdienste“ für diese Bundesheerreform müssen Sie auf sich nehmen. Die können Sie bei uns nicht mehr abladen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Da gab es seinerzeit den oft zitierten Rösch-Plan. Gesehen hat ihn niemand. *(Abg. Doktor Kohlmaier: Der Rösch hoffentlich schon!)* Ich weiß es nicht. Im Mai 1969 hat der Herr Abgeordnete Mondl gesagt, daß ein Wehrkonzept der SPÖ erarbeitet worden ist. Der Herr Bundeskanzler traf im November 1969 eine ähnliche Feststellung. Am 14. November 1970 wurde das vom Herrn Bundeskanzler bestätigt. Dieses Konzept, hat es damals geheißt, werde demnächst den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates übergeben werden. Und nun erklärt zum allgemeinen Erstaunen der Öffentlichkeit der Herr Bundeskanzler laut „Wochenpresse“ vom 24. November 1971 dieses Konzept als „unausgereift, konventionell und teuer“ und teilt mit, daß das, was man nie gesehen hat, inzwischen fallengelassen worden ist. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Bedeutet diese Feststellung, daß Sie bei den Wahlen 1970 sechs Monate Wehrdienstzeit auf Grund des sozialistischen Wehrkonzeptes versprochen haben, obwohl es „unausgereift, konventionell und teuer“ und keine Offenbarung war? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Heißt es, daß die Wehrgesetznovelle, die auf dem sozialistischen Wehrkonzept aufbauen müßte, mit den gleichen Mängeln behaftet ist?

Sie stellten vor kurzem ja auch fest, daß Sie das Konzept von Minister Lütgendorf noch nicht kennen, und als dieses Papier vor wenigen Tagen vorgelegt wurde, trug es das Datum Februar 1971.

Und als der Herr Landesverteidigungsminister anläßlich der Präsentation seiner Vorstellung auf eine umfassende Kritik traf, hat er gemeint, „es liegen noch andere Dinge im Panzerschrank“. *(Abg. Dr. Kohlmaier:*

Dr. Mock

Ein „transparenter“ Panzerschrank! Hohes Haus! Jetzt beginnt die zweite Runde mit dem Panzerschrank. Dazu sind die Dinge wirklich zu ernst, um nochmals dieses Spiel zu beginnen, das uns schon so viel Schaden in diesem Bereich gebracht hat.

Hier ist nichts mehr transparent als ein Wirrwarr an zugesagten Konzepten, die später als unreif disqualifiziert wurden, und Zusagen von neuen Konzepten und Verteidigungsplänen. Hier ist auch transparent eine Mißachtung des Hohen Hauses durch den Herrn Landesverteidigungsminister, der seine Vorstellungen im Panzerschrank verwahrt, und das Parlament über eine Wehrgesetznovelle verhandeln läßt; die Abgeordneten sollen nur eine Wehrgesetznovelle beschließen — „ich weiß ja alles besser, ich habe es ja im Panzerschrank“.

Wie erklären Sie sich, Herr Bundeskanzler, die Diskrepanz zwischen diesem Verhalten und Ihren wiederholten Vorstellungen, das Parlament im weitesten Umfang informieren und auch respektieren zu wollen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Besitzt, Herr Bundeskanzler, der Landesverteidigungsminister auch Ihr Vertrauen, nachdem er bei seiner jüngsten Pressekonferenz die Frage, ob er mit jenen solidarisch sei, welche die Parteiendemokratie ablehnen, weil hier alles mehr oder weniger Zankapfel sein könne, mit Ja beantwortete? Wenn das nur ein Ausrutscher war, wenn das nur ein Versprecher war, dann hat sich der Sprecher auch damit für seine Aufgabe disqualifiziert, da er nicht in der Lage ist, zu solchen grundsätzlichen Problemen in einer verständnisvollen Weise in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Entspricht die Auffassung des Herrn Landesverteidigungsministers: „Für mich sind 60 Tage Waffenübungen bindend!“ der Politik der Bundesregierung oder Ihrer eigenen Auffassung, daß dies doch nur eine Obergrenze ist?

Teilen Sie die Auffassung des Herrn Landesverteidigungsministers nach einem schrittweisen Anstreben eines siebenprozentigen Budgetanteils zur Durchführung seiner Reformpläne?

Wenn Sie alle diese Auffassungen des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung nicht teilen, welche Konsequenzen, Herr Bundeskanzler, ziehen Sie aus dieser Situation?

Wir wollen mit unserer Anfrage wissen, ob die Grundsätze Ihrer Politik nur Tageswert haben oder ob sie echte, bindende Leitlinien

für die Politik Ihrer Regierung und für die Politik Ihrer Minister sind, und ob Sie weiterhin Mitgliedern der Regierung Ihr Vertrauen geben, die sich durch ihre Aussagen, durch ihr Verhalten in der Praxis von Ihrer eigenen Politik desolidarisieren.

Hohes Haus! Worte wie „mehr Demokratie“, „mehr Diskussion“, „Maulkorberlaß“, „mehr Transparenz“ sind selbst unter der Annahme einer sehr flexiblen Politik zu viel, um sie noch unter einen Bogen zu bringen, um nicht zu spüren, daß das Verständnis der Öffentlichkeit damit eindeutig überspannt und überfordert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf dieser Regierungsbank sitzt ein Regierungschef, der mehr Diskussion und mehr Transparenz verkündet. Seine Minister verhängen Maulkorberlässe. Auf der Regierungsbank sitzt ein Regierungschef, der von der „bestvorbereiteten Regierung“ gesprochen hat, und im Jahre 1971, eineinhalb Jahre nach der Aufnahme der Regierungstätigkeit, weiß man noch nicht, wie wesentliche Fragen, die für das Jahr 1972 Auswirkungen haben sollen, auch tatsächlich geregelt werden sollen.

Das kann sich, Herr Bundeskanzler, gefallen lassen, wer will — eine Opposition, die sich das gefallen läßt, würde ihrer Aufgabe zur demokratischen Kontrolle und ihrer Verpflichtung, Rechenschaft zu verlangen, nicht gerecht werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schon Johannes Schlemmer sagt: „Allein das Recht und die Möglichkeit, Rechenschaft zu verlangen, machen die Demokratie aus. Unsere Ordnung kann nur bestehen, wenn jederzeit Rechenschaft verlangt werden, wenn jederzeit Unbehagen und Mißfallen“ mit einer bestimmten Politik zum Ausdruck gebracht werden kann.

Herr Bundeskanzler! Schon am Beispiel der sogenannten Bundesheerreform zeigen sich die ersten wesentlichen Sprünge und Risse im Gebäude Ihrer Politik, weil sie nur allzu leicht, allzu billig und — ich gestehe es zu — oft allzu gekonnt sich nach Opportunität, sich allein nach Wahlerfolgen ausgerichtet hat.

Es muß verhindert werden, daß die gleiche Art von Politik auch in anderen Sachgebieten Platz findet, daß der gleiche Schaden in anderen Bereichen entsteht, ich denke nur zum Beispiel an die wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik.

Es wird gewaltiger Anstrengungen bedürfen — aller politischen Gruppen, ich möchte dies unterstreichen —, um aus dieser fast ausgewogenen und auch bedrückenden Situation der von Ihnen eingeleiteten Bundesheerreform, dieses von Ihnen praktizierten politischen Stils herauszufinden, im Interesse

Dr. Mock

unseres Staates, im Interesse vor allem der immerwährenden Neutralität und im Interesse der Sicherheit unseres Landes. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort hat sich der Herr Bundeskanzler Kreisky gemeldet. Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die erste mir gestellte Frage lautet:

„Ist die in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 festgelegte Transparenz und Diskussionsbereitschaft noch immer ein bestimmender Grundsatz Ihrer Regierungspolitik?“

Wenn ja, wie erklären Sie den Widerspruch zwischen diesen allgemeinen Zusicherungen und dem bestehenden Diskussionsverbot durch Maulkorberlässe, Abberufung von Beamten, die vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen, und der Diffamierung ganzer Gruppen, die sich der jeweiligen Regierungsmeinung nicht unterwerfen?“

Darauf antworte ich in Anbetracht des Umstandes, daß es sich in dieser Frage um allgemeine Behauptungen handelt, wie folgt:

Die in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 festgelegten Grundsätze sind selbstverständlich nach wie vor für die Regierungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung bestimmend.

Entgegen der in der Anfrage gemachten Behauptung von Widersprüchen, Diffamierung et cetera hält sich die Bundesregierung streng an die bestehenden Gesetze. Auch die Dienstpragmatik ist geltendes Recht und ist daher zu beachten.

Zur Frage 2, welche lautet:

„Wird die Bundesregierung in Hinkunft eine bessere, umfassendere und zeitgerechte Information des Parlaments und der Öffentlichkeit über wichtige Vorhaben gewährleisten?“, antworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung ist um eine umfassende und zeitgerechte Information des Nationalrates und der Öffentlichkeit bemüht und wird diese Bemühungen auch in Zukunft fortsetzen.

Die Frage 3 lautet:

„Bis wann sind Sie insbesondere in der Lage, dem Parlament das Grundkonzept für die Landesverteidigung Österreichs in den siebziger Jahren, wie Sie es in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 angekündigt haben, vorzulegen?“

Darauf antworte ich wie folgt:

Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat seine Vorstellungen vor wenigen Tagen dem Landesverteidigungsrat vorgetragen. Es wird nun hierüber in einer kommenden Sitzung des Landesverteidigungsrates diskutiert werden, und es wird Sache dieses Gremiums sein, seine Stellungnahme abzugeben. Die Bundesregierung oder der zuständige Ressortminister wird sodann dem Parlament die entsprechenden notwendigen Maßnahmen vorlegen.

Zur Frage 4, welche lautet:

„Sind Sie bereit, in den schwerwiegenden Sachfragen, in denen nach wie vor Unklarheit über die künftige Regierungspolitik herrscht oder sogar erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung bekannt wurden (Termin und Art der notwendigen Steuersenkung, Finanzierung der Gesundheitspolitik und des Umweltschutzes, Steigerung des Anteiles der Landesverteidigung im Gesamtbudget), dem Parlament endlich und verbindlich Klarheit über die Absichten der Bundesregierung zu verschaffen?“, antworte ich wie folgt:

Es ist unrichtig, daß in der Bundesregierung die in der Anfrage behaupteten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Was die künftigen Absichten der Bundesregierung betrifft, wurde dem Nationalrat erst vor wenigen Wochen die überaus ausführliche Regierungserklärung vorgetragen, sind in den letzten Tagen im Finanz- und Budgetausschuß ausführliche Stellungnahmen der zuständigen Ressortminister erfolgt, und es wird auch in Zukunft genauso verfahren werden.

Zu den Fragen 5 und 6, welche lauten:

„5. Erklären Sie sich mit den ablehnenden Äußerungen Ihres Bundesministers für Landesverteidigung zur parteienstaatlichen Demokratie solidarisch?“

6. Halten Sie eine solche Äußerung zur Parteiendemokratie für ein Mitglied Ihres Kabinettes und für einen Minister der Republik Österreich überhaupt für vertretbar und sind Sie bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen?“:

Ich wurde informiert, da ich an dieser Pressekonferenz selber nicht teilgenommen habe, daß es sich hier um ein eklatantes Mißverständnis handle, daß der Herr Landesverteidigungsminister hingegen die Absicht gehabt habe, klar und deutlich zu sagen, daß er sich mit der Parteiendemokratie und mit dem Parlamentarismus und seinen Erscheinungsformen solidarisiere. Diese Erklärung wurde mir vom Herrn Landesverteidigungsminister ausdrücklich gegeben; es handelt sich

Bundeskanzler Dr. Kreisky

daher um ein Mißverständnis. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Viele Mißverständnisse, nicht das erste!)*

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Bauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers auf unsere dringliche Anfrage als Beantwortung annehmen will, dann darf man sie vielleicht so interpretieren, daß der Herr Bundeskanzler selbst ein Opfer von Mißverständnissen geworden ist. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nachweisen. Wenn auch der Herr Bundeskanzler hier erklärte, daß der Herr Verteidigungsminister ihn ausdrücklich ermächtigt habe, die Meinung dem Hohen Haus wiederzugeben, er habe gestern in der Pressekonferenz anders geredet, meine Damen und Herren, so sind wir im Besitz von Unterlagen, die ganz klar ergeben, was der Herr Verteidigungsminister gesagt hat. Und es wäre ihm gut angestanden, hätte er sich hier vor dem Hohen Haus, vor den österreichischen Volksvertretern, entschuldigt, wie das in diesem Saal schon Abgeordnete getan haben. Das ist unterblieben, das nehmen wir zur Kenntnis.

Wir sind im Besitz eines Tonbandes — ich habe es mir mitgenommen — von Kollegen, die gestern bei der Pressekonferenz waren und die das aufgezeichnet haben. Dort hat der Herr Verteidigungsminister anders, sehr deutlich gesprochen. Wir nehmen die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers als einen wesentlichen Beitrag zu dieser Art von Demokratisierung und Transparenz zur Kenntnis, als einen wesentlichen Beitrag, der uns wieder einmal zeigt, was man von dieser Regierung zu erwarten hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denn, meine Damen und Herren, Demokratisierung, Transparenz und Diskussionsbereitschaft, das sind so einige der gängigen Schlagworte des Herrn Kanzlers und nicht nur des Herrn Kanzlers. Damit wollen Sie einen Schleier vor all das spannen, was Sie mit Ihrem Sozialismus in Österreich an gesellschaftspolitischen Veränderungen planen; möglichst harmlos, möglichst einfältig, um nicht zu sagen, primitiv. Wo immer dies möglich ist, wollen Sie Mehrheiten einzementieren. Mit den Mitteln sind Sie nie wählerisch gewesen, meine sehr verehrten Damen und

Herren. Man braucht Ihnen den Austromarxismus der zwanziger und dreißiger Jahre nicht vorhalten. *(Abg. Skritek: Von den dreißiger Jahren sollten Sie weniger reden!)* Die jetzige Regierung läßt durch ihren Chef erklären, sie bekenne sich im Licht der Erfahrungen zur Transparenz. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. H. Fischer: Achtung: „Schindanger“!)* Welch unverbindliche Formulierungen, welche Versprechungen, welche Wunschvorstellungen werden hier geweckt!

Hinter all dem stecken jedoch glasklare sozialistische Konzepte, lauern Bestrebungen, auch frei gewählten Abgeordneten das Wort zu verbieten. Als Exempel sei nur der Vorfall erwähnt, der sich erst vor wenigen Tagen bei der Beratung des Kapitels Landesverteidigung im Finanz- und Budgetausschuß abgespielt hat. Einmal versucht man, unliebsamen Abgeordneten der Opposition den Maulkorb umzuhängen. So nebenbei bemerkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat man erst kürzlich hier im Haus einem meiner Freunde vom Präsidentensitz aus zugerufen — es war nicht der Erste Präsident des Hauses, das, glaube ich, festhalten zu müssen —, dieser mein Kollege möge gewisse „Bemerkungen“ unterlassen. Dann will man andere Staatsbürger, die Beamte sind, mundtot machen, und am Schluß steht mit Sicherheit jene Gleichschaltung der öffentlichen Meinung, die vielleicht etwas mit Ihrer Art von Demokratisierung, sicher aber nichts mit Demokratie zu tun hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Genau das ist es, was wir nicht wollen. Wir werden hier sehr laut und deutlich reden. Das ist immer noch besser, als sich zu verkriechen, zu schweigen und vielleicht nach ein paar Jahren zu erklären, man habe ja ohnehin nichts gegen diese Art von Sozialismus machen können. Die Vertreter der Oppositionsparteien werden es dem rede-freudigen Herrn Bundeskanzler, der einmal bagatellisiert und einmal dramatisiert, nicht leicht machen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Kreisky mag aalglatt versprechen, hier aber hat er den Vertretern des Volkes Rede und Antwort zu stehen! Hier wird man ihn nicht als Meister der Taktik loben können, hier wird er seine Farbe zu bekennen haben, und die ist trotz seines bürgerlichen Lebensstils nach wie vor dunkelrot, mag man das vielleicht als Sohn eines einfachen Arbeiters auch ein wenig einseitig sehen. Der Sozialismus behauptet von sich, human und tolerant zu sein. Das kann stimmen, sofern sich das auf jene bezieht, die ihm zujubeln. Jenen aber, die ihn im Interesse des Volkes zu kritisieren wagen, zeigt er seine Klauen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dr. Bauer

Kein Wunder, daß sich hier der Widerstand anderer demokratischer Kräfte verdichtet. Als Beweis dafür braucht man nur die Personalvertretungswahlen anzuführen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wie vorgestern und gestern unsere österreichischen Beamten, die im Bund jetzt allesamt *(Abg. R. Weiss: Sie sind nicht in Klosterneuburg, sondern im Parlament!)* unter sozialistischen Ministern zu dienen haben, gewählt haben, verdient weit über unsere Partei hinaus tiefsten Respekt und vollste Anerkennung. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Sekanina.)*

Und wenn Sie mir gestatten, jetzt einen Zwischenruf aufzugreifen — ich werde die 20 Minuten einhalten —: Ich habe mich hier im Haus entschuldigt, Kollege Sekanina, wenn Sie vielleicht auf eine Äußerung anspielen wollen, die ich einmal getan habe. Andere Politiker, Herr Kollege Sekanina, haben sich hier noch nicht entschuldigt, auch solche von Ihrer Partei! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zurück aber zu unseren österreichischen Beamten, die in diesem Jahrhundert nicht einer politischen Partei, sondern ihrer Heimat dienten und dienen und die einmal eingesperrt, einmal wegen ihrer politischen Gesinnung benachteiligt und zum dritten als mögliche Helfershelfer einer „reaktionären Partei“ — so nennt man uns ja — in Ihren Kreisen verdächtigt wurden. Für Sie, meine Herren von der Linken, zählt dieses Berufsbeamtentum offenbar wenig, Sie halten es lieber mit der Internationale, deren Herrn Bhmke und seiner politischen Beamtenkaste. Für Sie ist ein Beamter nämlich nur dann gut, wenn er Karl Marx möglichst auswendig zitieren kann *(Heiterkeit bei der SPÖ)* oder Ihrer Sozialistischen Partei besonders ergeben ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir aber bekennen uns zu jenem österreichischen Beamtentum, das am Wiedererstehen der Zweiten Republik so maßgeblich beteiligt war. Wir zollen unsere Anerkennung den Vertragsbediensteten, den Beamten, den Exekutivorganen, dem Kaderpersonal im Bereich der Landesverteidigung. Wir fühlen uns den Dienern dieses Staates verpflichtet und verbunden!

Der Herr Parteivorsitzende Dr. Kreisky hat vor fünf Jahren von dieser Stelle aus so mit einem Anflug von Pathetik von einem möglichen Köpferrollen von Beamten gesprochen und gleichsam das Verlesen von Proskriptionslisten angekündigt. Nicht einem einzigen Beamten ist während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung aus politischen Gründen irgendein Nachteil widerfahren. *(Abg. Libal: Wir könnten einige aufzählen!)* Wir aber werden jetzt nicht zusehen, wie Sie unsere

Beamtenschaft ihrer Substanz berauben wollen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Einzelne Ihrer Minister, Herr Bundeskanzler — und Sie wissen schon, was ich meine — haben einen recht eigenwilligen Arbeitsstil. Da legt man dem einen nicht der SPÖ angehörenden Spitzenbeamten die Frühpensionierung nahe. Da empfiehlt man — selbstverständlich völlig unverbindlich — dem einen oder anderen hohen Offizier, vorzeitig in Pension zu gehen. Da stellt man Überlegungen über die Überstellung gewisser Gruppen in die Gehaltsklasse A an. Da wird die Mehrheitspartei plötzlich sehr leise, wenn man sie daran erinnert, daß sie noch vor ein paar Monaten lautstark die Forderung nach Ausschreibung, und zwar nach öffentlicher Ausschreibung, bestimmter Dienstposten erhoben hat.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, dürfte es nicht unbekannt sein, daß man Offiziere und Beamte zur Ordnung ruft, daß man im Bereich des Landesverteidigungsministeriums Unteroffiziere gegenüber bessergestellten Längerdienenden auf die Regelung ihrer Besoldungsfragen warten läßt. Nur so nebenbei möchte ich hier auch andeuten, daß es einfach unerhört ist, daß der Herr Landesverteidigungsminister vor einigen Monaten ein ausländisches Nachrichtenmagazin reichlichst mit seinen Inspirationen versah, daß man jetzt aber vor wenigen Tagen den Pressereferenten dieses Herrn frank und frei nur deshalb enthoben hat, weil er von seinem staatsbürgerlichen Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dieser Mann, Ministerialrat Hans Ellinger, Hauptmann der Reserve, ein österreichischer Patriot *(Zwischenruf des Abg. Haas)* — hören Sie sich das ruhig an, Kollege Haas! —, ein österreichischer Patriot, der schon im Jahre 1938 seinen Kopf für dieses Land riskiert hat, und zwar für dieses unser gemeinsames Vaterland, hat nämlich, wie auch der Herr Bundeskanzler sehr genau weiß, weder gegen die Gebote der Amtsverschwiegenheit verstoßen, noch hat er irgendeine ehrenrührige Kritik am Herrn Brigadier Lütgendorf angebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Hans Ellinger, ein schlichter Österreicher *(ironische Heiterkeit bei der SPÖ)*, ist uns jedenfalls sympathischer ... Es ist zu bedauern, daß Sie darüber lachen können. Sie müßten nämlich darüber weinen. Ein schlichter Österreicher ist uns jedenfalls sympathischer als ein Herr Lütgendorf, der in seiner Pressekonferenz sich mit jenen solidarisiert hat — und das ist durch keine

Dr. Bauer

Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zu entkräften —, die die Parteiendemokratie ablehnen, auch wenn der derzeitige Herr Minister jetzt erklärt, er habe es nicht so gemeint. Das war übrigens auch eine Erklärung, die er gestern nach Abschluß der Pressekonferenz von sich gegeben haben soll.

Auch im Falle Ellinger kann man nach genauem Studium seiner Äußerungen einfach feststellen, daß der Mann nur diffamiert wird, eine sachliche Widerlegung seiner Argumente ist nämlich Ihnen von der Mehrheitspartei in diesem Haus einfach unmöglich. Gerade jetzt sollte man nicht vergessen, daß es eine spektakuläre Erklärung des früheren Generaltruppeninspektors anläßlich des Abschlusses der Beratungen der Bundesheer-Reformkommission gibt. Und als Abgeordneter darf man schließlich auch nicht übersehen, daß rund 2000 Offiziere des Bundesheeres einen Brief unterschrieben haben, in dem ganz klar zu Problemen der Landesverteidigung, freilich nicht im Stil der Sozialistischen Partei, Stellung genommen wurde.

Aber ein Beamter wie dieser Ellinger, dieser Aufmucker, der darf ja so etwas nicht tun. Ein solcher Mann würde etwa bei Ford hinausfliegen, meinen jene, die recht willfährig sozialistische Argumente übernehmen. Dieser Ellinger ist der Republik Österreich verpflichtet und nicht der Sozialistischen Partei!

Wir, die Republikaner, und zwar nicht nur die oppositionellen — nicht nur die oppositionellen! —, die morgen schon an der Macht sein können — ganz legal, ganz demokratisch —, müssen diesem Ellinger dankbar sein, weil sein Vorstoß klar beweist, daß weder Sie, Herr Bundeskanzler, noch Ihr Herr Minister und schon gar nicht die SPÖ über ein brauchbares Konzept zur Landesverteidigung verfügen! *(Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!)*

Sie, Herr Bundeskanzler, reden von Transparenz. Um nur ein kleines Beispiel der Undurchsichtigkeit zu erwähnen: Ihr Herr Verteidigungsminister redet in Pressekonferenzen und informiert vorher weder Landesverteidigungsrat noch Landesverteidigungsausschuß. Neuer, transparenter Regierungsstil!

Das, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ist Ihre Politik, die Politik der Transparenz. Das ist Ihre Politik der Demokratisierung. Sie reden von Transparenz. In diesem Zusammenhang darf ich Sie an den leider verewigten sozialistischen Zentralsekretär Liwanec erinnern, der in der Broschüre „Information“ eine sehr treffende Meinung vertreten hat, indem er sagte:

„Einschränkungen der Informationsfreiheit sind keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Im 19. Jahrhundert griff man zu legislativen Maßnahmen, man schuf den Begriff des militärischen Geheimnisses, unter dem man alles zu fassen beliebte, was dem Publikum eben vorenthalten werden sollte. So versuchte man, sich die Unmündigkeit der breiten Masse zu erhalten, ein Maulkorb aus Nylon bleibt ein Maulkorb.“

In diesem Zusammenhang darf man der österreichischen Öffentlichkeit nicht vorenthalten, daß es Erkenntnisse höchster Gerichtshöfe gibt, darunter auch des Verfassungsgerichtshofes, in denen Ordnungsstrafen gegen Beamte mit der Begründung aufgehoben wurden, daß das Grundrecht der freien Meinungsäußerung durch die Dienstpragmatik nicht eingeschränkt werde, sofern der Beamte nicht in ehrenrühriger, sondern in sachlicher Weise Kritik an seinem Ressortchef übe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und dieser Ellinger, ist er ein Karrierist? — Nein! Denn dann hätte er vor Ihnen, Herr Bundeskanzler, und vor Ihnen, Herr Verteidigungsminister, Kotau machen müssen.

Dieser Ellinger ist vielmehr ein Unbequemer, ein Wackerer, man könnte das beinahe sagen, wenn man sich die Vergangenheit einiger Spitzenpolitiker der Linken ansieht.

Ellinger hat schon im Mai 1970 Herrn Minister Freihsler, der an seiner Verantwortung zerbrochen ist, seinen Rücktritt angeboten. Herr Minister Freihsler hat Ellinger jedoch mit der weiteren Ausübung seiner Funktion beauftragt.

Dieser streitbare Ellinger, ein Mann mit ausgezeichneten Qualifikationen — ein Mann mit ausgezeichneten Qualifikationen; Sie können sich über Ihren Herrn Minister sicherlich die Dienstbeschreibung anschauen, Herr Kollege, denn so vertraulich werden ja die Dinge bei Ihnen nicht behandelt; das ist ja dann Transparenz, die Sie haben wollen *(Zustimmung bei der ÖVP)* —, wurde vom Herrn Minister Lütgendorf als Pressechef eingesetzt, nachdem er einen Oberst des Generalstabes abgesetzt hat. *(Zwischenruf des Abg. Liberal.)* Nach Rückkehr aus seinem Karenzurlaub wurde Ellinger am 30. April dieses Jahres von Ihrem Herrn Verteidigungsminister wieder mit der Leitung der Presseabteilung betraut, was in allen Lagern dieses Landes Überraschung ausgelöst hat.

Dieser unbequeme Ministerialrat hat am 4. 3. dieses Jahres telefonisch und am 30. 4. dieses Jahres mündlich den Chef der Personalsektion des Landesverteidigungsministeriums:

Dr. Bauer

um ein Gespräch über eine anderweitige Verwendung ersucht. Herr Verteidigungsminister Lütgendorf aber haben persönlich dem Herrn Ministerialrat keine Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben.

Die Zeiten jedoch, in denen die „AZ“ den Herrn Verteidigungsminister zu kritisieren wagte, sind ja längst vorbei. In den Archiven allerdings kann man es noch lesen. Da heißt es etwa:

„Wie weit der Schritt Lütgendorfs“ — ich zitiere die „Arbeiter-Zeitung“ — „politische Gründe haben könnte, ist nicht abzusehen. Derzeit prüfen Juristen des Verteidigungsministeriums, ob Lütgendorfs Vorgehen korrekt war. Der Brigadier, meinen manche, hätte zumindest nicht in dieser Art zurücktreten dürfen, da er auf Grund der Funktion, die er im Ministerium ausübt, und nicht als Privatmann in die Reformkommission bestellt wurde.“

Damals hat man den jetzigen Minister kritisiert, seinen Schweigeerlaß, der eindeutig verfassungswidrig ist, nimmt die Linke jedoch kopfnickend zur Kenntnis.

Wir aber, die wir die Äußerungen Ellingers kennen, und zwar alle Äußerungen, und nicht solche, von denen man nachher abrückt, und die wir wissen, daß er sich lediglich des verfassungsmäßig garantierten Rechtes der freien Meinungsäußerung bediente, stehen hinter ihm, und mit uns alle, die gestern und vorgestern ein klares Bekenntnis zum freien österreichischen Berufsbeamtentum abgelegt haben! (Zustimmung bei der OVP.)

Sie hingegen, Herr Bundeskanzler, haben im Dezember 1970 den sogenannten Maulkorberlaß Freihörsers aufgehoben, im Juli dieses Jahres aber den Maulkorberlaß Ihres Herrn Ministers Lütgendorf in aller Öffentlichkeit für rechtmäßig erklärt.

Sie haben nicht nur unliebsame Kritiker, die als Fachleute gelten, zum Schweigen bringen wollen, Sie haben — und hier ersuche ich Sie, den Austria-Pressedienst nachzulesen — auch Ihren Herrn Dr. Nenning zum Verstummen gebracht. Folgt man diesem Pressedienst, dann lebt das „Neue Forum“ nicht zuletzt deshalb, weil ein verstaatlichtes Bankinstitut und eine Ihnen nahestehende Sparkasse 800.000 S flüssiggemacht haben, wozu auch noch staatliche Subventionen kommen sollen.

Einige Tage später sollen Sie, Herr Bundeskanzler, dem „Vater der Revoluzzer“, wie Nenning heißt, der über die Bundesheerreform zu reden begann, wörtlich entgegeng gehalten haben: „Aber Günther, wir haben doch gestern

darüber telefoniert“, was wieder ein Beispiel für Ihre sagenhafte Transparenz darstellt. (Heiterkeit bei der OVP.)

Mit diesem Kabinett, Herr Bundeskanzler, wird Österreich sicher noch einiges erleben. Für Hunderttausende Österreicher ist aber eines sicher: Wir werden Ihren famosen Herrn Verteidigungsminister ebenfalls noch eine Zeitlang reden hören, wir werden Sie, Herr Bundeskanzler, auch noch eine Zeitlang reden hören, wir werden von Ihrer Demokratisierung, von Ihrer Auffassung der Transparenz und von Ihrer Auffassung über die Diskussionsbereitschaft erfahren, wir werden uns aber nicht mit hohlen Phrasen zufriedengeben!

Wir werden Ihnen immer wieder beinah Ihre Grenzen aufzeigen und wir werden Sie an Ihre Verantwortung erinnern. (Beifall bei der OVP.) Ich entsinne mich noch sehr genau an eine Ihrer Äußerungen, Herr Kanzler, bei den Regierungsverhandlungen im Jahre 1970. Sie sprachen damals — und ich hielt das fest — vom Jahr Null, mit dem die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Falle einer Koalition unter Ihrer Kanzlerschaft beginne. (Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)

Sie, Herr Bundeskanzler, haben die Zeit der Minderheitsregierung überstanden und glauben, sich jetzt in einer Ära des Triumphalismus sonnen zu können. Man braucht aber kein Prophet zu sein, um Ihnen vorauszusagen, daß Sie an Ihrer Art der Demokratisierung, der Transparenz und der Diskussionsbereitschaft scheitern werden. Wir von der Volkspartei und sicher nicht wenige Freiheitliche auch, wir wollen uns für die Zeit nach dem Jahr Null rüsten, denn unser Volk, unser österreichisches Volk wird und muß leben in einer Zeit, in der Ihr Kabinett nur als eine unbedeutende Episode beurteilt werden wird. (Beifall bei der OVP. — Abg. Libal: Schon wieder! — Abg. Skritek: Wunschträumel!)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Daß ich über geführte Telefongespräche, die nicht stattgefunden haben, hier nicht reden werde, ist aus zweierlei Gründen verständlich. (Zwischenruf bei der OVP.) Erstens einmal deshalb, weil ein solches Gespräch, wie gesagt, über diese Reform nicht stattgefunden hat, und zweitens, weil es bei uns bekanntlich das Telephonegeheimnis gibt und niemand verpflichtet ist, über Telefongespräche Auskunft zu geben. (Heiterkeit und

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Zwischenrufe bei der OVP.) Über Telefongespräche im allgemeinen! Ich weiß nicht, über welche Abhorchgeräte Sie verfügen, um solche nicht stattgefundenen Gespräche zu hören. (Abg. *Minkowitsch*: Schon wieder!)

Darf ich jetzt zum Fall Ellinger Stellung nehmen. Ich fühle mich verpflichtet, zum Fall Ellinger Stellung zu nehmen, obwohl es sich um eine Maßnahme des zuständigen Ressortministers gehandelt hat, weil ich der Meinung bin, daß ich in Personalfragen eine bestimmte Verantwortung trage.

Zuerst einmal möchte ich feststellen, wie das auch hier vorübergehend erwähnt wurde, daß man ohne das geringste Zögern dem Herrn Dr. Ellinger die Möglichkeit zur politischen Betätigung insofern gegeben hat, als er vom Dienste befreit wurde und sich dem Präsidentschaftskandidaten Dr. Waldheim für die Wahlwerbung zur Verfügung gestellt hat. (Ruf bei der OVP: *Selbstverständlich!*) Ich will damit feststellen, daß seiner politischen Betätigung nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht wurden.

Nach der Präsidentenwahl hat sich Herr Dr. Ellinger neuerdings zum Dienst gemeldet. Der Herr Abgeordnete Dr. Bauer hat bereits einem gewissen Erstaunen Ausdruck gegeben, daß diesem Umstand Rechnung getragen wurde und Dr. Ellinger wieder — selbstverständlich wieder —, nicht zuletzt auf meinen Rat, mit der Leitung dieser Abteilung betraut wurde.

Das ist die zweite Feststellung. Er ist also auf seinen alten Platz zurückgekommen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Prader.) Dort hat er die Aufgabe — das ist halt in dieser Abteilung so —, die Intentionen und Absichten des Ressortchefs in der Öffentlichkeit zu vertreten. Das muß nämlich in diesem Zusammenhang auch festgestellt werden: er hat dort die Aufgabe, diese Intentionen zu vertreten. (Abg. *Glaser*: Hat er Zugang zum Panzerschrank? — Zwischenruf des Abg. Doktor *Blenk*. — Abg. Dr. Bauer: Die Intentionen kennen doch nicht einmal Sie!) Und das ist zu beachten.

Am Tag, an dem Herr Dr. Ellinger seinen Vortrag gehalten hat, hat er einen Brief an den Herrn Ressortminister geschrieben. Um 18 Uhr 30 desselben Tages, also zu einer Zeit, da er nicht damit rechnen konnte, daß er noch vor dem Vortrag Gelegenheit haben wird, mit dem Ressortminister ein klärendes Gespräch zu führen. In der Tat war auch der Herr Ressortminister zu diesem Zeitpunkt nicht im Ministerium, sondern anderweitig beschäftigt. Er hat also den Brief erst bekommen, nachdem der Herr Dr. Ellinger seinen Vortrag gehalten hatte.

Korrekt, formgerechter wäre es gewesen, wenn der Herr Dr. Ellinger wenigstens am Vormittag desselben Tages den Herrn Minister verständigt hätte. Warum ich das Wort „formgerecht“ verwende, werde ich Ihnen gleich sagen.

Ich wiederhole also: Derselbe Beamte, der eine Abteilung leitet, die dazu da ist, die Intentionen des Ressortchefs zu vertreten, hält einen Vortrag gegen die Intentionen des Ressortchefs und verständigt ihn hievon kurze Zeit, ehe er diesen Vortrag gehalten hat. (Rufe und Gegenrufe zwischen OVP und SPÖ.)

Hohes Haus! Ich möchte nun feststellen, daß der Verfassungsgerichtshof genau das Gegenteil von dem festgestellt hat, was vorhin hier gesagt wurde. Er meint nämlich, daß das Recht der freien Meinungsäußerung durch die Dienstpragmatik eingeschränkt wird: Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 1927, aus dem Jahre 1930 und anderen.

Allerdings erlauben die §§ 21 und 27 der Dienstpragmatik eine sach- und formgerechte Kritik eines Beamten, sofern dadurch nicht die Amtsverschwiegenheit verletzt wird. Ich habe deshalb auf das Wort „formgerecht“ so großen Wert gelegt. Diese Form ist jedenfalls nicht gewahrt worden.

Was nun die „Maulkorberlässe“ betrifft, so danke ich dem Herrn Abgeordneten, daß er selbst darauf verwiesen hat, daß ich sämtliche Erlasse durch den Verfassungsdienst überprüfen ließ und in bezug auf diejenigen, die dem Verfassungsdienst auf Grund seines Gutachtens als unvertretbar erschienen, auch dafür Sorge getragen habe, daß sie entsprechend adaptiert werden.

Es gibt allerdings einen Erlaß vom 15. März 1968, in dem es unter anderem heißt (Zwischenrufe bei der SPÖ):

„Anfrage betreffend Einleitung der Dienstanweisung für Presseoffiziere; Beantwortung“ — ohne Zweifel ist auch der Leiter der Presseabteilung in irgendeiner Weise hier einzubeziehen, jedenfalls gelten diese Richtlinien auch für ihn. Er sagt dort:

„Hinsichtlich anderer Aussagen sowie wenn das eine oder andere Thema einer solchen Erklärung von besonderer Wichtigkeit erscheint, ist diesbezüglich jedoch dem Herrn Bundesminister zeitgerecht Meldung zu erstatten und dessen Weisung einzuholen.“ (Rufe bei der SPÖ: Aha!)

„Die Herren Militär- und Brigadekommandanten werden diese Weisung zweckmäßig im Wege des ihnen vorgesetzten Befehlshabers einzuholen haben.“

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Dies gilt sinngemäß für alle öffentlich Bediensteten, also auch für Offiziere, hinsichtlich öffentlicher Erklärungen, die sich auf ihre dienstliche Tätigkeit und ihren Beruf" (*Abg. Dr. Koren: Auf ihre dienstliche Tätigkeit!*), Herr Dr. Bauer, ich antworte Ihnen auf Ihre Fragen, "... und ihren Beruf et cetera beziehen.

Es steht jedem öffentlich Bediensteten und daher auch jedem Offizier selbstverständlich frei, seine Meinung über Angelegenheiten, die nicht dienstlicher Natur sind, zu äußern." (*Rufe bei der ÖVP: Aha!*)

Unterschrieben: „Für den Bundesminister: Ellinger.“ Und der Bundesminister damals war der Herr Dr. Prader! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße die dringliche Anfrage, die die Österreichische Volkspartei heute zu diesem Gegenstand eingebracht hat. Mir wäre es allerdings lieber gewesen, wenn das Schwert der dringlichen Anfrage noch schärfer in Anwendung gebracht würde und wenn die Opposition nicht dem Bundeskanzler Gelegenheit geben würde, die Verteidigung seines schwächsten Regierungsmitgliedes persönlich zu übernehmen.

Mir wäre es also lieber gewesen, wenn die Richtkanoniere der politischen Argumente aus dem Lager der Österreichischen Volkspartei ihre Batterien auf den Brigadier Lütgendorf und nicht auf Dr. Kreisky gerichtet hätten. Denn den Anlaß zu dieser dringlichen Anfrage gab der Verteidigungsminister durch seine gestrige Pressekonferenz.

Ich spreche jetzt für mich persönlich als frei gewählter Abgeordneter. Als solcher, Herr Bundeskanzler, richte ich an Sie in Ihrer Eigenschaft als Regierungschef die dringende Bitte, Ihrem Bundesminister für Landesverteidigung endlich einen Elementarunterricht über den Umgang mit frei gewählten Abgeordneten in einem demokratischen Parlament zu geben. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Man könnte jetzt von Seite der Regierung einwenden, Lütgendorfs Argumente sind gestern außerhalb des Hohen Hauses gesetzt worden. Darf ich in Erinnerung rufen, daß ich auch einmal, und zwar in der letzten Gesetzgebungsperiode, Argumente außerhalb des Hohen Hauses in einer Fernsehsendung gesetzt habe, die sich gegen den früheren Bundesminister für Landesverteidigung, Doktor Georg Prader, richteten. (*Abg. Dr. Prader: Hier! — Abg. Dr. Bauer: Sie haben sich entschuldigt!*)

Als ich seinerzeit das von mir Gesagte im Aktuellen Dienst hörte, stand ich unter dem Eindruck, daß ich überzeichnet habe. Ich habe dann den Weg in das Parlament gewählt, um mich bei Dr. Prader zu entschuldigen. Ich bin gestern nicht ein durch Ihre Feststellung unmittelbar betroffener Abgeordneter gewesen, Herr Brigadier Lütgendorf. Aber für mich weise ich eine derartig hochmütige Stellungnahme mit allem Nachdruck zurück, wie Sie sie gegenüber zwei Abgeordneten des Hohen Hauses namentlich abgegeben haben. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. — Abg. Mitterer: Ein Maulkorberlaß für Lütgendorf — das wäre eine Lösung!*)

Ich bin im zweiten Weltkrieg als Kompaniechef nur im Bataillonsverband ausgebildet worden. Ich habe auch keine Generalstabsausbildung absolviert. Aber von Ihnen, Herr Bundesminister, lasse ich mir im Forum des frei gewählten Parlaments der Republik Österreich nicht verbieten, was ich innerhalb und außerhalb des Hohen Hauses zur Landesverteidigung Österreichs zu sagen habe. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich viel lieber an den Verteidigungsminister wenden, aber die Anfrage ist an Sie gerichtet, daher frage ich Sie. Ich lehne es für meine Person ab, von Seiten des Verteidigungsministers einen Umgangston vorgesetzt zu erhalten, als wäre er der General und wir die Rekruten! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist es, was man Herrn Lütgendorf mit allem Nachdruck kritisch in sein Stammbuch der politischen Verantwortung schreiben muß. Herr Bundesminister, ich bitte Sie inständig, finden Sie zum Parlament einen anderen Ton als den, den Sie bisher gepflogen haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Minister Lütgendorf! Gestern war ich außerordentlich darüber befremdet, daß Ihre Leseübung, die Sie im Presseklub Concordia gehalten haben, vor allem den Charakter einer Belehrung gegenüber jenen Abgeordneten hatte, die mit Ihren Intentionen zur Landesverteidigung und die mit Ihrer Arbeit auf dem Gebiet der Landesverteidigung nicht vollinhaltlich einverstanden sind. Zu denen gehöre auch ich, obwohl ich mit dem ganzen Gewicht meiner persönlichen Verantwortung nach wie vor zu jener Wehrgesetznovelle stehe, die die freiheitlichen Abgeordneten mit der sozialistischen Fraktion in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode beschlossen haben.

Nun darf ich eine Anmerkung in Richtung der Österreichischen Volkspartei machen. Meine Herren Kollegen der ÖVP, Ihre Begründung zum Fall Ellinger hinkt! Wäre dem damaligen Bundesminister für Landesverteidi-

Peter

gung Dr. Georg Prader das widerfahren, was dem Minister Lütgendorf durch Ministerialrat Ellinger widerfahren ist, der seinerzeitige Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Georg Prader hätte das nicht nur nicht unwidersprochen hingenommen, sondern hätte sicher Konsequenzen gezogen, die man mindestens als hart bezeichnen darf. (Abg. Dkfm. Gorton: Das sind Vermutungen!) Nein! Gar keine Vermutungen, denn wir haben im Parlament in der Ära Prader manches Thema dieser Art abgehandelt.

Oder darf ich die Mitglieder der seinerzeitigen Alleinregierung Klaus daran erinnern, daß sie sich in vielen Fällen gar nicht beamteter Pressereferenten bedient haben, sondern daß sie Parteifreunde mit Sonderverträgen als ihre Pressereferenten einsetzten? Ich habe seinerzeit volles Verständnis für diese Maßnahme gehabt. Dem Finanzminister der Regierung Klaus mußte man einen Pressereferenten zubilligen, der seine Finanzpolitik der Öffentlichkeit zu verdeutlichen versuchte. Einem Verteidigungsminister Lütgendorf wieder billige ich einen Pressereferenten zu, der seine Verteidigungspolitik der Öffentlichkeit zu verdeutlichen versucht. (Abg. Offenböck: Da muß er vorerst eine haben!) Hier gibt es nichts anderes als die Waffengleichheit für die Regierung Kreisky II, wie sie seinerzeit für die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei unter Dr. Klaus bestanden hat.

Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Auch das Beschwören des früheren Generaltruppeninspektors überzeugt mich nicht. Gerade die Aussagen hoher Generale in der Endphase ihrer aktiven Tätigkeit wie des Herrn Generaltruppeninspektors Fussenegger oder Erklärungen höchster heute noch aktiver Generale überzeugen mich deswegen nicht, weil die gleichen Generale zur Zeit des ÖVP-Verteidigungsministers Prader nicht gewillt oder in der Lage waren, in diesen entscheidenden Fragen der Landesverteidigung eine „militärisch-moralische Habtacht-Stellung“ einzunehmen.

Eben diese höchsten Generale, die bis zum Jahre 1970 unter der Ära von ÖVP-Landesverteidigungsministern geschwiegen haben und die seit dieser Zeit da und dort in der Öffentlichkeit das Wort ergreifen, haben bei den Offizieren und Unteroffizieren, den Leutnants, den Oberleutnants, den Hauptleuten, beim jungen Nachwuchs des Offizierskorps, den verpflichteten Unteroffizieren, die mit Idealismus ihre Berufssarbeit zu leisten haben, keine Glaubwürdigkeit. Genau bei diesem Personenkreis des Bundesheeres hat jene hohe Generalität kein Vertrauen und kein Ansehen, weil sie die 15 Jahre hindurch nicht in der Lage waren, auf das aufmerksam zu machen,

was sich an Unzulänglichkeiten unter ihrer Verantwortung im österreichischen Bundesheer vollzog.

Darf ich nun, Herr Bundeskanzler, ein Kardinalproblem der Wehrgesetznovelle in aller Öffentlichkeit zur Diskussion stellen (Abg. Libal: Das ist ein Volltreffer!), das zwischen Ihnen, der Regierungspartei und der Regierungsfraktion einerseits und der freiheitlichen Opposition andererseits ungelöst im Raume steht. Wir haben mit Ihnen, der sozialistischen Fraktion, gemeinsam die Wehrgesetznovelle beschlossen, allerdings in der Annahme — und an der halten wir weiterhin fest —, daß die Wehrgesetznovelle nicht das Ende, sondern der Anfang der Reform des Bundesheeres ist.

Aber in der Fernsehdiskussion Kreisky—Schleinker anlässlich der Nationalratswahl haben Sie eine Formulierung gewählt, die den Inhalt der Wehrgesetznovelle in einem entscheidenden Punkt in Frage stellt. Sie stellten in Zweifel, Herr Bundeskanzler, ob 60 Tage Waffenübungen realisierbar sind oder ob nach Ablauf von fünf Jahren lediglich 30 Tage Waffenübungen möglich seien.

Ich will nicht verhehlen, daß Ihnen diese Formulierung während des Wahlkampfes und im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis sicherlich Nutzen gebracht hat. Uns Freiheitlichen war es wenig förderlich, weil man uns die Frage vorlegte: Habt ihr euch das gründlich überlegt oder seid ihr im Zusammenhang mit den 60 Tagen Waffenübungen den Roten auf den Leim gegangen? Hier ist zweifelsohne infolge Ihrer Argumentation an unserer eigenen Glaubwürdigkeit gerüttelt worden.

Mein Kollege Zeillinger hat nicht tagelange, sondern wochenlange Gespräche mit den Abgeordneten der sozialistischen Fraktion anlässlich der Wehrgesetznovelle geführt. Mein Kollege Zeillinger hat gegenüber den SPÖ-Gesprächspartnern Mondl, Schieder und Blecha nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir der Wehrgesetznovelle nur dann unsere Zustimmung erteilen werden, wenn die SPÖ uns, kommt es nicht zu einer Dreiparteienlösung, in der Frage der Waffenübungen diese 60 Tage zugesteht.

Nun an die drei genannten Abgeordneten der sozialistischen Fraktion eine offene Frage, verbunden mit der Bitte, eine offene Antwort zu geben: Haben Sie die Gespräche über 60 Tage mit meinem Kollegen Zeillinger in der Überzeugung geführt, die zwei Monate Waffenübungen zu realisieren, oder sind Sie bereits zum Zeitpunkt dieser Gespräche mit dem freiheitlichen Abgeordneten Zeillinger der Meinung gewesen, daß sich die 60 Tage nicht verwirklichen lassen?

Peter

Ich bitte den Herrn Klubobmann der sozialistischen Fraktion sowie den Herrn Bundeskanzler, uns reinen Wein in dieser Frage einzuschenken:

Bleibt es bei den 60 Tagen, so wie wir gemeinsam beschlossen haben, dann hat unsere damalige Vereinbarung auch heute noch ihren Sinn.

Wollen Sie aber diese 60 Tage auf 30 Tage reduzieren, dann bitte ich Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, von heute an dafür allein die Verantwortung zu übernehmen. Wir Freiheitlichen sind in diesem Falle nicht willens, diese mit Ihnen zu tragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundesminister für Landesverteidigung! Sie sprachen sich gestern — ich hörte das über das Fernsehen — expressis verbis für die 60 Tage aus.

Daher an Sie, Herr Bundeskanzler, die Frage: Was gilt? Ihre Meinung aus der Fernsehdiskussion Kreisky—Schleinzer bezüglich der Reduzierung auf 30 Tage — immer nach Ablauf der fünf Jahre, nicht innerhalb der fünf Jahre, weil innerhalb der ersten Jahre die 60 Tage nicht wirksam werden können —, oder bleibt es beim beschlossenen Inhalt der Wehrgesetznovelle und damit jener Auffassung, die der derzeitige Bundesminister für Landesverteidigung als zuständiger Ressortchef gestern neuerdings vertreten hat?

Somit, Herr Bundeskanzler, ist es nun Ihre Aufgabe, nicht nur den freiheitlichen Abgeordneten, sondern darüber hinaus auch dem gesamten Parlament und der Öffentlichkeit bezüglich der Dauer der Waffenübungen reinen Wein einzuschenken.

Herr Bundeskanzler! Sind Sie willens, alles in Ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um die 60 Tage Waffenübungen in die Tat umzusetzen, oder wollen Sie neuerdings das Wehrgesetz novellieren und die 60 Tage auf 30 Tage reduzieren? Darauf erbitte ich namens meiner Fraktion eine Antwort. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Mitterer: Kein reiner Wein, sondern ein Gspritzter!)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sozialistischen Abgeordneten halten unverrückbar an der Überzeugung fest, daß es nicht nur Aufgabe des Nationalrates ist, Gesetze zu beschließen und die anderen im Gesetz vorgesehenen Tätigkeiten zu vollziehen, sondern daß es auch Aufgabe des Parlaments ist, eine politische Tribüne zu bilden, mit deren Hilfe sich die

Öffentlichkeit über Fragen der Politik und gerade über kontroversielle Fragen der Politik ein objektives Bild machen kann.

Bekannt man sich zu diesem Grundsatz, dann ist es aber auch notwendig, sich zu der Überzeugung zu bekennen, daß es erforderlich ist, kontroversielle Fragen objektiv, sachlich und leidenschaftslos darzustellen. Je einseitiger, je unsachlicher ein Problem dargestellt wird, umso größer ist die Notwendigkeit, in der Diskussion darüber ein entsprechendes Korrektiv zu setzen.

Meiner Meinung nach ist die vorliegende dringliche Anfrage der Abgeordneten Doktor Mock, Dr. Bauer und Genossen leider ein Beispiel für eine unausgewogene *(Widerspruch bei der ÖVP)* und nicht um eine objektive Darstellung des Zusammenhanges bemühte Interpellation, was ich im Verlaufe meiner Rede beweisen werde.

Herr Dr. Mock hat gleich den ersten Satz, den allerersten Satz seiner Ausführungen mit der Behauptung begonnen, daß ein Beamter in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht beschränkt wurde. Im Hinblick auf die dazu ergangenen Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes ist das meiner Meinung nach eine unrichtige Behauptung, wobei ich gleich hinzufüge, daß darüber, ob hier ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht verletzt wurde, nicht ich, aber auch nicht Herr Dr. Mock, sondern andere zu entscheiden haben.

Im zweiten Satz zieht Herr Dr. Mock aus dieser falschen Behauptung gleich eine generalisierende Schlußfolgerung in bezug auf die Tätigkeit der Regierung und ihre Einstellung zu verfassungsrechtlich gesicherten Grundsätzen überhaupt. Das betrachte ich als eine einseitige nicht zielführende Darstellung. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich möchte nun zu den wichtigsten Punkten dieser dringlichen Anfrage, zu den wichtigsten Vorwürfen Stellung nehmen.

Die sozialistische Regierung und die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses bekennen sich — das ist mehrfach betont worden — zu den Grundsätzen der Demokratisierung der Gesellschaft und einer weiteren Transparenz.

Es ist für mich sehr interessant, daß in den vielen Attacken im Zusammenhang mit diesen Problemen die ÖVP noch nie ja oder nein gesagt hat. Die ÖVP bekennt sich nicht zur Transparenz *(Abg. Dr. Bauer: Zu Ihrer Art Transparenz!)*, sie lehnt sie aber auch nicht ab. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)* Herr Dr. Blenk! Es ist ja kein Zufall, daß die ÖVP kein eindeutiges Bekennt-

Dr. Heinz Fischer

nis zur Transparenz abgibt, denn Sie könnten uns ja sonst nie erklären, warum sich die Herren Bundesminister Klecatsky und Piffel ganz im Gegensatz zu diesem Grundsatz sehr oft hinter der Amtsverschwiegenheit verschanzen und sehr oft sagten, Kontrollrechte des Nationalrates seien in Wirklichkeit Mehrheitsrechte, was wir auch als Regierungspartei leidenschaftlich bestreiten. Sie könnten uns nie erklären, warum Herr Dr. Klecatsky geradezu ganze Theorien erfunden hat, durch die Kontrollrechte der Abgeordneten beschränkt werden. Sie müssen konsequent bleiben! *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Herr Dr. Fischer! Bei Ihnen ist es doch auch nur Rhetorik!)*

Die ÖVP versucht also, keine klare Stellungnahme in der Frage der Transparenz abzugeben, sondern sie versucht nur eines: die Regierung in diesem Punkt unglaublich erscheinen zu lassen, und führt dazu angebliche Beweise an.

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, bitte die dringliche Anfrage zur Hand. Als Beweis für die mangelnde Transparenz wird behauptet, daß die tatsächliche Höhe der Lohn- und Einkommensteuerbelastung im Jahre 1972 noch nicht bekannt sei. Ich weiß schon, daß Sie sich nicht mit der Antwort zufrieden geben werden: Sie bräuchten ja nur im Budget auf Seite 67 nachzulesen und fänden dort den Betrag von 15 Milliarden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das heißt also: Keine Steuersenkung!)*

Ich weiß schon, daß Sie auf etwas anderes anspielen. Aber Sie bringen uns damit nicht in Verlegenheit. Denn die Regierung hat den Budgetentwurf einstimmig beschlossen. Hierüber besteht völlige Klarheit. *(Abg. Dkfm. Gorton: Die Regierung kann nur einstimmig beschließen!)* Der Gewerkschaftsbund, Herr Kollege, verliert aber deswegen nicht das Recht — auch das betrachte ich als Selbstverständlichkeit —, eine frühestmögliche Erledigung dieses Anliegens zu verlangen und im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten dafür zu kämpfen, daß nicht erst mit 1. 1. 1973, ein Termin, der aus steuertechnischen Gründen der günstigste Termin wäre, sondern vielleicht schon früher eine solche Senkung erfolgt.

Klar ist aber, daß das, was Sie tun, nämlich einen Entschließungsantrag von zehn Schreibmaschinenzeilen einzubringen, in dem eine Lohnsteuersenkung schon ab 1. Jänner 1972 — ohne Bedeckungsvorschlag! — verlangt wird, kein gangbarer Weg ist. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Sie werfen uns vor, daß die sich aus dem geplanten Gesundheitsministerium ergebenden Mehrkosten noch nicht präzise bekannt sind. Nehmen Sie sich einmal die Mühe und machen Sie den Vergleich mit der Gründung des Bautenministeriums. Es wurde ganz genau gleich verfahren. In der Regierungserklärung wurde das Bautenministerium angekündigt, so wie in der Regierungserklärung von sozialistischer Seite die Gründung eines Gesundheitsministeriums. Dann wurde der Entwurf zur Begutachtung ausgeschickt, dann wurde er nach etwa einem Monat im Nationalrat eingebracht — das ist auch diesmal der Fall, wir haben heute die Zuweisung an den zuständigen Ausschuß vorzunehmen —, und dann wurde das Gesetz im Parlament beschlossen und auch die budgettechnische Vorsorge getroffen. Aber das, was bei Klaus und Kotzina selbstverständlich war, das soll jetzt auf einmal ein Beweis für die mangelnde Demokratie oder mangelnde Transparenz der Regierungspolitik sein? Lassen Sie sich bitte bessere Beweise einfallen, wenn Sie welche finden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Der Herr Kollege Dr. Mock bringt mich noch auf einen dritten Punkt. Er sagt in Übereinstimmung mit der dringlichen Anfrage, es habe einen Rösch-Plan gegeben, den niemand gesehen habe. Herr Dr. Mock, ich weiß nicht, ob Sie ihn gesehen haben oder ob Sie ihn nicht gesehen haben. Aber: Es haben ihn erstens alle gesehen, die das Programm für Österreich gelesen haben, es haben ihn zweitens alle gesehen, die die ausführliche Darstellung des damaligen Staatssekretärs Rösch in der „Zukunft“ gelesen haben, und es haben, Herr Dr. Mock, alle Offiziere den Rösch-Plan als Sonderdruck zugeschickt bekommen. Aber Sie sagen, es hat ihn niemand gesehen, und das ist der dritte Beweis, den Sie für die mangelnde Transparenz anführen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zu dieser einseitigen Darstellung paßt es natürlich sehr gut, daß Sie umgekehrt von allen jenen Fakten, die zum Zweck einer Erhöhung der Transparenz gesetzt wurden, von den vielen Gesprächen der Bundesregierung mit den verschiedensten Gruppen der Bevölkerung, von den Pressekonferenzen, von den neuartigen Formen eines erweiterten Begutachtungsverfahrens et cetera, natürlich kein Wort sagen. Das fällt unter den Tisch, und daher betrachten es wir als Notwendigkeit zur Steuer der Wahrheit darauf hinzuweisen. Ich gebe aber gleich eines zu: Eines haben wir nicht getan, was in der vorvorigen Gesetzgebungsperiode gang und gäbe war, nämlich aus Regierungsmitteln und Budgetmitteln Regierungspropaganda zu betreiben. Das tun

Dr. Heinz Fischer

wir nicht und dazu bekennen wir uns. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Es gehört auch, meine Damen und Herren, zu den Standardvorwürfen der Opposition der Regierung gegenüber — obwohl das nach sechs Wochen Amtstätigkeit oder sechs Wochen nach der Regierungserklärung ja wirklich paradox ist —, bloße Ankündigungspolitik zu betreiben. Ich bin in den zwanzig Minuten nicht in der Lage, Ihnen all jene wichtigen Punkte vorzutragen, die in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 angekündigt wurden und nicht nur nach sechs Wochen, sondern nach vier Jahren nicht erledigt wurden. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Sie kennen ja hoffentlich den Text dieser Regierungserklärung, und ich kann sie daher beiseite legen, aber ich würde Sie um ein größeres Maß an Objektivität und um ein Gefühl für politische Proportionen herzlichst bitten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich eigentlich zu dem schwerwiegendsten Vorwurf, der hier in dieser dringlichen Anfrage gemacht wird, nämlich dem Vorwurf, daß die Regierung große Gruppen der Bevölkerung, sofern sie nicht zu einer bedingungslosen Befolgung der Regierungspolitik bereit sind — zum Beispiel Studentenvertreter, Bauern, Offiziere et cetera — diffamiert oder diffamieren läßt. Gerade sechs Wochen nach dem Wahlergebnis vom 10. Oktober haben Sie eigentlich eine recht plastische Antwort zu der Behauptung bekommen, daß die Regierung die Bevölkerung oder große Gruppen der Bevölkerung diffamiert. Ich glaube, diese Antwort läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Aber ich begnüge mich nicht mit dieser defensiven Argumentation, meine Damen und Herren. Ich glaube, es ist, Frau Minister Firnberg, schon fast eineinhalb Jahre her, als die Frage aufgeworfen wurde, ob die Hochschülerschaft in ihrer jetzigen Form noch repräsentativ und funktionsfähig ist. Ich füge hinzu, daß das Verlangen nach einer Reform der gesetzlichen Interessensvertretung der Studenten ein allgemeines ist. Aber ich brauche nicht eineinhalb Jahre zurückzugreifen. Ich finde in der vorigen Woche in einer OVP-Zeitung, der „Südost-Tagespost“, weil wir schon bei den Studenten sind, ein zustimmend wiedergegebenes Zitat, in dem es heißt: „Das Bündnis zwischen den Faulen und den Radikalen, das an unseren Universitäten begann, vergiftet allmählich alle Bereiche unserer Gesellschaft.“ Wenn Sie über Diffamierung nachdenken wollen, dann nehmen Sie einmal dieses Zitat zur Hand oder nehmen Sie die Rede zur

Hand, die ich mir sehr gut gemerkt habe, die Herr Dr. Schleinzler Anfang dieses Jahres gehalten hat, wo er die von den Studenten übereinstimmend begrüßten Initiativen für eine tiefgreifende Reform der Hochschulstruktur auf der Basis des Diskussionsentwurfes des Wissenschaftsministeriums in einer Weise abqualifiziert und als schlecht hingestellt hat, daß hier der Vorwurf der Diffamierung viel eher am Platz wäre, als bei jenen Beispielen, die Sie anzuführen versuchen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und was die allerschwerwiegendste Behauptung, nämlich die angebliche Diffamierung des Nationalrates durch den Bundesminister Lütgendorf betrifft, wurde ja hier heute schon eine kurze Klarstellung gegeben, und für mich hat sich diese Klarstellung auch in einer anderen Weise ergeben. Dieser Dialog ist zwischen Minister Lütgendorf und einem Journalisten aus Graz geführt worden. Der Minister hat offensichtlich die Anfrage mißverstanden oder falsch verstanden und daher eine ebenfalls mißverständliche Antwort gegeben. Das wurde später, soweit ich informiert bin, unter vier Augen klargestellt, und es haben die meisten Zeitungen — die meisten, mit Ausnahme der OVP-Zeitungen — über diesen Vorfall nicht berichtet, weil sie es als selbstverständliche journalistische Sorgfaltspflicht betrachtet haben, sich genauer zu informieren, bevor man so etwas unterstellt. Aber die Verfasser der dringlichen Anfrage haben sich offensichtlich nicht genügend genau informiert und haben das ... (*Abg. Dr. Bauer: Uns genügt das, was der Herr Minister gesagt hat!*) Aber uns genügt, daß klargestellt wurde, daß das ein Mißverständnis ist. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Rede des Kollegen Dr. Bauer und die Rede des Dr. Mock sehr genau angehört, und mir sind Ermahnungen eingefallen, die der frühere Obmann des OAAB Dr. Maleta in seiner Rede anläßlich seines Ausscheidens aus dieser Funktion am 22. Mai 1971 gegeben hat. Herr Doktor Mock! Herr Dr. Maleta hat wörtlich gesagt: „Der Stil unserer Aussagen wird sich ändern müssen, weil ohne diese Selbstbesinnung weder der klügste Parteichef noch das gescheiteste Programm die Partei vor dem Verderben retten könnten.“ Merken Sie sich diese Aufforderung zur Änderung des Stils, der Herr Dr. Bauer scheint sie nicht zu beherzigen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Zweitens: „Seit Jahren fordern viele Kritiker von der Parteiführung ständig ‚Härte‘. Ich habe dagegen nichts einzuwenden,“ sagt Dr. Maleta, „wenn unter Härte nicht das lautstarke Herumlaufen mit dem altgermanischen Bihänder oder Bierschlegel verstanden wird,

Dr. Heinz Fischer

sondern ein Kampf mit der biegsamen Klinge des Floretts aus Edelstahl."

Herr Dr. Bauer, Sie scheinen von der biegsamen Klinge des Floretts nicht viel zu halten. (Abg. Dr. Koren: Ich kenne einige Ihrer Leute, die auch nicht viel davon halten!)

Der Herr Dr. Maleta hat noch eine dritte Mahnung an seine Partei ausgesprochen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.) Herr Kollege! Wir sind in einer Debatte und in einer Debatte ist es üblich, auf Ausführungen der Vorredner zu antworten, und das tue ich soeben.

„Noch eine Sorge sei ausgesprochen" — sagt Dr. Maleta —. „Die OVP ist anfällig für das fortlaufende Gebären immer neuer Schlagworte, die ihr dann wie ein Mühlstein um den Hals hängen. Dagegen gäbe es ein einfaches Rezept: Zuerst denken und erst nachher reden." (Zustimmung bei der SPÖ.) Meine Herren! Ich fordere Sie auf, dieses Rezept zu beherzigen! (Langanhaltender, lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie dem Präsidenten eine kurze Feststellung, ohne jedwede sonstige Stellungnahme dazu. Es ist nicht angenehm, als Funktionär zitiert zu werden, wenn man als Präsident den Vorsitz führt. (Ruf bei der OVP: So eine Taktlosigkeit von dem Fischer!)

Ich erteile dem nächsten Redner das Wort, dem Abgeordneten Zeillinger. (Ruf bei der OVP: Wir haben geglaubt, der Fischer hat Manieren!)

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich spreche als nächster Redner der freiheitlichen Fraktion zu Fragen der Landesverteidigung und zur Transparenz in dieser Frage, obwohl es der Herr Verteidigungsminister gestern für richtig und notwendig befunden hat, in der Öffentlichkeit festzustellen, daß ich keine Generalstabsausbildung habe.

Herr Minister! Das ist richtig. Das hätte keiner öffentlichen Feststellung bedurft. Ich bin Abgeordneter und habe meine Stellungnahme als Abgeordneter dieses Parlamentes und als Mitglied des Landesverteidigungsrates abgegeben. Ich werde nicht mit gleicher Münze heimzahlen und nun aufzählen, welche Ausbildungen Ihnen ermangeln, obwohl Sie trotzdem Erklärungen abgeben. (Heiterkeit.) Eine Spezialausbildung ist durchaus notwendig für Experten. Wenn Sie einmal als Experte auftreten, so ist es gut, wenn Sie eine Generalstabsausbildung haben. Aber es ist wie in den übrigen Lebensbereichen, bei jedem unse-

rer Berufe ist es so; etwa beim Schuster: die Schuhe macht der Schuster, aber ob sie gut oder schön sind, ob sie brauchbar sind, ob man sie tragen kann, das bestimmt nicht allein der Schuster, der sie gemacht hat, sondern das bestimmen diejenigen, die sie anziehen und verwenden müssen. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Und genau so ist es mit den Fragen der Landesverteidigung. Darf ich Sie vielleicht daran erinnern: Es gibt eine Bundesverfassung, Herr Bundesminister, und in dieser Bundesverfassung — das ist ein sehr ernstes Thema — gibt es sehr viele Artikel, die jeden Staatsbürger, uns als Abgeordnete, aber auch Sie als Minister, binden, sie zu respektieren. Im Staatsgrundgesetz heißt es beispielsweise im Artikel 13: „Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern."

Dieses verfassungsmäßig garantierte Recht, Herr Bundesminister, lassen wir Freiheitlichen uns auch dann nicht beschneiden, wenn Sie unsere Abwesenheit dazu benützen, abfällige Bemerkungen über die Fähigkeiten einzelner Abgeordneter zu machen.

Maulkorberlässe können Sie erlassen — aber nicht für die Abgeordneten! Wir haben einen Maulkorberlaß bereits im Frühjahr vorigen Jahres erlebt, der aber dann später wieder von ihrem Amtsvorgänger zurückgenommen werden mußte, und wir haben am 17. Juli 1971 einen Tagesbefehl von Ihnen erlebt, in dem Sie erklären: „Ich verbiete allen Offizieren und Beamten, in schriftlicher und mündlicher Form zu aktuellen Fragen der Landesverteidigung, insbesondere zu solchen, die im Zusammenhang mit der Bundesheerreform stehen, der Öffentlichkeit gegenüber Erklärungen abzugeben." Ich weiß nicht, ob Sie solche Befehle als richtigen Stil im Rahmen einer sozialistischen Regierung empfinden. Ich sage Ihnen gleich, Herr Minister, ich empfinde es nicht als den richtigen Stil. Ich kann mir vorstellen, wie die Kollegen der sozialistischen Fraktion vor einigen Jahren aufgeheult hätten, wenn beispielsweise solche Bemerkungen, wie sie gestern der Herr Bundesminister Lütgendorf über einen Abgeordneten der ÖVP und einen Abgeordneten der Freiheitlichen Partei abgegeben hat, früher von einem Minister gegenüber einem sozialistischen Abgeordneten abgegeben worden wären.

Was Sie, Herr Minister, in diesem Augenblick schützt, sind die 93 Mandate, die absolute Mehrheit der Sozialistischen Partei, und diese nützen Sie nun bis zum letzten Gramm aus! Sie stützen sich darauf. Sie wissen, hinter Ihnen stehen 93 Leute, die das Parlament

Zeillinger

zum Toben bringen würden, wenn so etwas bei einer anderen Regierung geschehen wäre. Aber Sie wissen ganz genau, daß diese 93 Abgeordneten hinter allem stehen, was Sie jetzt machen. Und das nützen Sie hemmungslos aus.

Ich erkläre Ihnen: Hier, Herr Minister, beginnt diese Frage nämlich dann bedenklich zu werden — und da ist jetzt der Zusammenhang mit der Anfrage gegeben —, wenn nun die Transparenz, die vom Herrn Bundeskanzler angekündigt worden ist und die von Ihnen im früheren Stil sehr oft auch sehr deutlich gehandhabt worden ist, von Ihnen ängstlich vermieden wird. Denn wann immer wir in die Fragen der Landesverteidigung hineinkommen, Herr Bundesminister, ist — seitdem Sie das Amt übernommen haben — eine Politik der Verschleierung an der Tagesordnung. Wir werden das ja noch erleben. Ich möchte heute nicht einen Vorgriff auf die Debatte machen, aber wir haben es ja schon im Ausschuß gesehen. So wie Sie, Herr Minister, glauben, das Parlament behandeln und alle Fragen, auch der Budgetpolitik, verschleiern zu können, geht das nicht! Ich gebe zu, Sie haben eine totale Niederlage innerhalb der Regierung erlitten. Sie sprachen einmal von sieben Prozent, die Sie für die Landesverteidigung für notwendig erachten. Ich bin Politiker und nicht Militär. Ich habe diese sieben Prozent immer als unreal angesehen — auch wenn der Bundeskanzler nicht Dr. Kreisky geheißen hätte. Keine Regierung wäre in der Lage gewesen, sieben Prozent zu erfüllen. Ich bin überrascht, daß Sie als Generalstäbler eine solche irreal Ziffer nennen, von der Sie wissen, daß sie in der Politik nicht durchführbar ist.

Aber Ihre Niederlage besteht ja darin, daß mit dem nächsten Verteidigungsbudget, in dem wir Mittel gebraucht hätten, um die Reform einzuleiten, im Jahre 1972 die Reform nicht eingeleitet werden kann, weil Sie ja weniger Budgetanteil für 1972 bekommen haben als im Jahre 1971. Sie haben, in absoluten Ziffern gesehen, um Millionen mehr bekommen. Aber der Anteil der Landesverteidigung am Gesamtbudget ist unter Ihrer Führung weiter abgesunken. Und das, Herr Minister, allein — und das werden wir bei der Budgetdebatte sehr deutlich sehen — verhindert die Reform, und das einmal sehr deutlich auszusprechen, hätten Sie den Mut haben müssen. Sie verschleiern es. Es gibt einen Arbeitsbehelf, und wir werden uns sehr genau darüber unterhalten. Andere Ressorts sehen es als ihre Pflicht an, darüber zu reden.

Meine Herren von der Sozialistischen Partei! Sie waren auch einmal in der Opposition, Sie waren auch einmal in der Lage, prüfen

zu müssen, wofür das Geld ausgegeben wird. Der Budgetanteil der Landesverteidigung sinkt, während nebenbei die Repräsentationskosten um 50 Prozent gesteigert worden sind. Das ist sozialistische Verteidigungspolitik: die Repräsentationskosten steigern Sie um 50 Prozent, und Sie haben Personaleinsparungen in sehr großem Ausmaß — bei der Truppe, aber nicht beim Ministerium. Dort haben Sie sogar einen Zugang, obwohl das seit Jahren der Rechnungshof und das Parlament kritisieren. Das heißt, die Truppe wird geschwächt, aber das Ministerium hält die Stellung bis zum letzten Tag. (Heiterkeit.) Das ist also das Ergebnis dieser Budgetpolitik. Ich werde, nur eine Ziffer, nur einen Vergleich bringen, damit Sie sehen, daß das eine Herausforderung ist! Und ich bitte Sie, meine Herren der sozialistischen Fraktion — Sie waren einmal in der Opposition —, immer daran zu denken: es könnte einmal der Tag kommen, wo Sie wieder in der Opposition sind. Da wir Freiheitlichen immer Oppositionspolitiker waren, haben wir jeder Regierungspartei gesagt: Denken Sie daran, Sie könnten einmal Opposition sein, lassen Sie daher hier nicht eine Methode einreißen, die praktisch den Parlamentarismus lahmlegt.

Und das macht der Minister Lütgendorf. Beispielsweise hat er für Verwaltung sehr viel übrig. Ich sage Ihnen gleich: Er kürzt dort, wo es für die Verteidigung notwendig ist, aber die Amtseinrichtung wird verzehnfacht, beispielsweise — wie hier steht — von 192.000 auf 1.810.000. Und wenn Sie nun den Arbeitsbehelf für die Abgeordneten dazu lesen — was er in den Erklärungen sagt —, dann steht hier: Neueinrichtung und Ergänzung der Einrichtungen von Amtsgebäuden. No na — was ist eine Amtseinrichtung anderes als die Ergänzung und Neueinrichtung von Amtsgebäuden. Das heißt, Sie weigern sich, über die Budgetpolitik Aufschluß zu geben, und Sie haben — der Herr Bundeskanzler wird es noch nicht wissen — angekündigt, in Zukunft werden Sie die Budgetpolitik machen. Das war eine Ankündigung im Finanzausschuß betreffend dieses Ministerium.

Herr Bundesminister! Hier also wäre die Transparenz notwendig gewesen, hier wäre die Durchschaubarkeit notwendig gewesen.

Eine weitere Folge davon ist jene Sitzung des Landesverteidigungsrates vom vergangenen Montag, über die Sie gestern eine Pressekonferenz abgehalten haben, und die Stellungnahmen, die wir — das ist unsere Pflicht als Abgeordnete — abgegeben haben. Wenn Sie das noch nicht wissen sollten, Herr Minister, ich darf Sie aufklären: Oppositionsabgeordnete haben auch Pflichten. Zu ihren Pflichten gehört es, ihre Meinung der Öffentlichkeit

Zeillinger

und den Massenmedien mitzuteilen, zur Diskussion zu stellen.

In der Sitzung des Landesverteidigungsrates haben Sie angeblich den Panzerschrank geöffnet und ein Dokument vorgelegt, das Sie seit Feber 1971 unter Verschuß gehalten haben. Ich habe Sie mehrmals befragt: Es ist das Dokument unverändert, das Sie im Feber 1971 ausgearbeitet haben. Herr Bundesminister! Nun erkläre ich Ihnen: Das ist eine Manipulation! Denn Sie haben im Feber 1971 — und dieses Datum haben Sie auf das Dokument daruntergeschrieben, das Sie uns im Verteidigungsrat gegeben haben — bereits eine Wehrgesetznovelle zitiert, die erst im Juli 1971 beschlossen worden ist. Ein solcher Heilseher sind Sie! (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*) Ja, Herr Minister, Ihnen ist das gleichgültig.

Wir als Abgeordnete sind ein anderes Verhalten der Regierung gewöhnt. Sie können hier von oben herab — Sie sind Generalstäbler, ich weiß — mit der Schulter zucken. Aber auch der Generalstäbler Lütgendorf hat sich den Gesetzen der Demokratie unterzuordnen. (*Zustimmung bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Herr Minister! Wenn Sie ein Dokument vorlegen, dann haben Sie die Wahrheit zu sagen und ein wahres Datum darunterzuschreiben. Vom juristischen Standpunkt nennt man so etwas Fälschung, vom politischen sagt man dazu Manipulation. Sie haben auf meine Befragung, ohne allerdings zu wissen, worauf ich hinaus will, ausdrücklich bestätigt: Das ist das unveränderte Dokument vom Feber 1971.

Meine Damen und Herren! Nun zur Transparenz. (*Bundesminister Lütgendorf verläßt die Regierungsbank und in weiterer Folge den Sitzungssaal. — Abg. Peter: Bleiben Sie da! Hören Sie sich das an! — Abg. Mitterer: Unerhört ist das! — Abg. Doktor Bauer: Das ist der neue Stil! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe.*)

Ich würde den Herrn Präsidenten bitten, mit den Klubobmännern die Frage zu prüfen, ob man nicht in dieser Situation die Sitzung des Hauses unterbrechen sollte, denn es ist einmalig, wenn eine dringliche Anfrage behandelt wird, daß der zuständige Ressortminister, der sich zwar herausnimmt, die Abgeordneten dieses Hauses in aller Öffentlichkeit ... (*Abg. Meller: Das ist Feigheit vor dem Feind! — Abg. Peter: Herr Minister, wir sind ja keine Lausbuben! — Bundesminister Lütgendorf nimmt wieder auf der Regierungsbank Platz.*) Wenn Sie wieder zurückkommen, nehme ich das wieder zurück. (*Allgemeine Unruhe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! (*Neuer-*

liche Unruhe. — Präsident Dr. Maleta gibt erneut das Glockenzeichen.)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ich darf noch etwas feststellen, bevor Sie sprechen: In diesem Fall ist die Provokation — und es war eine Provokation — nicht vom Abgeordnetenhaus, sondern vom Herrn Minister ausgegangen. (*Zustimmung bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta (*erneut das Glockenzeichen gebend*): Nachdem man mich ja nicht zum Wort hat kommen lassen, konnte ich auch den Herrn Minister nicht bitten, zurückzukehren. Ich bitte in der Debatte fortzufahren. (*Abg. Meller: Das sollte er selber wissen!*) Die Angelegenheit ist erledigt. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Zeillinger fortzufahren.

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich fahre fort. (*Abg. Dr. Fischer: Warum dann die ÖVP die Dringliche nur an den Bundeskanzler gerichtet hat, ist mir auch nicht klar!*) Herr Kollege Dr. Fischer! Als „alter Hase“ dieses Hauses darf ich Ihnen einen fairen Satz sagen: Es ist üblich, wenn ich als Abgeordneter mit einem Minister spreche — man tut sich ohnedies hart, wenn man sich umdrehen muß —, daß der Minister zuhört. Er kann sich dabei denken, was er will. Daß er aber die Hände in die Hosentaschen steckt, hinausgeht und mit den Schultern zuckt — das habe ich persönlich hier in diesem Hause noch nicht erlebt. Damit ist für mich die Sache erledigt. (*Zustimmung bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Bezüglich des Dokumentes, das hier vorgelegt wurde und das oben die Überschrift „geheim“ trägt, habe ich mittlerweile festgestellt, daß es in diesem Haus hektographiert und verteilt wurde, ohne das „geheim“ zu entfernen. Herr Bundeskanzler! Ich bin mir im Moment nicht im klaren — Sie sind Vorsitzender des Verteidigungsrates —: Ist es noch geheim oder nicht. Jedenfalls ist es in den Händen sehr vieler Personen, die dem Verteidigungsrat nicht angehören. Ich glaube, daß es zweckmäßig wäre, daß wir dann auch offen darüber diskutieren. Eine Klärung wäre vor der Diskussion am 13. Dezember notwendig.

In seinem Vortrag an den Verteidigungsrat sagt der Herr Bundesminister ausdrücklich: „Nun gilt es ... die weiteren Schritte zur Reform des Bundesheeres zu setzen. Zu diesem Zwecke habe ich seinerzeit“ — im Feber 1971 — „den beiliegenden Bundesheer-Reformplan ausgearbeitet, ...“

Herr Bundeskanzler! Aus dieser Formulierung ist klar ersichtlich: Das ist der beiliegende Bundesheer-Reformplan.

Zeillinger

Meine Damen und Herren dieses Hauses! Ich lade Sie nun ein — auch jene, die nicht Mitglieder des Verteidigungsrates sind —: Sehen Sie sich das an! Denn dieses Dokument, das die Grundlage der Landesverteidigung bilden soll, ist nichts anderes als eine Inhaltsangabe, eine Zusammenstellung, ein Index, ein Wunschenken eines Ministers, ohne irgendeine konkrete Ausführung.

Herr Bundesminister! Sollten Sie auch die Unterlagen aus früheren Sitzungen des Verteidigungsrates nicht kennen, so habe ich sie mitgebracht, wo zu jedem einzelnen der von Ihnen aufgezählten Punkte — Sie haben überhaupt nichts Neues gebracht — ein ganzes Heft als Beilage — selbstverständlich als Beilage! — erschienen ist.

Ich greife hier nur einen Fall heraus. Unter Planungswesen steht: „3. Infrastruktur 1980.“ — Schluß, aus! Aus! Das ist der Reformplan! Rechts steht dann noch unter: „Zielsetzung“: „Heeresgliederung für die 80er Jahre“ — Herr Minister! Das ist der Reformplan? Den hätten Sie vom Feber 1971 bis jetzt nicht im Panzerschrank halten müssen. Sie hätten ihn ruhig veröffentlichen können, denn diese Titelszusammenstellung kann jeder Unteroffizier, der die Unteroffizierschule absolviert hat, aus den Titeln, aus den Inhaltsangaben der bisherigen Verteidigungsunterlagen im Verteidigungsplan abschreiben. Herr Minister, das ist die mangelnde Transparenz, und das haben wir kritisiert.

Wenn wir ohne Protest zur Kenntnis nehmen, daß Sie im offiziellen Vortrag an den Landesverteidigungsrat feststellen: Zu diesem Zweck habe ich den beiliegenden Reformplan ausgearbeitet, das ist der Reformplan, dann darf ich Ihnen als einer, der zwar dem Landesverteidigungsrat nicht seit dem Beginn der Sitzungen, aber doch immerhin schon viele Jahre angehört, hier in Erinnerung rufen — ich glaube, daß Sie zum ersten Mal als Minister am Landesverteidigungsrat teilgenommen haben —: Wenn Sie sich die Protokolle und Unterlagen anschauen, dann werden Sie wissen, daß der Verteidigungsrat gewohnt ist, in anderer Form zu arbeiten, daß wir als Zivilisten jedenfalls die Landesverteidigung wesentlich ernster nehmen als Sie, Herr Bundesminister.

Ich lese Ihnen nun das gesamte Planungswesen vor — das ist Lütgendorfs Panzerschrankgeheimnis! —: „1. Mobilmachungssystem 1975.“ — Schluß, aus! „2. Dislozierungsplan 1975.“ — Schluß, aus! (Abg. Doktor Blenk: *Sehr transparent!*) „3. Infrastruktur 1980.“ — Schluß, aus! „4. Rüstungsplanung 1980.“ — Schluß, aus! Das ist der Reformplan für das Planungswesen.

Meine Damen und Herren! So geht es von A bis Z. Hier haben wir vom ersten Moment an Kritik geübt und gesagt: So leichtfertig lassen wir die Landesverteidigung nicht behandeln, wie Sie das glauben. So herabsetzend können Sie dem Landesverteidigungsrat nicht berichten, der sich monatelang, ja jahrelang mit Teilgebieten beschäftigt hat und der nun in einer Sitzung ein solches Dokument als Grundlage eines Reformplanes betrachten soll.

Hier nehmen Sie von mir zur Kenntnis als einer, der einer Fraktion angehört, die hier mit der gegenwärtigen Regierungsfraktion gemeinsam die Wehrgesetznovelle beschlossen hat, daß wir uns auch mitverantwortlich fühlen, daß aus dieser Wehrgesetznovelle eine Heeresreform herauskommt. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Regierungspartei! Sie haben die absolute Mehrheit, aber Sie können uns Freiheitlichen nicht einreden, daß man mit einer solchen Gedankenarmut überhaupt nur ernsthaft an eine Bundesheeresreform herangehen kann.

Es ist auch eine Umstrukturierung der Spitze geplant. Das hat sich der Herr Finanzminister vom Herrn Verteidigungsminister abringen lassen. Herr Verteidigungsminister! Dazu braucht man keinen Schilling! Daher sind Sie auch mit weniger Budgetmitteln im nächsten Jahr ausgestattet als in diesem Jahr. In der Führungsspitze umgruppieren! Dazu darf ich Ihnen erklären: Es liegt eine Zusage des Herrn Bundeskanzlers bei den Drei-Parteien-Verhandlungen im Bundeskanzleramt vor — und auch in Ihrer Gegenwart ist es einmal geschehen —, daß die für die Reform notwendigen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Herr Bundesminister! Diese Chance haben Sie versäumt. Sie haben zur Zeit der Budgeterstellung bestimmt noch ein Gewicht gehabt. Der Herr Bundeskanzler hat sich sicherlich überlegt, ob er einen bis dahin nicht angetasteten Minister so ohne weiteres in Schwierigkeiten bringen könnte. Ob das beim nächsten Budget noch der Fall sein wird, wage ich zu bezweifeln. Herr Minister! Ich möchte Ihnen eines sagen: Dann haben Sie wahrscheinlich auf Jahre hinaus die letzte Chance verspielt. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Wir Freiheitlichen sind bereit, wenn wir es durchschauen können, einen Weg mitzugehen, der zu einer echten Reform des Bundesheeres auf Grund der Wehrgesetznovelle, die wir in einer Kampf abstimmung mit den Sozialisten gegen die Volkspartei in diesem Hause beschlossen haben, führt.

Wir erklären hier aber in aller Öffentlichkeit: Das, was hier vorgelegt wurde, ist nicht der Weg zu einer Bundesheer-Reform, und das ist auch nicht der Weg, den wir Freiheit-

Zeillinger

lichen mit Ihnen und mit der sozialistischen Regierung und mit den Gedanken, die Sie hier nur in Titeln angedeutet haben, gehen werden. Darum ... (*Abg. Mitterer: Darum hat er es im Panzerschrank eingesperrt, damit man es nicht lesen kann!*) Herr Minister! Ich habe die Hoffnung, daß der Minister aus dem Panzerschrank nur versehentlich das Inhaltsverzeichnis herausgenommen hat und daß er uns auch die Pläne noch vorlegen wird. (*Heiterkeit.*)

Ich möchte rechtzeitig mit aller Deutlichkeit sagen: Wir Freiheitlichen sehen darin eine Mißachtung des Verteidigungsrates und erklären, daß wir eine so undurchsichtige und für eine Reform völlig ungeeignete Arbeit bisher noch nicht erlebt haben. Daher mehr Transparenz! Herr Bundeskanzler, Sie haben die Transparenz, die Durchschaubarkeit angekündigt.

Ich darf hier namens der Freiheitlichen erklären: In der Frage der Landesverteidigung haben wir mit Ausnahme einer sehr klaren und deutlichen Abreibung, die der Herr Verteidigungsminister den Abgeordneten in ihren demokratischen Rechten gegeben hat, die Durchschaubarkeit verloren. Wir sehen nicht mehr, wohin es geht. Es liegt an Ihnen, Herr Minister, ehestens den nächsten Schritt zu setzen, ehe wir in eine nicht mehr reparable Krise in der Landesverteidigung hineingeraten. (*Beifall bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Karasek (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst obliegt es mir, namens meiner Fraktion eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers in seiner letzten Fragebeantwortung zurückzuweisen, nämlich die Unterstellung, daß die ÖVP zu dem Mittel der Installierung von Abhörgeräten greifen könnte, um die Intentionen des Herrn Bundeskanzlers zu erforschen, Herr Bundeskanzler! Sie reden so viel, daß wir einer solch verabscheuungswürdigen Methode gar nicht bedürfen, um zu erfahren, was Sie denken und was Sie tun.

Und das, was mein Kollege Dr. Bauer hier zitiert hat, das können Sie, wenn Sie wollen, in der APD — das kann ich Ihnen zur Verfügung stellen — in der Nummer 22, Ende November 1971 lesen. Also es bedurfte sicher nicht dieser Tricks, die Sie uns unterstellen, um zu erfahren, was Sie geäußert haben. (*Abg. Dr. Blenk: Jeder denkt, wie er ist!*)

Zum Herrn Abgeordneten Peter möchte ich sagen: Ich billige Ihnen durchaus zu, Herr

Abgeordneter Peter, daß Sie theoretische Überlegungen anstellen könnten, in welcher Art und Weise ein Presseattaché oder der Pressezugeteilte eines Ministers zu fungieren oder zu reagieren hat. Aber ich billige Ihnen nicht zu, zu behaupten, daß Kollege Prader in seiner Eigenschaft als Minister dasselbe getan hätte wie Minister Lütgendorf. (*Zwischenrufe.*)

Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky hat den politischen Sprachschatz um ein modekräftiges Schlagwort, wie wir heute schon vielfach gehört haben, erweitert: um das Schlagwort Transparenz.

In meiner heutigen Rede möchte ich die Mißachtung der umfassenden Information und die Tatsache, daß das Prinzip der Transparenz nicht immer und überall gehandhabt wird, an zwei hochaktuellen Beispielen des außenpolitischen Ressorts dartun. Es tut mir leid, daß der Herr Bundesminister Kirchschläger wie so manchmal bei solchen Reden nicht anwesend ist. Das ist mir schon aufgefallen, als wir letztesmal über Neutralität und Landesverteidigung gesprochen haben. Ich habe damals schon gesagt, ich weiß, daß er gewisse Verpflichtungen hat, die mit dem Terminplan des Parlaments (*Abg. Lanc: Es ist doch der marokkanische Staatsbesuch da!*) — lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Abgeordneter Lanc! — nicht übereinstimmen. Aber da es sich um zwei hochaktuelle Fragen handelt, die weniger wegen des Meritums, sondern eher wegen der mangelnden Transparenz zur Sprache kommen und außerdem Angelegenheiten der gesamten Bundesregierung sind, kann ich mich stellvertretend an den Herrn Bundeskanzler wenden, der hier meine Ausführungen entgegennehmen kann.

Erstes Faktum: Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Italien.

Der Herr Bundespräsident hat einen erfolgreichen Staatsbesuch in Italien absolviert. Soweit so gut. Das ist in Ordnung und wir freuen uns darüber. Der Herr Bundespräsident hat sich bei dieser Reise von einem halben Hundert österreichischer Journalisten begleiten lassen. Soweit so gut. Weniger beifällig können wir aber die Tatsache registrieren, daß der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Kirchschläger, nach den Aussagen österreichischer Journalisten, die an seiner römischen Pressekonferenz teilgenommen haben, es unterließ, auch nur mit einem einzigen Wort den entscheidenden Anteil „transparent“ zu machen, den sein Vorgänger Außenminister Dr. Waldheim am Zustandekommen der Südtirollösung im Jahre 1969 genommen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die entscheidende Kopenhagener Begegnung zwischen dem italienischen Außenmini-

Dr. Karasek

ster Moro und dem österreichischen Außenminister Waldheim, die einen erfolgreichen Besuch des Staatsoberhauptes überhaupt erst möglich gemacht hat, wurde erst auf die Frage eines österreichischen Journalisten releviert. Das ist ein unschönes Beispiel negativer Transparenz. Oder wurde vielleicht die Transparenz deshalb nicht zum Vorschein gebracht, weil damit die Erinnerung an die Südtiroldebatte vom 15. und 16. Dezember 1969 hätte geweckt werden können?

Darf ich nun transparent machen, daß im Zuge dieser Debatte die Südtirollösung der OVP-Regierung von der sozialistischen und freiheitlichen Opposition dieses Hauses in Grund und Boden verdammt wurde. Es stimmt ja nicht, was der Herr Abgeordnete Gratz jüngst in diesem Hause behauptet hat, daß die Sozialisten nur deshalb dagegen waren, weil der Außenpolitische Ausschuß nicht befaßt wurde, also aus rein formalen Gründen. Ich weiß, daß er in seiner Rede darauf hingewiesen hat.

Zur Transparenz der Wahrheit gehört aber, daß die Sozialisten vor allem aus meritokratischen Gründen dagegen waren, noch transparenter gesagt: Sie haben der abtretenden OVP-Regierung einfach den großen außenpolitischen Erfolg nicht gegönnt, jenen Erfolg, den sich der Herr Bundespräsident bei seinem Staatsbesuch zunutze machen konnte.

Die sozialistische Fraktion hat in dieser Debatte mit verteilten Rollen gespielt. Ich erinnere daran, daß der Abgeordnete Horejs Paket und Operationskalender samt und sonders verworfen hat. Nur vier Monate später hat dann das sozialistische Minderheitskabinett Operationskalender und Paket zur Grundlage seiner Südtirolpolitik gemacht. *(Beifall bei der OVP.)*

Ich erinnere an eine Rede in der gleichen Sitzung, die der damalige Abgeordnete und Oppositionsführer Dr. Kreisky gehalten hat, wo er sogar einen Entschließungsantrag einbrachte, der die Regierung aufforderte, das Europäische Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu ergänzen, daß auch künftige, aus der Durchführung des Paketes entstehende Streitigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens ausgetragen werden.

Ein Jahr später — und das gehört zur Transparentmachung — hat der dem sozialistischen Kabinett angehörige Dr. Kirchschräger ohne jede Änderung das von Waldheim paraphierte Abkommen unterzeichnet. Nun frage ich Sie: Wo bleibt in diesem Punkt die Transparenz der Politik der Bundesregierung? *(Beifall bei der OVP.)*

Wenn die Sozialisten im Sinne ihrer damaligen Entschließung verfahren wären, hätte das

einen Stillstand des Operationskalenders bedeutet. Der Tiroler Abgeordnete Dr. Leitner hat schon damals darauf hingewiesen, daß die Sozialisten, sollten sie am 1. März 1970 die Mehrheit bekommen, den Operationskalender jederzeit zum Stillstand bringen könnten, daß sie aber für diesen Fall die volle Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien und für die Folgen, die sich daraus für Südtirol ergeben würden, zu tragen hätten. Wenn man also für Transparenz in der Frage der Normalisierung unserer Beziehungen mit Italien eintritt, dann ist es heute unsere Aufgabe, „transparent“ zu machen, daß die Grundlage dieser Normalisierung, die Grundlage der Erfolge des Herrn Bundespräsidenten die Politik der OVP-Alleinregierung ist, die Sie ohne Änderungen und Abstriche übernommen haben. *(Beifall bei der OVP.)*

Ein solches „Transparentmachen“ kommt freilich dem Eingeständnis gleich, daß die Südtirolpolitik der Sozialisten im Jahre 1969 falsch, die Politik der OVP aber richtig gewesen ist, daß sich die Sozialisten damals geirrt haben, aber durch einen rechtzeitigen Sinneswandel heute auf dem richtigen Weg in der Südtirolpolitik sind.

Ein noch besseres und noch illustrativeres Beispiel verfehlter Transparenz, besser gesagt, überhaupt nicht vorhandener Transparenz, überhaupt nicht vorhandener ausreichender Information durch die Bundesregierung ist die Haltung der Bundesregierung in der Chinafrage, soweit sie das Abstimmungsverhalten der österreichischen Delegation bei der UNO betrifft. Die von vielen Emotionen getragene Kritik der öffentlichen Meinung gegen das österreichische Abstimmungsverhalten ist einfach darauf zurückzuführen, um es klipp und klar zu sagen, daß die österreichische Bundesregierung, allen voran der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, es verabsäumt hat, rechtzeitig das österreichische Volk über die Tragweite der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking zu informieren, daß der Herr Außenminister immer so getan hat, als ob dieser Schritt mit dem Problem Taiwan in den Vereinten Nationen überhaupt nichts zu tun hätte. Ja er hat noch einen viel entscheidenderen Fehler gemacht. Er hat noch in seinem Rundfunkinterview vom 10. September 1971 davon gesprochen, daß bei Entscheidung unseres Abstimmungsverhaltens gewisse Momente eine Rolle spielen, wie zum Beispiel das Interesse eines kleinen Staates an der Existenz anderer kleiner Staaten. Der Herr Bundesminister mußte doch als Völkerrechtsexperte wissen, daß die Entscheidung der Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht darauf hinaus lief,

Dr. Karasek

den Staat Taiwan auszuschließen, sondern darauf, welche von zwei Regierungen, von denen die eine in Peking und die andere in Taipeh sitzt, von der Generalversammlung als einzig legale Regierung anerkannt wird.

Wie soll sich aber, so frage ich, bei dieser ständigen Konfusion ein österreichischer Staatsbürger auskennen, welche Außenpolitik die Bundesregierung gegenüber China und den Fragen, die damit zusammenhängen, betreibt? Einmal wird Formosa als kleiner Staat bezeichnet, dessen Schicksal uns nicht gleichgültig ist, im gleichen Atemzug wird vom Herrn Außenminister behauptet, Formosa ist kein Staat und es geht darum, welche Regierung die Regierung von ganz China ist. Wir von der Opposition sind der Meinung, daß von der ersten Stunde an der Herr Außenminister die Pflicht gehabt hätte, seine China-politik klar zu definieren, diese Chinapolitik allen Österreichern verständlich oder, wenn Sie lieber das Wort von Dr. Kreisky hören wollen, „transparent“ zu machen; dann hätten wir uns wahrscheinlich all das erspart, was eingetreten ist, nämlich: eine Unzahl von Protesten, von Beschwerden, von Manifestationen des Unbehagens in der österreichischen Bevölkerung. Aber das kommt eben davon, wenn man glaubt, in diesem Lande Außenpolitik auch gegen die öffentliche Meinung machen zu können, in der Außenpolitik auf die viel besungene, viel versprochene und auf die viel verkündete Transparenz verzichten zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schließlich und endlich aber, meine Damen und Herren, hat das Ansehen Österreichs im Ausland unter der frivolen Behandlung der Frage der Landesverteidigung enorm Schaden gelitten. Ich habe schon wiederholt von diesem Pult aus darauf hingewiesen, daß der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten kein einziges Mal seine warnende Stimme zum Problem der Landesverteidigung vom außenpolitischen Standpunkt aus erhoben hat.

Wenn man die Vorschläge des Herrn Bundesministers Lütgendorf kennt, wird man wahrscheinlich weder im Inland noch im Ausland über die fortschreitende Schwächung und Demontage des österreichischen Bundesheeres Beruhigung empfinden. Hier wäre eine transparentere Stellungnahme der Bundesregierung und des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten am Platz.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinzufügen, daß der Herr Bundesminister Lütgendorf in diesem Haus am 16. 7. 1971 erklärt hat, durch die Novelle werde keine Schwächung des Bundesheeres eintreten. Bundesminister Lütgendorf hat am gestrigen Tage erklärt, die

Schwächung wird eintreten. Ich habe hier die Unterlagen vor mir liegen, Sie sehen die Widersprüchlichkeiten, Sie sehen die mangelhaften Überlegungen dieser Frage.

Der Herr Außenminister ist in dieser Frage der Landesverteidigung durchaus mit zuständig. Er ist kein unzuständiger Minister, denn wenn er das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität, das er ja mit zu vollziehen hat, noch richtig in Erinnerung hat, und er war ja an der Ausarbeitung dieses Gesetzes als hoher und sachkundiger Fachbeamter beteiligt, dann kennt er sicherlich den engen Zusammenhang zwischen Neutralität und Landesverteidigung. Aber er schweigt und bildet der Regierung Kreisky und bildet dem Brigadier Lütgendorf die Mauer für eine Aktion, die meines Erachtens den außenpolitischen Interessen Österreichs in höchstem Maße schädlich ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Vielleicht wartet der Bundesminister und die Bundesregierung auf den Tag, bis sich der Lärm und das Interesse des österreichischen Volkes um dieses mehr als dürftige Wehrkonzept gelegt hat, damit man mit dem Bundesheer alles tun kann, was man zu tun für richtig hält, vielleicht auch die von den linken Kräften unseres Staates geforderte Abschaffung des Bundesheeres. Wenn dem so ist, dann kann mit dem Philosophen Jaspers in einem solchen Vorgehen nur den Ausdruck der Verachtung eines Volkes sehen, von dem man meint, daß es aus vergeßlichen Untertanen besteht.

„Vergeßlichen Untertanenverstand“ und nicht mehr — das wurde heute hier von diesem Pulte wiederholt geäußert — räumt der Herr Verteidigungsminister Lütgendorf offenbar auch den Abgeordneten dieses Hauses ein, wenn man sich seine arroganten Bemerkungen bei der gestrigen Pressekonferenz in Erinnerung ruft, die hier heute schon wiederholt kritisiert wurden, nämlich, daß Abgeordnete dieses Hauses, die sein Wehrkonzept kritisieren, keine Generalstabsausbildung genossen hätten. Darauf muß ich auch sagen: Nein, die haben wir sicher nicht, aber wir verlangen ja auch nicht, meine Damen und Herren und Herr Verteidigungsminister, daß die Abgeordneten die Diplomatische Akademie absolvieren müssen, wenn sie über Außenpolitik befinden, ein medizinisches Doktordiplom vorweisen müssen, wenn sie über die Gesundheitspolitik beschließen, Absolventen der Hochschule für Welthandel sein müssen, wenn sie Wirtschaftsmaßnahmen beraten und verabschieden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, Herr Bundesminister, in all diesen Fragen den Abgeordneten den Sachverstand absprechen, dann bleibt uns ja wahr-

Dr. Karasek

scheinlich als einzige Kompetenz die Beschlußfassung über die Beamtenbezüge und die Geschäftsordnung des Hauses. Ich frage mich, ob der Herr Verteidigungsminister in seiner staatspolitischen Ausbildung je etwas über Sinn, Aufgabe, über Verantwortung und Pflicht einer Volksvertretung gehört hat, und ich frage mich, ob wir Abgeordneten dieses Hauses, gleichgültig welcher Fraktion, uns eine solche Deklassierung gefallen lassen müssen und wie lange noch. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, Herr Bundesminister, nicht in der Lage sind, Wehrkonzept und umfassende Landesverteidigung so transparent zu machen, daß sie nicht nur jeder Abgeordnete dieses Hauses, sondern auch die Mehrheit des Volkes versteht, das schließlich mit dem Stimmzettel auch über Ihre Wehrpolitik zu befinden hat, dann passen Sie nicht in die Bundesregierung, die dem Volk Transparenz und umfassende politische Information verspricht, dann warten Sie nicht mit Ihrer Demission bis zur Schwächung Ihrer Gesundheit, wie ich das gestern im Fernsehen gehört habe, sondern treten Sie ab und machen Sie jemandem Platz, der mehr Verständnis für die Demokratie und mehr Einsicht für die Rechte des Hauses besitzt als Sie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beherzigen Sie schließlich, Herr Bundesminister für Landesverteidigung, einen Anspruch Ihres Amtsvorgängers Dr. Prader, der vor der Presse und Offizieren der Landesverteidigung erklärte: „In einer Demokratie kann ein Heer seine Probleme nicht im Alleingang lösen, in einer Demokratie kann nicht befohlen, in einer Demokratie muß überzeugt werden!“

Die Bundesregierung aber möge überzeugt sein, die Opposition wird mit allen Mitteln, die ihr die parlamentarische Demokratie erlaubt, die Transparenz herbeiführen und erzwingen, in allen politischen Bereichen, nicht zuletzt aber und erst recht im Bereich der Landesverteidigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Robert Weisz gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Abg. Mitterer: Der hat ein schweres Geschäft! — Abg. Anton Schläger: Er hat schon leichtere Aufträge gehabt! — Abg. Robert Weisz: Das ist ganz leicht! — Abg. Dr. Bauer: Du hast schon leichtere Aufgaben gehabt!)*

Abgeordneter Robert Weisz (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist vielleicht wirklich, wie der Abgeordnete Mitterer sagt, ein schweres Geschäft, weil ich nicht weiß, ob ich jetzt beim richtigen Kapitel bin, denn nach der Rede des Kollegen Dr. Karasek habe ich eher den

Eindruck gehabt, das war so Allfälliges. *(Zustimmung bei der SPO.)* Er hat nämlich über die Romreise des Herrn Bundespräsidenten, er hat über die Südtiroldebatte, über die Regierung in China und die Chinafrage gesprochen, und ich weiß nur nicht, was das mit der dringlichen Anfrage der Österreichischen Volkspartei über das Ministerium für Landesverteidigung und den Fall Ellinger zu tun hat. Aber das ist Ihre Sache. *(Abg. Dr. Koren: Sie müssen die Anfrage lesen, Herr Kollege, dann wissen Sie es!)* Aber über China ist in der Anfrage sicher nichts drinnen. *(Beifall bei der SPO.)*

Hohes Haus! Ich glaube hier feststellen zu dürfen ... *(Abg. Dr. Gruber: Da kann ja niemand etwas dafür, daß du dich nicht auskennst!)* Da brauche ich deine Gescheitheit, das ist wirklich wahr, sonst kann ich es nicht machen. — Ich möchte hier noch einige Feststellungen treffen, die sich auf den Personalsektor beziehen. Es ist selbstverständlich, daß ich als Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes auch dazu Stellung nehmen will.

Grundsätzlich möchte ich einmal feststellen, daß sich das Hohe Haus noch nie so oft mit einem Beamten des Staatsdienstes beschäftigt hat wie beim Fall Ellinger. Ich darf daran erinnern, daß wir schon im Jahre 1967 im Hohen Hause eine sehr ausführliche Diskussion über die ominöse Pressekonferenz in der Stiftskaserne gehabt haben. Der Initiator oder Organisator war damals auch der Herr Ministerialrat Ellinger. Hier dürfen wir sagen, der Mann ist also oftmals im Haus genannt worden, ich habe selbst mit ihm auch schriftliche Auseinandersetzungen gepflogen und ich glaube, auch die Presse beschäftigt sich für meinen Geschmack etwas zu viel mit ihm, wenn ganze Seiten das Bild des Herrn Ellinger zieren.

Ich möchte noch etwas zu seiner Tätigkeit sagen und das nochmals vor allem den Herren und Damen in Erinnerung rufen, die damals schon dem Parlament angehört haben. Ich habe damals darauf aufmerksam gemacht, daß in der Zeit, wo Ellinger Pressereferent im Bundesministerium für Landesverteidigung war, die Anzahl der Pressereferenten interessanterweise von sechs auf neun angestiegen ist, und das war die Zeit, wo es unter der ÖVP-Alleinregierung geheißen hat: Aufnahmestopp und Verwaltungsreform. *(Abg. Dr. Bauer: Wie viele Beamte gibt es im Presse- und Informationsdienst der Gemeinde Wien?)* Wir haben heute hier die Diskussion über die Landesverteidigung, Kollege Bauer, und nicht über deine Worte von Klosterneuburg.

Dabei möchte ich gleich auf die Ausführungen des Herrn Dr. Bauer zu sprechen kommen, bei denen man den Eindruck gehabt hat, daß nur der ein verlässlicher Österreicher sein

Robert Weisz

kann, der ein OVP- beziehungsweise ein OAAB-Mann ist, noch dazu besonders, wenn er der Obmann der Bundesfachgruppe Heer war. Ich glaube, so kann man eine Darstellung in Personenfragen nicht machen. Wir alle haben uns zur Republik Österreich bekannt, und es sind nicht nur die Angehörigen des OAAB die bevorzugten Österreicher. Ich möchte das hier doch feststellen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Die „Bevorzugten“ sicher nicht, Kollege Weisz!)* Kollege Gruber, ein bißchen mußt du Geduld haben.

Ich darf hier folgendes sagen, weil Kollege Bauer über den Schutz der Beamten gesprochen hat. Wir dürfen mit Recht für den öffentlichen Dienst feststellen, daß erst mit der Schaffung der Personalvertretungsgesetz-novelle, die hier im Hohen Haus beschlossen wurde, den Bediensteten ein richtiges Vertretungsrecht gegeben wurde. Das unter der Regierung Dr. Kreisky. Auch das möchte ich feststellen, denn das vorherige war ja ... *(Abg. Dr. Gruber: Weil ihr vorher dagegen gestimmt habt!)* Wir haben damals deswegen dagegen gestimmt, weil wir der Ansicht waren, daß das kein ausreichendes Gesetz war, das den Personalvertretern wirklich Rechte einräumt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich darf feststellen, daß gerade die von mir damals in der Diskussion ... *(Abg. Dr. Prader: Ihr habt das nicht aufgenommen, was ihr letztes Mal als Begründung gesagt habt!)* Zum Personalvertretungsgesetz, Kollege Dr. Prader, darf ich feststellen: Wenn Sie sich das ansehen, werden Sie feststellen können, daß die meisten Punkte, die wir damals angeschnitten haben und von denen wir der Meinung waren, daß sie ins Gesetz hineingehören, jetzt in diese Novelle aufgenommen worden sind. *(Abg. Dr. Gruber: Eben nicht!)* Ich möchte feststellen, daß das im Einvernehmen mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geschah.

Kollege Bauer hat von der Beamten-schutzbestimmung gesprochen. Der OAAB, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter, hat im Wahlkampf ein Flugblatt herausgegeben, daß die SPÖ-Fraktion „beamtenfeindlich“ ist, „sie fördert die Zersetzung des Berufsbeamtentums, die Untergrabung unserer Rechte, die Aufhebung der sogenannten Privilegien, die Einordnung unserer Pensionen in den ASVG-Bereich“. Ich glaube, gerade wir können feststellen, daß unsere Tätigkeit immer wieder auf die Verstärkung der Rechte des Bundesbediensteten, des öffentlich Bediensteten ausgerichtet war. Wir haben überall darauf gedrungen, daß diese Menschen pragmatisiert werden. Ich möchte aber hier an ein paar Sätze erinnern:

„VP-Jugend gegen Pragmatisierung. Gegen die ‚Zementierung der ohnedies erstarrten Pragmatisierungsbestimmungen‘ durch ein Beamten-schutzgesetz nahm der Bundesvorstand der ‚Jungen Generation‘ in der OVP Stellung.“ Ich nehme an, daß das eine Organisation von Ihnen ist. „Wenn die Verwaltungsreform zielführend erfolgen soll, könne auf Mobilität im öffentlichen Dienst nicht verzichtet werden. Daher sei das Auslaufen der Pragmatisierungsbestimmungen anzustreben.“

Im „Volksblatt“ der OVP vom 7. Dezember 1968 steht: „Ministerialbeamte auf Zeit. Bei der Verwaltungsreform sollte dem ‚Pragmatisierungsdenken‘ dadurch entgegengewirkt werden, daß die höheren Ministerialbeamten nur auf bestimmte Zeit und nicht auf Dauer ernannt werden.“ Das ist der sogenannte Beamten-schutz, von dem Sie, Kollege Dr. Bauer, sprechen. *(Abg. Dr. Bauer: Darüber sprechen wir noch!)*

Sie konnten nicht sagen, daß nicht auch in der Zeit der OVP-Regierung manche Fälle passiert sind. Sie gestatten mir, daß ich sie dann noch namentlich anführe. Aber Sie sind nicht imstande, auf einen Fall unter der Regierung Kreisky hinzuweisen. *(Abg. Dr. Bauer: Lassen Sie sich Zeit bis zur Budgetdebatte!)* Das haben Sie nicht gemacht. Ich werde mir aber gestatten, auf einiges hinzuweisen.

Dazu kommt der neue Zug, den die sozialistische Regierung unter Dr. Kreisky zeigt, daß zum Beispiel in der Frage der Überstellung von Beamten, die sich durch besondere Dienstleistungen auszeichnen, auch der Weg geebnet werden soll, sodaß sie in die Verwendungsgruppe A aufsteigen können. Das ist ein vollkommen neuer Weg, den es bisher nicht gegeben hat.

Wenn auch die Schlußfolgerung nicht immer zutreffen muß, die in dieser Pressenachricht steht, handelt es sich bei diesen Beamten, die da vorgesehen sind, nicht um sozialistische Beamte, sondern um Beamte, die der OVP nahestehen. Ich glaube, daß man feststellen kann ... *(Abg. Dr. Gruber: Das sind also doch die besseren!)* Tun wir nicht klassifizieren und qualifizieren, Kollege Gruber. *(Abg. Doktor Gruber: Es scheint aber so!)* Wir können feststellen, daß hier ein Weg, den auch wir Gewerkschafter begrüßen, unbeschadet der politischen Einstellung nur auf Grund der Leistung begangen werden soll.

Nun darf ich noch etwas über den Beamten-schutz sagen. Ich darf den Kollegen Bauer vielleicht an den Fall des Generaldirektors Dr. Kalz, Österreichische Bundesbahnen, erinnern, der dem damals vorgesehenen Generaldirektor Dr. Dultinger vorgezogen wurde. Ich

Robert Weisz

glaube, daß diese Entscheidung eine ausgesprochen politische Entscheidung war.

Ich darf daran erinnern, daß Dr. Machold von den Österreichischen Bundesbahnen seiner dienstlichen Funktion enthoben und auf ein Nebengleis abgeschoben wurde, nur weil er kein ÖVP-Mann war.

Ich darf an den Oberst Tomschitz erinnern, der damals nach Graz versetzt wurde, und zwar nur deswegen, weil er Besorgnisse über die Verhältnisse des Bundesheeres geäußert hat. (Abg. Dr. Bauer: Darüber reden wir noch!)

Ich glaube also, man soll alle Fälle so aufzeigen, wie sie wirklich sind. (Abg. Dr. Prader: Der war ja bei der ÖVP! — Abg. Hahn: Wer hat im Handelsministerium die Sektion II gekriegt?) Der beste Beamte, den es in Österreich für diesen Posten gegeben hat, Kollege Hahn, und den sogar die Beamten des Bundesministeriums vorgeschlagen haben. (Abg. Dr. Bauer: Aber er war nicht vom Ministerium! — Abg. Ströer: Wer ist ins Bundeskanzleramt als Präsidialist gekommen? — Abg. Dr. Bauer: Ein Mann mit Amtsbescheinigung!) Kollege Bauer! Ich will über Gemeindebeamte nicht reden. Aber ich nehme an, ohne den Präsidialchef herabzusetzen, daß es im Bundesdienst mindestens auch einen Beamten gegeben hätte, der auch diese Fähigkeiten gehabt hätte. Nur hat er damals — ich habe das schon einmal festgestellt — nicht derselben CV-Vereinigung angehört wie Herr Dr. Klaus. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Linsbauer: Ich würde den Sozialminister fragen, wer dort die Posten besetzt hat!)

Fragen Sie ihn dann. Sie können ihn fragen, wenn Sie wollen. Kollege Linsbauer, Sie können sich jederzeit zum Wort melden und den Herrn Sozialminister fragen. (Abg. Doktor Bauer: Eine Personaldebatte werden wir schon noch abführen!)

Selbstverständlich, wir sind gerne dazu bereit. Ich möchte nur noch ein paar Fälle sagen, weil Sie immer den Beamenschutz herausstreichen, wie wenn jemandem unter der Regierung Kreisky etwas geschehen wäre.

Ich möchte daran erinnern, daß damals laut Mitteilung des Herrn Innenministers Soronics die Presseabteilung aufgelöst wurde. Ministerialrat Dr. Aschenbrenner wurde abgezogen und in eine andere Abteilung versetzt. Die Abteilung wurde geteilt, was im Zuge der „Verwaltungsreform“ notwendig gewesen ist. Aus einer Abteilung wurden zwei gemacht. Man hat dann einen Pressereferenten, der der Partei des Herrn Innenministers angehört hat, mit Presseaufgaben betraut.

Erst auf eine Anfrage, die wir damals an den Herrn Innenminister gerichtet haben, hat auch er erklärt, daß diese Presseabteilung nicht notwendig ist und daß der Pressemann, der hingesetzt worden ist, imstande wäre, die anfallenden Agenden der Verlautbarung, der Mitteilung an die Presse und an die Öffentlichkeit zu leisten.

Ich darf auf noch etwas aufmerksam machen: Zwei Tage, bevor Herr Bundesminister Soronics aus seinem Amt geschieden ist, hat er die Presseabteilung neu geschaffen und hat es damals nicht für notwendig gehalten, Rücksicht auf seinen Nachfolger, der nicht seiner Partei angehört hat, zu nehmen. Er hat seinen Sekretär, den Herrn Kollegen Dr. Ramharter, zum neuen Leiter dieser Presseabteilung bestellt. Ich glaube, er hat damit dem zukünftigen sozialistischen Minister vorgegriffen und damit seinen engsten Mitarbeiter und Parteifreund als Sprecher für die Öffentlichkeit vorgeschetzt.

Herr Dr. Fučík, Sektionsrat, war Beamter des Herrn Staatssekretärs Weikhart. Nach der Installierung der ÖVP-Alleinregierung wurde er in das Innenministerium versetzt und kurze Zeit später ohne jeden Grund zur Polizeidirektion Wien, nämlich zu einer Unterbehörde. Man hat damals nicht gewußt, welche Arbeiten Sektionsrat Dr. Fučík leisten soll. Nachdem man keinen geeigneten Posten für ihn gehabt hat, hat man ihn dann als dritten Beamten der Dienstaufsicht zugeteilt. Das alles im Zuge der großangekündigten Verwaltungsreform und Personaleinsparung.

Erst nach Intervention seines früheren Vorgesetzten, des Herrn Staatssekretärs Weikhart, wurde Fučík wieder in seine alte Dienststelle zurückversetzt. Aber durch diese Versetzung ist eine echte Schädigung eingetreten, er hat durch diese Versetzung einen Beförderungsverlust von einem halben Jahr erlitten.

Nun nochmals zum Fall des Ministerialrates Ellinger. Es steht jedem Beamten frei, einen Karenzurlaub zu beanspruchen. Denen, die es vielleicht noch nicht wissen, möchte ich sagen, daß unter einer sozialistischen Regierung dem Herrn Ministerialrat Ellinger ein wochenlanger Karenzurlaub für den ÖVP-Präsidenschaftskandidaten Dr. Waldheim bewilligt wurde. Ich glaube, auch hier können wir sehen, daß eine sehr loyale Handhabung der dienstrechtlichen Bestimmungen auch für den Herrn Ministerialrat Ellinger gegolten hat.

Nun aber auch noch ein paar Pressestimmen, die sich unmittelbar mit dem Fall Ellinger beschäftigen. Gestatten, Herr Präsident, daß ich mit Ihrer Erlaubnis einige Zitate hier vorlese: „Ernst genommen? Ubersaus rasch war die VP zur Stelle, dem abberufenen

Robert Weisz

Presseschef Ellinger vom Verteidigungsministerium eine feste Mauer zu machen, ein vermeintliches Unrecht an einem Beamten anzuprangern. Nur um die eine Seite des Problems kümmerte man sich somit, gerade jene, die keineswegs so kristallklar als totale Fehlentscheidung zu betrachten ist, ... Aber was tut da jetzt die VP? Sie tritt keineswegs zu konzentrierten Operationen an, setzt keine konkreten Aktionen, sondern lamentiert über vermutete verletzte Beamtenrechte.“ Geschrieben in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 20. November.

Die „Kronen-Zeitung“ schreibt: „Wenn der Pressereferent eines Ministers dessen Politik angreift, so wird sich jeder Minister in der Welt von diesem Referenten trennen. Ein Beamter hat neben Privilegien auch einige Nachteile in Kauf zu nehmen. Dazu gehört laut Dienstpragmatik die Schweigepflicht in bestimmten Fällen und die Loyalität gegenüber dem Ressortchef. Im übrigen würde auch der private Unternehmer seinen Pressereferenten feuern, wenn er Angriffe gegen ihn oder die Firma richtete.“

Und nun gestatten Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, einige Stellen der Dienstpragmatik zu zitieren, weil ich glaube, daß ein großer Teil der Damen und Herren diese Bestimmungen nicht kennt. Schließlich muß nicht jeder die Dienstpragmatik des öffentlichen Dienstes kennen, dazu sind es ja auch noch zum Teil Bestimmungen, die in die Monarchie zurückgreifen. Hier gibt es den Paragraphen 21, der allgemeine Pflichten voraussetzt, und zwar „die Pflichten seines Amtes gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, jederzeit auf die Wahrung der öffentlichen Interessen bedacht zu sein sowie alles zu vermeiden und nach Kräften hintanzuhalten, was diesen abträglich sein oder den geordneten Gang der Verwaltung beeinträchtigen könnte.“

Das ist der Paragraph 21. Der Paragraph 23, der sich mit der Amtsverschwiegenheit beschäftigt, spricht ausdrücklich aus: „Der Beamte hat über alle ihm in Ausübung des Dienstes oder mit Beziehung auf seine amtliche Stellung bekannt gewordenen Angelegenheiten, die im Interesse einer Gebietskörperschaft oder der Parteien oder sonst aus dienstlichen Rücksichten Geheimhaltung erfordern oder ihm ausdrücklich als vertraulich bezeichnet worden sind, gegen jedermann, dem er über solche Angelegenheiten eine amtliche Mitteilung zu machen nicht verpflichtet ist, strengstes Stillschweigen zu beobachten.“

„Eine Ausnahme hievon tritt nur insoweit ein, als ein Beamter für einen bestimmten Fall

von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden wurde.“

Und der Paragraph 24 über das Verhalten eines Beamten: „Der Beamte hat in und außer Dienst das Standesansehen zu wahren, sich stets im Einklang mit den Anforderungen der Disziplin zu verhalten und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schmälern könnte.“

Das sind die Bestimmungen, die hier in der Dienstpragmatik genau festgelegt sind.

Und nun darf ich doch auch dazu noch ein paar Worte sagen. Es war sogar der Abgeordnete Dr. Kohlmaier, der am selben Tag, glaube ich, noch im Fernsehen zu diesem Fall Ellinger gesprochen hat. Ich glaube, Ihre ersten Worte waren, daß die Handlungen und Äußerungen, die also Herr Ellinger gesetzt hat, nicht sehr geschickt waren. Ich glaube, so ähnlich ... (Abg. Dr. Kohlmaier: Ungefähr so!) So ähnlich waren die Dinge. Ich glaube, Sie haben selbst den Eindruck gehabt, daß hier — Sie sind schließlich auch Beamter — doch etwas über den Rahmen hinaus gegangen wurde. Was als einen Beamten ... (Abg. Dr. Koren: Ist er nicht!) Der Kohlmaier nicht, aber der Ellinger schon, bitte schön. (Abg. Dr. Koren: Der Kohlmaier nicht!) O ja, Privatbeamter ist er. Und da gibt es also auch Bestimmungen. Ich nehme an, wenn Kohlmaier diese Äußerungen in der Pensionsversicherung für Angestellte macht, würde ihm wahrscheinlich auch auf Grund der Disziplinarbestimmungen nahegelegt werden, sich eine andere Beschäftigung zu suchen. Denn ich glaube, das würde jeder Private auch machen. Irgendwo muß feststehen, welche Verpflichtungen ein Mensch hat, wenn er irgendwo in einer Behörde, in einem Amt oder sonst in einer Einrichtung dient.

Aber nun komme ich zu ein paar grundsätzlichen Sachen. Es wird immer wieder gesagt: Die Meinungsfreiheit muß gewahrt bleiben; es muß jeder Beamte die Möglichkeit haben, seine Stellungnahme abzugeben. An seiner politischen Stellungnahme, die er bezieht, oder wie er sich betätigt, daran wird niemand etwas finden. Aber nun gibt es also interessanterweise — leider ist der Herr Minister Prader nicht mehr da — eine Dienstanweisung in Presseangelegenheit vom 19. Oktober 1967. Diese Anweisung ist unterzeichnet von Herrn Bundesminister für Landesverteidigung Doktor Prader. „Zur Erteilung von Informationen ist eine grundsätzliche oder besondere Genehmigung beziehungsweise Ermächtigung erforderlich. 1967. Dr. Prader.“

Dann gibt es noch eine Dienstanweisung vom 15. März 1968. „Befehlshaber grundsätz-

Robert Weisz

lich zu Erklärungen über Angelegenheit ihres Befehlsbereiches ermächtigt. Hinsichtlich anderer Aussagen beziehungsweise Erklärungen von besonderer Wichtigkeit ist dem Herrn Bundesminister zeitgerecht Meldung zu erstatten und dessen Weisung einzuholen.“ Und jetzt hören und staunen Sie: Unterzeichnet: Ministerialrat Ellinger. Diesen Erlaß hat er selbst herausgegeben, eine Dienstanweisung am 15. März 1968. Er schreibt selbst, daß vorher zeitgerecht die Weisung des Herrn Ministers einzuholen ist. Ich glaube, hier sehen Sie selber, daß Sie sich auf einem Glatteis befinden, daß also der Mann, den Sie in Schutz nehmen wollen, sich hier schon selbst den Weg vorgezeichnet hat. Wir dürfen aber feststellen, daß die Dienstanweisung, die das Bundesministerium für Landesverteidigung am 25. Februar 1971 ausgegeben hat, verfassungskonform ist.

Und nun komme ich schon zum Schlusse: Ich darf hier konkret werden, weil das die ganze Materie aufzeigt. Ende Oktober 1971 hat der Vorarlberger Landtag den Paragraph 28 und 29 Absatz 5 — und zwar gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei — für Gemeindebedienstete und Landesbedienstete beschlossen. Der Landesbedienstete bedarf der Zustimmung der Dienstbehörde, wenn er in Presse, öffentlichen Versammlungen, Rundfunk oder vor Zeitungsberichterstatern zur Verwaltung des Landes Stellung nehmen will. Dies bezieht sich nicht auf die Ausübung eines Mandates. Die Zustimmung kann man in Einzelfällen oder für mehrere gleichartige Fälle herbeiführen. Sie ist zu versagen, wenn eine Beeinträchtigung der Interessen des Landes zu erwarten ist.

Das wurde im OVP-Land Vorarlberg im Oktober 1971 gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei beschlossen. Das ist nur eine OVP-Regierung, die sich das in Vorarlberg erlauben kann. Aber wenn man sich streng an die Dienstvorschriften hält, ist man dagegen, macht eine dringliche Anfrage. Ich glaube, aus diesen Darstellungen können Sie ersehen, daß Sie sich mit Ihrer dringlichen Anfrage wirklich auf einem Glatteis befinden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. König (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst ein Wort zu Ihnen, Herr Abgeordneter Robert Weisz, und eine Klarstellung. Natürlich sind auch wir für den Aufstieg der Beamten nach Leistung. Aber eines muß klar sein: nicht auf Kosten der Benachteiligung anderer, mögen

sie angehören welcher Partei immer oder gar keiner Partei. *(Zustimmung bei der OVP.)*

Und nun zu der Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, mit der er in der Anfragebeantwortung die Fragen klarstellen wollte. Zunächst, Herr Bundeskanzler, haben Sie erklärt, daß auf Ihren Rat nach dem Präsidentschaftswahlkampf Herr Dr. Ellinger wieder auf seinen Posten zurückgekommen ist. Dies wirft die Frage auf, wieso Sie dazu raten mußten. Gab es damals bereits andere Vorstellungen? Sie haben sich auf den § 21 der Dienstpragmatik bezogen, und es hat dies auch der Abgeordnete Robert Weisz getan.

Nun, bereits im Jahre 1961 hat der damalige Sozialminister einen Bescheid erlassen, in dem er einen Oberrat des Landesarbeitsamtes auch wegen dieses § 21 der Dienstpragmatik zur Verantwortung gezogen hat, weil er meinte, er hätte diese verletzt. Und nun hören Sie sich an, mit welcher Begründung der Verfassungsgerichtshof, Herr Bundeskanzler, diesen Bescheid aufgehoben hat. Er hat nämlich gesagt: „Der Beschwerdeführer hat sich also offenbar bemüht, sach- und formgerecht den öffentlichen Interessen zu dienen. Daraus ergibt sich aber, daß es denkmöglich ist, aus den vorgeworfenen Mängeln — mögen sie zutreffen oder nicht — die Feststellung abzuleiten, der Beschwerdeführer hätte bei entsprechend sorgfältiger Überlegung erkennen müssen, daß er durch seine Ausführungen bei dem in Betracht kommenden Leserkreis“ — das ist sogar schriftlich gewesen damals — „das Ansehen der österreichischen Arbeitsverwaltung herabsetzen werde.“

Damit — so fährt der Verfassungsgerichtshof fort — „erweist sich auch die Unterstellung des Verhaltens des Beschwerdeführers unter den Tatbestand des § 21 Dienstpragmatik — jederzeit auf die Wahrung der öffentlichen Interessen bedacht zu sein sowie alles zu vermeiden und nach Kräften hintanzuhalten, was diesen abträglich sein oder den geordneten Gang der Verwaltung beeinträchtigen könnte — als denkmöglich.“

Infolge dieser denkmöglichen Anwendung des § 21 Dienstpragmatik ist der Bescheid als gesetzlos anzusehen.“

Auch der § 27 der Dienstpragmatik, Herr Bundeskanzler, auf den Sie sich bezogen haben, kommt hier nicht zum Zug. Er sagt nämlich ausdrücklich:

„Alle Anliegen, Vorstellungen und Beschwerden in dienstlichen oder das Dienstverhältnis berührenden persönlichen Angelegenheiten hat der Beamte in der Regel im Dienstweg ... vorzubringen ...“

DDr. König

Und das dritte Argument — Sie sprachen von dem Erlaß, auch Herr Abgeordneter Weisz hat ihn wieder zitiert, den Ministerialrat Dr. Ellinger selbst unterzeichnet hat.

Zunächst einmal muß ich doch klarstellen, Herr Bundeskanzler, daß es einen wesentlichen Unterschied zwischen einem Erlaß und einem Tagesbefehl gibt. Der Tagesbefehl — der Maulkorb für alle, der Erlaß — die Dienstanzweisung für einzelne, im konkreten Fall für die Kommandanten.

In diesem Erlaß hieß es ausdrücklich — und das hat der Herr Abgeordnete Weisz zu zitieren vergessen —, daß den Offizieren grundsätzlich zugestanden wurde, Erklärungen an Presse und Rundfunk zu geben, sofern sie die Angelegenheiten des eigenen Befehlsbereiches betreffen und nicht die Amtsverschwiegenheit verletzen. Dienstgeheimnisse preiszugeben war also verboten, aber nicht das allgemeine Recht der Staatsbürger zur grundsätzlichen Kritik am politischen Verhalten der jeweiligen Regierungspartei.

In diesem Erlaß heißt es ausdrücklich — und das wurde auch geflissentlich zu zitieren übersehen —: „Das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der Freiheit der Meinungsäußerung ... wird über das Gebot zu der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit hinaus hiedurch nicht beschränkt.“

Diesen Erlaß hat im übrigen in der Folge auch der sozialistische Minister Freihsler unterzeichnet, und erst Herrn Minister Lütgendorf blieb es vorbehalten, generell durch einen Tagesbefehl die Diskussion um die Fragen der Landesverteidigung zu verbieten.

Ihr viertes Argument, Herr Bundeskanzler, es wäre zu spät informiert worden, der Minister wäre erst fünf Minuten vor Dienstschiuß informiert worden. Ich nehme nicht an, daß der Herr Minister pünktlich wie ein Maurer sein Büro verläßt — aber selbst wenn dem so wäre, die Information diene der Tatsachenfeststellung dessen, was gesagt wurde.

Es befindet sich in den Erklärungen des Herrn Ministerialrates Dr. Ellinger kein einziger persönlicher Angriff auf den Minister — und sie dienten vor allem der rechtzeitigen Information. Ganz im Gegensatz zum Verhalten des Herrn Ministers Lütgendorf selbst, als sein damaliger politischer Chef, Herr Minister Freihsler, erst aus der Zeitung erfahren mußte, daß er in der Bundesheer-Reformkommission zurückgetreten ist, was ja Sie, Herr Bundeskanzler, zu der Äußerung veranlaßt hat, man werde noch prüfen müssen, ob hierin nicht ein Verstoß — Sie zitierten damals auch wieder die Dienstpragmatik — zu sehen wäre.

Schließlich darf ich noch den Abgeordneten Troll zitieren, der in der vergangenen Legislaturperiode folgendes gesagt hat: Wir Sozialisten, erklärte Troll, sind der Meinung, daß der junge Mensch natürlich wie jeder ältere das Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Und wenn einer damit nicht einverstanden ist, soll er seinem Unmut Luft machen, man muß sich ja damit nicht identifizieren.

Ich komme damit zu dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Fischer gesagt hat. Bitte ihm das auszurichten. *(Rufe: Er ist da!)* Ah, er ist da. Herr Dr. Fischer! Wenn Sie Herrn Doktor Bauer vorgeworfen haben, daß er sich mit aller Massivität vor die Beamten gestellt hat, dann glaube ich, daß dieser Vorwurf zu Recht gerade in den letzten Personalvertretungswahlen von den öffentlich Bediensteten selbst zurückgewiesen wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie aber der Auffassung sind, erst denken und dann reden, dann kann ich mich dieser Auffassung nur anschließen. Nur meine ich, Herr Dr. Fischer, daß Sie diese Aufforderung an den falschen Adressaten gerichtet haben. Oder ist es etwa das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn jetzt ein Fünf-Seiten-Konzept nach monatelanger Aufbewahrung im Panzerschrank vorgelegt wurde, von dem der Herr Verteidigungsminister selbst in der Pressekonferenz erklärt hat, diese fünf Seiten wären doch etwas zu wenig, es liegen noch ganz andere Dinge im Panzerschrank.

Ist das das Ergebnis eines Denkprozesses? Ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn der Herr Verteidigungsminister öffentlich und auch hier im Haus davon gesprochen hat, daß er als unabdingbare Notwendigkeit die Erhöhung des Wehrbudgets bis zu 7 Prozent erachtet und der Herr Bundeskanzler das öffentlich — und auch hier kann ich eine Zeitung zitieren: die „Kronen-Zeitung“ vom 30. November — in das Reich der Wünsche verwiesen hat? „Der Herr Kanzler zur ‚Kronen-Zeitung‘: „Daß sich Lütgendorf soviel wünscht, ist gut. Allerdings ist eine derartige Steigerung des Verteidigungsbudgets für eine gewisse Zeit nicht drin.“

Ich weiß, wir haben Vorweihnachtszeit, der Christbaum steht vor der Tür, aber wir sind nicht in einer „Wünsch dir was“-Sendung. Die Landesverteidigung ist viel zu ernst, als daß man über diesen Widerspruch nun einfach hinweggehen könnte, denn in diesem Budget ist für die Landesverteidigung weniger drinnen, als jemals in einem Budget drinnen war, selbst in dem der vergangenen sozialistischen Regierung.

Ist es etwa das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn der Herr Minister Lütgendorf

DDr. König

in der Pressekonferenz seinen Kritikern die Qualifikation abspricht, Kritik an seinen Vorstellungen zu üben? Meint er damit auch die 1900 Offiziere, meint er damit die vom Herrn Bundeskanzler selbst eingesetzte Bundesheer-Reformkommission? Ja ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, Herr Verteidigungsminister, wenn heute diejenigen, die die Präsenzdiener ausbilden, weit über 1000 S weniger bezahlt bekommen als die Präsenzdiener, wenn der Herr Bundeskanzler das, was im Gesetz steht, nämlich die 60 Tage Waffenübungen, in Frage stellt, während bei Ihnen die 60 Tage doch eindeutig feststehen? Ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn Sie sich mit dem Herrn Bundeskanzler in der Frage der Finanzierung überhaupt nicht einig können? Oder nehmen Sie für sich, wenn Sie Ihre Kritiker abqualifizieren, Herr Verteidigungsminister, das Recht des Papstes in Anspruch, das neue Unfehlbarkeitsdogma für den Verteidigungsminister?

Wie das Ergebnis aussieht, Herr Minister, erleben wir jetzt. Wenn bereits allenthalben in den Zeitungen zu lesen ist, daß im nächsten Jahr 50.000 Reservisten einberufen werden, wie Sie sich ausdrückten, um die Landwehr zu mobilisieren, sie stärker auszubauen, so sind das, Herr Bundesminister, jene jungen Leute, die bereits neun Monate abgeleistet haben! Ist das das Ergebnis des Denkprozesses, daß sie jetzt länger dienen müssen? *(Lebhafte Zustimmung bei der OVP.)*

Herr Bundesminister! Ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn Sie auf die Frage des Herrn Chefredakteurs Vorhofer laut Tonband wörtlich erklärt haben: „Ich fühle mich vollkommen solidarisch!“? Und zwar auf die Frage: „Herr Bundesminister, Sie haben heute schon einige Male davon gesprochen, daß das Bundesheer nicht zum Zankapfel der Parteienpolitik werden soll. Ich will Ihnen nichts unterstellen, aber das ist eine Ausdrucksweise, die die prinzipiellen Gegner der parteienstaatlichen Demokratie verwenden. Sind Sie mit diesen Leuten solidarisch? Denn in der parteienstaatlichen Demokratie ist alles Zankapfel, wenn man so will.“

Ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, Herr Bundesminister, wenn Sie erklären: „Ich fühle mich vollkommen solidarisch.“?

Herr Bundesminister! Wir haben hier von einem Rösch-Plan gehört. Wir haben hier von einem SPÖ-Konzept gehört, das nicht ausgereift ist, das also offensichtlich nicht die Grundlage Ihrer Überlegungen bilden konnte. Wir mußten aber zwischenweilig feststellen, daß es diesen Rösch-Plan nicht gibt, ja auf eine Anfrage im Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei hin hat man uns

dankenswerterweise offen eingestanden, daß dieses Konzept niemals — niemals, hören Sie bitte — gedruckt wurde. *(Ruf bei der OVP: Der Dr. Fischer weiß das nicht! — Abg. Gratz: Für einen Dr. König sind wir nicht völlig transparent!)*

Was das sozialistische Konzept anbelangt, Herr Minister: Ist es das Ergebnis eines Denkprozesses, wenn die von Ihnen eingebrachte Wehrgesetznovelle im Ausschuß völlig verändert wird und Sie dazu schweigen? Sie schweigen aber auch, wenn Sie jetzt ein Konzept vorlegen, von dem Sie selbst sagen, daß es doch zu wenig wäre und Sie hätten noch andere Dinge im Panzerschrank. Herr Minister! Sind Sie der Meinung, daß das dem Stil der Transparenz entspricht, jenem Stil der Klarheit, mit dem der Herr Bundeskanzler in die Wahlen gezogen ist? Ich meine, Herr Minister, daß diese Widersprüche, daß diese Gegensätzlichkeiten, wie sie sich hier innerhalb der Regierung und in der Öffentlichkeit immer wieder gezeigt haben, dringend nach Aufklärung verlangen.

Herr Minister! Solange Sie sich nicht von diesen Dingen in diesem Hause distanzieren und diese Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, können wir das einfach nicht zur Kenntnis nehmen. *(Zustimmung bei der OVP.)* Es ist Sache des Herrn Bundeskanzlers, es ist Ihre Aufgabe als Regierungschef, Herr Bundeskanzler, hier mit aller Deutlichkeit für die wünschenswerte Klarstellung der Verhältnisse zu sorgen! *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß mich mit dem Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer auseinandersetzen, denn er hat bemerkenswerter Weise aus unserer Anfragestellung herausgelesen — weil wir uns in dieser Anfrage nicht ausdrücklich zur Demokratie und zur Transparenz bekannt haben —, daß wir sozusagen keine Demokraten sind und nicht für die Transparenz sind oder eben ein mangelndes Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen vorliegt. Das ist doch übriggeblieben, Herr Abgeordneter Dr. Fischer. Das haben wir alle herausgehört.

Ihr Vergleich mit dem Bierschlegel und dem Florett *(Abg. Dr. H. Fischer: Ist nicht von mir!)* war sicher sehr geistreich; er war ja auch von Dr. Maleta. *(Heiterkeit.)* Aber, Herr Kollege Dr. Fischer! Man kann auch mit einem Bierschlegel sehr offen und sehr

Dr. Kohlmaier

gerade auf einen Gegner losgehen, und man kann Florettstiche auch unter der Gürtellinie anbringen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Das ist nur eine Frage der Eleganz, Herr Kollege!)*

Und, Herr Dr. Fischer: Es gibt sicher einen eleganten Florettfechter, einen Sportler, der die Regeln der Sportlichkeit einhält. Es soll aber auch schon Florette in Händen von Leuten gegeben haben, die sich als etwas Besseres als ihre Umwelt betrachtet haben. Ich bitte Sie, zu beachten: Nicht die Waffe allein spielt hier eine Rolle, sondern eben die Art des Angriffs. Falls Sie sich dazu bekennen sollten, die Forderung auf Florett zu einer allgemeinen zu erheben, dann bitte ich auch die Zwischenrufe des Kollegen Libal oder die Diskussionsbeiträge des Abgeordneten Sekanina der gleichen Bewertung zu unterziehen. Sie werden uns dann sicher auf Ihrer Seite wissen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Dr. Fischer! Die Beendigung der großen Koalition im Jahre 1966 brachte zweifellos einen wesentlichen Fortschritt der demokratischen Entwicklung in Österreich. Seit damals arbeiten wir mit verteilten Rollen, oft als politische Gegner, aber auch getragen von einem gemeinsamen Streben nach mehr Demokratie in unserem Lande. Wir haben nicht so viel von Demokratie geredet wie Sie. Aber wir haben uns bemüht, demokratisch zu handeln. Wir haben vier Jahre allein regiert. Es gab in dieser Zeit mehr Information der Öffentlichkeit, mehr Kontrolle und mehr Diskussion als je zuvor, Herr Dr. Fischer. Für uns hieß Demokratie nicht über Demokratie reden, sondern demokratisch handeln. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Für uns bedeutet etwas zu leisten, daß man Leistungen erbringt und nicht ankündigt. Für uns bedeutet Planen, daß man Pläne vorlegt und nicht Pläne ankündigt. Für uns bedeutet Stabilität eine niedrige Inflationsrate, aber nicht ein Herumgerede über Auslandsvergleiche und das Suchen nach Sündenböcken.

Sie, Herr Dr. Fischer, und die Sozialistische Partei haben sich das Ziel gesteckt, uns zu übertreffen. Das ist Ihr demokratisches Recht. Aber unsere demokratische Pflicht ist es, aufzuzeigen, daß Ihre Ankündigungen Illusionen bleiben. Unsere Pflicht ist es, auf die Gefahr hinzuweisen, die darin liegt, daß Sie jetzt den Leistungsbeweis verweigern und statt mehr Demokratie in Österreich eine andere Form von Demokratie einführen wollen. Anstatt im Auftrag des Volkes zu handeln und zu regieren, beschäftigen Sie die Öffentlichkeit pausenlos mit Ankündigungen. Diskussion bedeutet für Sie nicht die faire und sachliche

Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte, die gleichberechtigte Austragung von Meinungsgegensätzen, sondern Ihnen geht es offenbar mehr darum, alles in Frage zu stellen und mit einer Art von Beschäftigungstherapie durch Diskussion von einer eingetretenen Lähmung in der Handlungsfähigkeit des Staates und der Regierung abzulenken. *(Widerspruch bei der SPÖ.)*

Wir müssen immer wieder mit Besorgnis feststellen, meine Damen und Herren, daß anstelle der Arbeit für die Öffentlichkeit unter dieser Regierung die Öffentlichkeitsarbeit tritt. Die erste Folge dieser bedenklichen Entwicklung ist die Unsicherheit. Sie beginnt damit, daß wir nicht einmal über den Standort dieser Regierung in grundsätzlicher, politischer und weltanschaulicher Hinsicht Bescheid wissen. *(Abg. Dr. H. Fischer: Das liegt aber dann an Ihnen, Herr Kollege! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Da müssen Sie halt informieren!)*

Ich habe bereits einmal die Frage aufgeworfen, und habe Sie damit sehr beunruhigt, daß Sie sich in Ihrer Regierungserklärung ja nur einmal auf den in Österreich nicht entsprechend geklärten Begriff der Sozialdemokratie berufen. Jetzt hat Minister Lütgendorf — und daran kann man ermesen, wie aktuell diese Frage damals von mir war — in der Pressekonferenz, die heute bereits mehrmals zitiert wurde, ausdrücklich gesagt, daß er sich nicht zum sozialdemokratischen Gedankengut bekennt, aber trotzdem die Regierungserklärung mitbeschlossen hat, weil es ja die Regierungserklärung des Bundeskanzlers ist und er in den Diensten der Regierung steht, so ungefähr, wie man früher in die Dienste eines Kaisers getreten ist.

Wir müssen daraus schließen, daß auch andere Minister solche innere Vorbehalte hatten, als sie der Regierungserklärung zugestimmt haben. Aber nur könnte es bei anderen Ministern umgekehrt gewesen sein: daß ihnen nicht zu viel sozialdemokratisches Gedankengut drinnen war, sondern vielleicht zu wenig Sozialismus. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist aber doch wirklich übelste Demagogie!)*

Wann bekommen wir die Auskunft? Das ist durchaus keine heitere, sondern eine für die Öffentlichkeit sehr ernste Frage. Wann bekommen wir endlich die Auskunft, was für eine Politik Sie wirklich betreiben wollen? *(Abg. Skritek: Steht in der Regierungserklärung!)*

Unsicherheit besteht aber auch deswegen, weil wir nach bald zwei Jahren sozialistischer Regierung noch immer nicht wissen, was mit Ihren Großprojekten ist, mit denen Sie die Wahlen geschlagen haben. Der Herr Bundes-

Dr. Kohlmaier

kanzler hat sich — das ist auch heute bereits mehrmals festgestellt worden — vor kurzem vom sozialistischen Wehrkonzept ausdrücklich und öffentlich distanziert. Wann distanzieren Sie sich, Herr Bundeskanzler, von den anderen Großprojekten, mit denen Sie die Wahlen geschlagen haben? Vom Humanprogramm, vom Wirtschaftsprogramm, vom Justizprogramm und so weiter? (*Abg. Skritek: Lesen Sie doch die Regierungserklärung, Herr Kollege!*)

Es gibt jetzt schon eindeutige Widersprüche zwischen dem Kabinett Kreisky II und Kreisky I. Will das Kabinett Kreisky II bereits beginnen, sich vom Ballast der Ankündigungen der sozialistischen Oppositionspartei der Jahre 1966 bis 1970 zu befreien? Immer häufiger sieht man Sie, wie Sie Ihren eigenen früheren guten Vorsätzen Absagen erteilen. Dr. Kreisky mit der Dienstpragmatik in der Hand, Herr Kollege Weisz, straft eigentlich jenen Sozialismus Lügen, der zu einer heilsamen demokratischen Unruhe und zu einer Infragestellung aller überkommenen Autoritäten aufgerufen hat. Das war doch immer Ihre Sprachregelung. Aber jetzt ist die Dienstpragmatik in der Hand das Wichtigere. Ich sehe hier entscheidende Widersprüche.

Mit dem Einsetzen des durchaus intransparenten Panzerschrankes als Regierungsrequisit verhöhn Sie ja das angebliche sozialistische Gedankengut der Transparenz. Mit dem Ruf nach neuen Verbrauchssteuern zur Finanzierung der Gesundheit widersprechen Sie der sozialistischen Aussage, daß nicht der Konsument die öffentlichen Aufgaben finanzieren soll. Mit dem Hinauftreiben der Sozialtarife bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben widersprechen Sie dem angeblichen sozialistischen Kampf für die sozial Schwachen.

In der Frage der Steuern sind Sie vor die Wähler getreten und haben gesagt, daß Sie die „Raubgesetze“ der ÖVP bekämpfen werden. Was Sie jetzt für eine Steuerpolitik machen, kann man nur als konservativ bezeichnen, Herr Bundeskanzler. Aber das Wort „konservativ“ hängen Sie ja uns an (*Abg. Skritek: Sie sind doch ein Konservativer!*), weil Sie nämlich das tun, was sonst nur in Diktaturen üblich ist: Alle bösen Worte dem politischen Gegner anhängen, und alles, was einen positiven Begriff darstellt, hängen Sie sich selbst an. Das ist Ihre Taktik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Besonders aber müssen wir als Parlamentarier kritisieren — und da, glaube ich, bin ich in voller Übereinstimmung mit dem, was Kollege Zeillinger hier gesagt hat —, daß Sie die Unsicherheit dadurch verstärken, daß

Sie Ihre Ideen nicht dort entwickeln und der demokratischen Konfrontation aussetzen, wo die gewählten Volksvertreter wirken. Wir alle schätzen gute Kontakte zu den Männern und Frauen, die die verantwortungsvolle Aufgabe haben, die Öffentlichkeit zu informieren.

Als Parlamentarier müssen wir aber sagen, Herr Bundeskanzler: Nicht im Parlament schweigen und in der Pressekonferenz reden! Sie haben — und da muß ich jetzt Ihre Aussage und Ihre Antwort, die Sie auf die dringliche Anfrage gegeben haben, leider als falsch bezeichnen —, als wir Ihnen vorgeworfen haben, daß Sie in der Kostenfrage der Gesundheitspolitik nicht das Parlament informiert haben, gesagt: Jawohl, ich habe ja in der Regierungserklärung dazu Stellung genommen. — Das ist nicht richtig, Herr Bundeskanzler. In der Regierungserklärung haben Sie nur ganz allgemein gesagt, daß Kosten entstehen werden. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Aber drei Tage später in einer Pressekonferenz ist dann die Regierung herausgegangen und hat gesagt, daß sie eben eine Gesundheitssteuer einführen will. Das haben wir ja beklagt. Das konnten Sie durch Ihre ... (*Widerspruch des Bundeskanzlers Doktor Kreisky.*) Bitte, es ist von der Klausur des Ministerrates im Arbeiterkammerheim in Vöslau in einem Pressegespräch — ich weiß nicht, ob von Ihnen oder von jemandem anderen — die Äußerung in den Raum gestellt worden — das ist authentisch; bitte, Sie können das ja hier widerrufen, Herr Bundeskanzler; das würde uns sehr beruhigen, weil wir ja nicht dieser Meinung sind —, daß man durch eine stärkere Besteuerung von Rauchwaren und Tabak die Gesundheitspolitik finanzieren kann. Es kommt nicht vom Tisch weg, daß Sie drei Tage später mehr informiert haben als vorher!

Auch Minister Lütgendorf war der Presse gegenüber wieder viel gesprächiger als im Landesverteidigungsrat oder vor den Parlamentariern.

Wenn man dem Bericht Axel Cortis in einer Fernsehsendung aus der Reihe „Welt des Buches“ glauben kann, hat der Bundeskanzler gestanden, daß ihm die besten Ideen beim Anhören von Udo Jürgens-Platten kommen. Der Ort der Inspiration ist dem Bundeskanzler ganz sicherlich freigestellt, der Ort der Erkenntnisse hat aber dieses Hohe Haus zu sein, dem die Regierung verantwortlich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Am Fernsehschirm kann man nämlich dem Kanzler leider nicht widersprechen. Die Berichterstattung des Österreichischen Rundfunks ist ein unerläßliches

Dr. Kohlmaier

Instrument der Information. Die Information des Staatsbürgers ist die Voraussetzung für die demokratische Diskussion, aber die Information ist noch nicht die Diskussion; sie ist nur die Voraussetzung. Die Diskussion hat daher im Parlament und in anderen demokratisch zusammengesetzten Gremien stattzufinden.

Ich stelle daher einen **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Gruber, Meißl, Dr. Stix und Genossen betreffend rechtzeitige und umfassende Information der Volksvertretung und der Öffentlichkeit über alle wichtigen Vorhaben der Bundesregierung:

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Parlament über alle wichtigen Vorhaben, insbesondere über Konzepte für die Neuordnung bedeutender Sachfragen, rechtzeitig und umfassend zu informieren, um so die Volksvertretung, der die Bundesregierung verantwortlich ist, in die Lage zu versetzen, die Absichtserklärungen der Bundesregierung rechtzeitig und umfassend zu debattieren.

Ich weiß, daß dem Klubobmann Gratz und dem Abgeordneten Dr. Fischer die Stärkung der Rechte des Parlaments ein echtes Anliegen ist. Ich möchte das nicht in Zweifel stellen. (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Kohlmaier, nicht nur diesen beiden Herren!*) Insbesondere diesen beiden Herren. (*Abg. Dr. Broda: Der ganzen Regierungspartei! — Abg. Doktor Gruber: Diesen Eindruck haben wir nicht!*) Auch Ihnen natürlich, Herr Minister Dr. Broda, denn Sie haben gemeinsam mit Gratz eine sehr interessante Broschüre über dieses Thema verfaßt.

Ich richte daher an den Klubobmann, an Sie, Herr Minister, und an den Abgeordneten Dr. Fischer die freundliche Einladung, diesem Entschließungsantrag beizutreten, denn er läuft auf das hinaus, was Sie wollen: eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Bundesregierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen ist genügend unterstützt und steht hiemit auch zur Debatte.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Blecha. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage der Demokratisierung hat im letzten Wahlkampf eine große Rolle

gespielt. Hier kam es auch zu echten Kontrasten zwischen den beiden Großparteien. Während sich die ÖVP dazu bekannt hat: Demokratisierung des Staates, aber dabei soll es bleiben!, sind wir weitergegangen und haben von der Demokratisierung der Gesellschaft gesprochen.

Ich möchte das von meinen Parteifreunden heute von diesem Pult aus schon vorgetragene Bekenntnis zum Parlament und zur Ausweitung seiner Rechte als demokratisches Kontrollorgan und als zentrale Stelle der demokratischen Auseinandersetzung noch einmal wiederholen. Ich will aber gleichzeitig im Sinne der Debatte, die schon während des Wahlkampfes geführt worden ist, darauf aufmerksam machen, daß wir nicht die demokratische Auseinandersetzung und die demokratische Kontrolle allein auf das Parlament beschränkt sehen wollen, sondern daß wir glauben, daß die gesamte Öffentlichkeit ein Recht darauf hat.

Die Österreichische Volkspartei, die heute davon redet, es habe noch nie so viele „Maulkorberlässe“ wie in den vergangenen eineinhalb Jahren gegeben, hat gerade in den vergangenen eineinhalb Jahren bei jeder Konkretisierung der Demokratisierungsbestrebungen Einwände erhoben, eine Flut von Polemiken erzeugt oder die Demokratisierungsbestrebungen selbst zum Gegenstand dringlicher Anfragen im Parlament gemacht, wie etwa die Frage einer demokratischeren Bestimmung der Virilisten im Aufsichtsrat des ORF.

Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, sprechen immer dann, wenn man den Betroffenen mehr Mitbestimmung einräumen will, von Manipulation, Sie sagen, wenn wir demokratischere Entscheidungen herbeiführen wollen — und es hat das heute der Herr Abgeordnete Doktor Mock wieder getan —, das geschehe nur, um uns genehme Mehrheiten zu erreichen, und Sie haben immer wieder, wenn es sich darum gedreht hat, reine Beratungsorgane zu schaffen, die mithelfen können, die Entscheidungsprozesse transparenter zu machen, davon gesprochen, daß das die Einführung des Räteystems wäre.

Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, haben durch diese Begriffsverwirrung, wie ich meine, der Demokratie keinen guten Dienst erwiesen, Sie haben sich dabei auf eine Ebene begeben, auf der andere Meister sind, nämlich die Kommunisten. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute geht es uns in erster Linie darum,

Blecha

die Kluft zwischen den Staatsbürgern und der Verwaltung zu ... (Abg. Glaser: Eine solche Rede bringt selten jemand zusammen!) Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden! (Abg. Glaser: Soviel „Blech“!) Das sage ich jetzt nicht nur zu Ihnen, Herr Kollege: Demokratie erfordert: auch dem Gegner zuhören können. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Das ist so viel „Blech“, daß man dazu gar nichts mehr zu sagen braucht! Sie haben sich damit selbst qualifiziert!) Ich danke Ihnen für Ihre Zensuren, die Sie immer austeilen, Herr Glaser! (Abg. Dkfm. Gorton: Es ist noch keine Blechokratie!)

Nein, das noch nicht, aber wir bemühen uns, eine echte Demokratie zu erreichen, und zur Demokratie gehört auch das Zuhören. Aber das ist dem Abgeordneten Glaser fremd. Beim OAB ist er es wahrscheinlich gewohnt, daß ihm keiner widerspricht; hier im Haus ist es ein bisserl anders. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Gratz: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Blech werfen! — Abg. Glaser: Der Blechtrommler!)

Wir haben die Aufgabe, antidemokratischen Trends, die wir in der modernen Industriegesellschaft erkannt haben, entgegenzuwirken. Die Erfüllung dieser Aufgabe verstehen wir auch als eine historische Mission der Sozialdemokratie.

Herr Abgeordneter Bauer! Ich glaube, man darf es sich nicht so leicht machen — ich nehme an, Sie haben heute nur einen schlechten Tag gehabt —, über Demokratisierung in der Art zu sprechen, daß man sagt, der Sozialismus zeige allen jenen die Klauen (Abg. Dr. Bauer: No na!), die ihn kritisieren. Gerade wir Sozialisten sind der Auffassung, daß Kritik ohne Demokratie nicht existieren kann und daß eben die Demokratie Kritik voraussetzt. Da also nun Demokratie mit Sozialismus engstens verbunden ist (Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier), sind wir der Auffassung, daß es diffamierend ist, wenn Sie davon sprechen, der Sozialismus zeige die Klauen allen jenen, die Kritik üben. (Ruf bei der ÖVP: Sagen Sie das dem Verteidigungsminister!)

Sie haben davon gesprochen, daß wir schon darauf lauern, auch den frei gewählten Abgeordneten das Wort zu verbieten. (Abg. Doktor Bauer: Siehe Finanzausschuß!) Sie waren selbst im Finanzausschuß und wissen, daß dort niemandem das Wort verboten worden ist (Abg. Dr. Bauer: Entzogen!), sondern daß einer Ihrer Kollegen, der dort das Wort genommen hat, von der ÖVP gar nicht für diesen Ausschuß gemeldet war (Jawohl-Rufe bei der

SPÖ) und daß daher eine Richtigstellung vom Vorsitzenden erfolgen mußte, der auf die Einhaltung der Geschäftsordnung Wert zu legen hat.

Herr Kollege Dr. Bauer! Wir stehen eben auf dem Standpunkt, daß man die Demokratie erweitert, daß man immer mehr und mehr Gremien der Mitbestimmung einführt, und gerade Sie, der Sie doch auch als aktiver Katholik tätig sind, müßten verstehen, daß das Bestrebungen sind, die heute nicht mehr allein von der sozialdemokratischen Bewegung getragen werden, sondern daß das Bestrebungen sind, meine Damen und Herren, die in letzter Zeit, seit Johannes XXIII., auch durch die Aussagen der obersten kirchlichen Lehramter längst unterstützt werden. Es handelt sich dabei um Aussagen, die etwa Johannes XXIII. in Mater et Magistra und in Pacem in Terris getroffen hat, wo er sagt, daß Demokratie als Lebensform im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Strukturkategorie zu verstehen ist (Abg. Dr. Kohlmaier: Das steht außer Zweifel!) und daß die politische Seite der Demokratie, die Sie immer nur allein betonen, nur eine Seite der Struktur der modernen und freiheitlichen Gesellschaft ist.

Wir stehen dazu, daß die Demokratie die einzig denkbare mögliche gesellschaftliche Perspektive der Zukunft ist, daß nur durch die Demokratie eben jene Lebensform einer menschenwürdigen Gesellschaft garantiert werden kann, in der der einzelne und nicht nur ein Delegationsorgan wie das Parlament immer mehr und mehr an den Entscheidungen selbst teilhaben soll.

Wir sind der Auffassung, daß Regierung und Verwaltung in der modernen Industriegesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Die moderne Industriegesellschaft gründet sich zunehmend darauf, Vorleistungen — Straßentbauten, Schulbauten und dergleichen — zu erbringen, die die Privatwirtschaft nicht erbringen kann. Daher wird die Macht des Staates größer, und wenn wir die Demokratisierung nicht echt angehen — und Demokratisierung wird von „oben“ unterstützt, seitdem wir in diesem Lande eine Regierung Kreisky haben —, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, werden wir jene Gesellschaft, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen soll, nicht erreichen können. Nicht vor mehr Staat sollen und müssen wir uns fürchten, sondern wir müssen uns vor einem undemokratischen oder einem schlecht verwalteten Staat fürchten. (Abg. Dr. Kohlmaier: Stimmt!)

Die Wissenschaft hat zu diesen Grundproblemen eine ganze Reihe von Grundgedanken herausgebracht. Ich möchte nur den wichtigsten nennen, die zentrale Koordination

Blecha

— das ist in diesem Hause vor vier Wochen durch die Regierungserklärung ganz deutlich und, wie wir auch meinen, transparent gemacht worden — und die dezentrale Verantwortung für die Verwirklichung.

Ich bin der Auffassung und vor allem auch die Regierungspartei ist der Auffassung, daß Informationssysteme allen Betroffenen ständig Auskunft über Entwicklung, Zielsetzung und Verlauf der Zielverwirklichung geben müssen. Dazu dienen auch Pressekonferenzen, die in diesen Informationssystemen integriert sind. Es ist Aufgabe der Regierung, zur Berichterstattung über die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen alle Formen der Information zu beanspruchen. Die Beschränkung auf das Parlament allein wäre konservativ.

Sie kritisieren heute, daß die Bundesregierung zu wenig das Parlament informiert hätte. Aber als sich der Herr Bundeskanzler in diesem Hohen Hause in der vergangenen Legislaturperiode zur Frage der wirtschaftlichen Lage der Republik zu Wort gemeldet hat, um eine Erklärung abzugeben, haben Sie den Saal verlassen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Als der Herr Bundesminister für Justiz auf den Ausbruch von drei Häftlingen aus Stein sofort reagiert hat und hier im Haus eine Erklärung zu diesem Vorfall abgegeben hat, war es Ihnen auch nicht recht. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wer sagt denn das? Wir haben sogar eine Debatte verlangt!)* Es hat damals sofort Zwischenrufe aus Ihren Bänken gegeben, Herr Kollege Kohlmaier! *(Abg. Deutschmann: Das ist ein Blech!)*

Sie stellen heute als zweite Frage: Wird die Bundesregierung in Hinkunft eine bessere, umfassendere und zeitgerechtere Information des Parlaments und der Öffentlichkeit über wichtige Vorhaben gewährleisten?, obwohl bei jedem wichtigen Vorhaben ganz im Gegensatz zu früheren Jahren sofort von dieser Regierung, von der Regierungsbank aus eine Information an dieses Parlament erfolgt ist. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Daß es im Panzerschrank liegt, ist auch eine Information, nicht wahr?)*

Es sind kaum vier Wochen vergangen, Herr Kollege Dr. Kohlmaier, daß hier eine umfassende Information über die Vorhaben der Regierung vom Bundeskanzler und vor noch kürzerer Zeit durch die Budgetrede des Bundesministers für Finanzen dem Parlament gegeben wurde, eine umfassende und eine zeitgerechte Information des Parlaments und der Öffentlichkeit. Das, glaube ich, haben Sie bei der Formulierung dieser dringlichen Anfrage vergessen.

Wir haben auch noch zum Thema Bundes-

heer und zu dem jetzt vorgelegten Wehrkonzept einiges zu sagen. In früheren Jahren ist kein Wehrkonzept, über das die breite Öffentlichkeit hätte diskutieren können, vorgelegen. Eine Diskussion über die österreichische Landesverteidigung hat es im Vorjahr und während des ganzen nun zu Ende gehenden Jahres gegeben, weil wir doch mit der Behandlung der Wehrgesetznovelle beschäftigt waren. Kein anderes Thema ist in der Öffentlichkeit so gründlich durchdiskutiert worden wie die Frage der Landesverteidigung im Zusammenhang mit der Novelle zum Wehrgesetz.

Wir sind der Auffassung, daß Demokratie — ich habe das schon gesagt — Kritik bedeutet, daß Demokratie aber auch den Abbau autoritärer Strukturen bedeutet, auch im Bundesheer.

Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Peter und dem Herrn Abgeordneten Zeillinger einer Meinung, daß die von SPÖ und FPÖ beschlossene Wehrgesetznovelle der erste Schritt zur Reform ist. Ich möchte hier als ein vom Abgeordneten Peter namentlich Zitiertes offen zugeben, daß wir im Zuge von Verhandlungen mit der Freiheitlichen Partei, um die Wehrgesetznovelle in diesem Hause beschließen zu können, von unserer Vorstellung, 40 Tage Waffenübungen wären genug, abgegangen sind und uns, um die Mehrheit für diese Wehrgesetznovelle im Hause zu sichern, der Auffassung des Abgeordneten Zeillinger als Sprecher der Freiheitlichen Partei: 60 Tage Waffenübungen sind notwendig, angeschlossen haben — ohne jeden Hintergedanken.

Dazu noch eine Klarstellung. In den nächsten sieben Jahren werden auf Grund des Wortlautes des Gesetzes die Jungmänner, die jetzt sechs Monate Grundwehrdienst haben, 30 Tage Truppenübungen ableisten. Wir werden etwa ab den Jahren 1978 und 1979 vor der Frage der Realisierung der zweiten Tranche der 60 Tage stehen. Der Gesetzgeber hat hier unmißverständlich erklärt, daß er die Erfüllung dieser 60 Tage wünscht und fordert. Aktuell wird das Problem in sieben oder acht Jahren.

Offiziere haben erklärt — und das hat auch der Herr Bundeskanzler in einer Fernsehdiskussion gesagt —, daß die technischen Voraussetzungen des derzeitigen Bundesheeres bestenfalls dafür reichen, daß die jungen Männer, die einen sechsmonatigen Grundwehrdienst ableisten, 30 Tage Waffenübungen machen können. Das war eine Erklärung, die von allen Experten, mit denen wir gesprochen haben, abgegeben worden ist. Das ist der derzeitige Zustand des österreichischen Bun-

Blecha

desheeres, das ist noch jener Zustand, in dem sich das Instrument der militärischen Landesverteidigung befunden hat, wie wir es von der ÖVP-Alleinregierung übernommen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin auch der Auffassung, daß es in Fragen der Landesverteidigung *(Abg. Doktor Bauer: Wir werden noch antworten!)* soviel Transparenz geben muß wie möglich und so viel Geheimhaltung wie nötig. Wenn Fragen des Wehrkonzeptes in der heutigen Debatte auch angeschnitten worden sind, dann muß man doch zwei Bereiche voneinander trennen. Es gibt politische Fragen der Landesverteidigung, die nur in einer breiten, offenen Diskussion geklärt werden können. Es kann niemals Aufgabe eines Ressortministers allein sein, festzustellen, was nun wirklich Verteidigungspolitik ist. Das ist die Aufgabe aller, der gesamten Gesellschaft. Es gibt aber in den Papieren, von denen gesprochen worden ist, Punkte, die nicht in die Öffentlichkeit getragen werden dürfen.

Wenn es einen Bundes-Verteidigungsplan gibt, wenn es einen Heeresmobkalender gibt, wenn es einen Dislozierungsplan gibt, um endlich die Zwerggarnisonen loszuwerden, wenn es Vorstellungen darüber gibt, wie zweckmäßig und wo am zweckmäßigsten die Depots für die Bevorratung der Truppe, für die Munition einzurichten sind, dann sind das keine Fragen, die wir in aller Öffentlichkeit diskutieren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das sind jene Fragen, die dem Ressortminister oder dem Landesverteidigungsrat vorbehalten sind. Daher sind auch bestimmte Fragen der Heeresgliederung heute noch unter Verschuß, weil sie eben im Rahmen des Landesverteidigungsrates zu diskutieren sind.

Die anderen Punkte — da stimme ich mit allen jenen überein, die hier mehr Transparenz verlangen — sind Aufgabe einer breiten und offenen Diskussion; das sind die Fragen der Verteidigungspolitik, die von zentraler Bedeutung sind.

Ich bin der Meinung, daß es gar nicht ketzerisch ist, wenn man hier einmal die Forderung aufstellt, es wäre an der Zeit, den Ministerratsbeschuß vom Mai 1965, der einen Auftrag an das österreichische Bundesheer als Instrument der militärischen Landesverteidigung enthält, in einer Diskussion neu zu überdenken und ihn besser und konkreter zu formulieren.

Dem Abgeordneten König möchte ich folgendes sagen: Sie haben an den Landesverteidigungsminister die Frage gerichtet: Ist es ein Ergebnis eines Denkprozesses, daß Sie 50.000 Reservisten im nächsten Jahr einberufen, Männer, die eine neunmonatige

Frage, Kollege König, zeigt, daß bei Ihnen Präsenzdienstzeit abgeleistet haben? — Diese der Denkprozeß nicht ganz geklappt haben dürfte. Denn was ist denn wirklich passiert?

Wir gehen doch nur auf das ein, was Sie verlangen: daß eine mobilisierbare Landwehr auch in der Zeit des Überganges vom alten zum neuen System vorhanden ist.

Das, was wir getan haben, bestand darin, daß wir die Inspektions- und Instruktionsübungen, die nach Ihrem alten Wehrgesetz 124 Tage gedauert hätten, für diese von Ihnen zitierte Gruppe österreichischer Staatsbürger auf maximal 16 Tage reduziert haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Nur maximal 16 Tage und keinen Tag mehr werden diese jungen Leute, die zu Inspektions- und Instruktionsübungen einberufen werden sollen, um in der Übergangszeit die bestehende Landwehr effektiv zu erhalten, abzuleisten haben.

Die Demokratisierung — damit muß ich schon zum Schluß kommen — ist eine allgemeine Aufgabe. Sie darf nicht allein die Aufgabe jener sein, die durch ein Mehr an Demokratisierung Vorrangstellungen verlieren. Sie muß eine Aufgabe aller demokratischen Parteien sein.

In diesem Punkt bin ich eben Optimist und glaube an eine echte Demokratisierung der Gesellschaft.

Ich kann den Pessimismus, der heute aus verschiedenen Reden, auch aus der Rede eines Abgeordneten Kohlmaier, durchgeklungen ist, in keiner Weise teilen *(Abg. Dr. Kohlmaier: Abwarten!)* und in diesem Zusammenhang nur den Soziologen Richard F. Behrendt zitieren, der da erklärte:

„Heute ist immer noch die Anschauung weit verbreitet, daß Pessimismus von Sensibilität und modischem Geschmack, Optimismus dagegen von Oberflächlichkeit und Unbildung zeugt.“

Er meinte weiter:

„Es ist höchste Zeit, diesem intellektualisierten und poetisierten Zaubermännertum der angeblich vermassten Arbeitswelt ein Zeitverständnis entgegenzustellen, das auf Empirie, Ratio und konkrete sozialgeschichtliche Vergleiche gegründet ist, und Zukunftsorientierungen zu suchen, die sich von den apokalyptischen Intuitionen und Prophetien freigemacht haben zugunsten nüchterner Auswertung unserer praktischen Erfahrungen und unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse.“

Zu diesen Aussagen bekennt sich vollinhaltlich die Regierungspartei. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Melter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Melter** (FPO): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wohl eine Eigenart des österreichischen Parlaments, daß wir trotz einer äußerst bescheidenen Verteidigungskraft das Bundesheer und die dafür verantwortlichen Minister hier im Hause am meisten diskutieren müssen.

Wer kann sich diesen Widerspruch erklären? Worauf ist er zurückzuführen? Das ist nirgends ersichtlich.

Auffallend ist aber auch, daß gerade in diesem Bereich von diesem Pult aus praktisch immer wieder nur kritische Bemerkungen, und zwar von Sprechern aller Fraktionen, gemacht werden. Sie stimmen meistens nur darin überein, daß erhebliche Kritik am verantwortlichen Minister angebracht wird. Auch heute ist es wieder so, und jeder, der dieser Debatte folgt, muß den Eindruck haben, daß sehr viel in der Person des zuständigen Ministers begründet ist, wenn Kritik angebracht wird.

All das fördert zweifellos sehr wenig die Institution des Bundesheeres, sondern fügt ihm immer wieder Sachden zu. Es führt dazu, daß man kein Vertrauen hat, weder hier im Parlament noch in der Bevölkerung, und Vertrauen haben vielleicht am allerwenigsten diejenigen, die der Wehrpflicht nachkommen müssen, die den Präsenzdienst zu leisten haben.

Hier trägt der zuständige Minister, und zwar mit Deckung des Bundeskanzlers, die Hauptverantwortung. Wir meinen, daß er diese Verantwortung sehr unzulänglich erfüllt.

Wir sind der Auffassung, daß die Fähigkeiten des Herrn Verteidigungsministers Lütgendorf bei seinem Amtsantritt sehr stark überschätzt worden sind. Man hat sich darauf verlassen, daß seine berufliche Tätigkeit ihn qualifiziere, wenigstens im sachlichen militärischen Bereich Wesentliches, und zwar Positives zu leisten.

Über seine politische Qualifikation bestanden ja von allem Anfang an Zweifel. Diese Zweifel sind heute durch sein persönliches Bildungsverhalten besonders stark untermauert worden, denn wenn er sich anmaßt — *(der Redner wirft einen Blick auf den Platz des Bundesministers Lütgendorf, der nicht im Saale ist)* vielleicht richtet man es ihm wieder einmal aus —, vor einem Abgeordneten davonzulaufen und hier sehr wenig Standfestigkeit zu beweisen — im Gegensatz zu seinen eigenen Feststellungen, in denen er sich immer selbst als „Steher“ bezeichnet hat —, so muß man schon die Auffassung vertreten, daß er kein gutes Beispiel für die Widerstandsbereitschaft des Bundesheeres gegeben hat. Wenn seine Soldaten nicht besser

sind als er selbst, dann haben wir keinen Grund zur Freude.

Wir haben vielmehr allen Grund zur schärfsten Kritik an einem Mann, der seinen Jungmännern ein so schlechtes Beispiel gibt. *(Zustimmung bei FPO und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Wenn man immer wieder das Verteidigungsressort einer Kritik unterwirft, so tauchen natürlich parteipolitische Überlegungen auf. Ich darf daran erinnern, daß während der Ministerschaft des Herrn Dr. Prader immer wieder und mit allem Nachdruck Vorwürfe erhoben wurden, daß er diese Institution für parteipolitische Zwecke mißbrauche, daß er also dort, wo er Staatspolitik betreiben sollte, mehr Parteipolitik betreibe.

Nun kann man bei Minister Lütgendorf hier sehr schwer differenzieren, denn man weiß, daß er nicht Mitglied der SPÖ ist und daß er vielleicht ein sehr ungeliebtes Mitglied der Bundesregierung ist. Aber er hat immerhin die Verantwortung mit dem Bundeskanzler zu tragen. Wer zuerst den Kopf hinhält, ist eine andere Frage. Heute tut dies offensichtlich in erster Linie der Kanzler, weil ihn die ÖVP bei ihrer Anfragestellung ausgewählt hat.

Für einen tapferen Soldaten ist das Leben in der Etappe zweifellos angenehmer als an der Front. Das ist vielleicht die einzige taktische Leistung des Herrn Ministers Lütgendorf, die man ihm als positiv bestätigen kann. *(Abg. Peter: Der Generalstab war immer weiter hinten! — Abg. Zeillinger: Der Minister ist schon in die Etappe gegangen! — Heiterkeit.)* Aber der Herr Bundeskanzler wird hierüber vielleicht noch Aufschluß geben, der Bundeskanzler, der sich ja auf den Bajonetten seines Ministers offensichtlich auch nicht ganz wohl fühlt, denn sein Sitz ist nicht so ruhig, wie es manchmal von der Ferne den Anschein hat.

Der Herr Verteidigungsminister hat erklärt, daß er über ein Konzept verfüge, das einen Panzerschrank fülle. Vorläufig hat er aus diesem Schrank nur sehr wenig herausgenommen, jedenfalls aber nicht etwas, was man als Konzept bezeichnen kann.

Hier ist an und für sich die schriftliche Unterlage überraschend, die er anlässlich der Pressekonferenz am 1. Dezember ausgearbeitet hat. Darin findet sich der interessante Satz, daß die gegenwärtige Organisation so umzugestalten ist, daß eine Gliederung österreichischer Prägung möglich werden kann. *(Abg. Peter: Der Lütgendorf ist ja noch immer in Preußen drinnen!)* Soll das bedeuten, daß das Bundesheer bisher nach

Melter

Auffassungen aufgebaut wurde, die im Ausland geboren worden sind? Oder was war sonst die Basis des Aufbaues des Bundesheeres ab 1955? War nicht jeweils eine österreichische Bundesregierung, ein österreichisches Parlament und insbesondere ein österreichischer Verteidigungsminister für den Aufbau des Bundesheeres verantwortlich? Meint der Herr Minister Lütgendorf, daß sein Bildungsverhalten hier vor dem Hohen Hause etwa österreichische Prägung der Konzilianz und des Entgegenkommens ist?

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß gerade ein Verteidigungsminister in diesem Hohen Hause eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe hat. Seine Aufgabe wäre es in erster Linie, ein Vertrauensverhältnis zwischen der notwendigen Einrichtung der Selbstverteidigung, dem Bundesheer, und dem Parlament als Vertreter der Gesamtbevölkerung herbeizuführen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber wenn der Bundesminister gerade in dieser Hinsicht besonders versagt — genauso wie sein Vorgänger —, so ist das für die Gesamtheit der Bevölkerung außerordentlich bedauerlich.

Man muß auch sagen, daß das Gremium, aus dem der Herr Bundesminister herausgewachsen ist, bisher leider nicht viel Überzeugendes geboten hat. Kollege Zeillinger hat schon darauf hingewiesen, daß die mutigen Generäle erst nach dem März 1970 erstmals bescheiden und in unterschiedlichem Ausmaß hervorgetreten sind und versucht haben, Kritik anzubringen. Zu Zeiten der ÖVP-Verteidigungsminister war dies nie der Fall. Man muß das als kleinen Fortschritt bezeichnen.

Aber war das vielleicht der Anlaß dafür, daß der Herr Verteidigungsminister in der letzten Legislaturperiode, im Sommer hier im Hause die Mitteilung gemacht hat, er würde erreichen, daß etwa die Hälfte der Generäle vorzeitig in den Ruhestand gehen würde, weil er sie dazu veranlassen könnte? Bisher hat man in dieser Gesetzgebungsperiode nichts davon gehört. Aber vielleicht führt die Kritik seiner Kollegen im Fachbereich doch dazu, daß der Herr Verteidigungsminister das wahr macht, was er vor etwa einem halben Jahr in dieser Sache angekündigt hatte. Darüber wird dann zur gegebenen Zeit noch zu reden sein.

Als Beobachter des Bundesheeres muß man derzeit zu der Auffassung kommen, daß die Regierung bemüht ist, diese Einrichtung auszuhebeln, insbesondere dort, wo man die Stärke dieser Einrichtung schaffen sollte, nämlich bei der Truppe.

Kollege Zeillinger hat erklärt, daß ja das Budget einige deutliche Hinweise dafür gibt, daß man mehr für Repräsentation, für den Sessel des Ministers zu tun beabsichtigt als für die Schlagkraft der Truppe.

Man muß einmal die Kasernen ansehen. Gerade der Herr Verteidigungsminister sollte dies tun, vielleicht in Begleitung des Herrn Justizministers Dr. Broda. Dr. Broda versteht es nämlich sehr gut, für die Strafgefangenen Millionen loszueisen, damit man die Zuchthäuser besser ausgestaltet. Aber dem Herrn Verteidigungsminister fällt es nicht ein, für die Anlagen Vorsorge zu treffen, die unseren jungen Leuten, die für die Heimat den Kopf hinhalten müssen, eine anständige Unterkunft sicherstellen. Gehen Sie in die Kasernen und nehmen Sie vielleicht einen Gewerbeinspektor mit, der würde Ihnen manche dieser Betriebe sperren, würde man die Soldaten wie Arbeitnehmer behandeln. Aber das ist Ihnen leider bisher nicht eingefallen.

Wir müssen darauf hinweisen, daß man viele unserer Rekruten wahrhaft beschämend ausstattet, schlechter als Zuchthäusler, um einen Vergleich zu ziehen. Man gibt Unterwäsche aus, bei der an den Hemden alle Knöpfe fehlen; an den Unterhosen fehlen Gummibänder, sodaß es den Soldaten so ergeht wie den Gefangenen, die man an der Flucht hindern will. Denn wenn sie die Hände vom Hosenbund nehmen, geht ihnen die Hose verloren, sodaß sie dann eben stehenbleiben müssen.

So sind die Tatsachen bei der österreichischen Truppe. Aber das interessiert den Herrn Verteidigungsminister anscheinend relativ wenig, denn sonst würde er sich mehr um die Präsenzdienstpflichtigen und um deren Ausstattung kümmern.

Wen wundert es dann noch, daß diese Jugend, die zum Teil sehr wohl bereit ist, im Interesse der Öffentlichkeit Opfer zu bringen, enttäuscht ist und nichts mehr von dieser Einrichtung wissen will? Das zeigt auch die Tatsache, daß sehr wenige Jungmänner bereit sind, freiwillig den verlängerten Präsenzdienst zu leisten, insbesondere vielleicht auch deshalb, weil der Herr Bundeskanzler erklärt hat, es würden wahrscheinlich 30 Tage ausreichend sein, und damit wäre dann die Geschichte erledigt.

In diesem Zusammenhang darf ich nur sagen, die Erklärung des Herrn Abgeordneten Flecha namens der SPÖ-Fraktion erfreute uns Freiheitliche, weil damit bestätigt ist, daß wir seinerzeit ein richtiges Konzept vertreten haben, das auch die Mehrheit verantwortungsbewußt zur Kenntnis nehmen konnte.

Melter

Zum Abschluß möchte ich sagen: Das Bundesheer sollte wirklich außerhalb des Parteienstreits stehen. Derjenige, der das in erster Linie machen könnte, ist der Bundesminister für Landesverteidigung, wenn er ein vernünftiges Konzept in Übereinstimmung mit den drei Fraktionen im Hause zustande brächte. Aber bisher war er dazu nicht in der Lage. Ob aus Unfähigkeit oder aus Unwillen vermag ich nicht zu beurteilen. Entscheidend ist allein die Tatsache, daß ein derartiges Konzept nicht besteht.

Hier ergibt sich für den Herrn Bundeskanzler die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß ein klares und eindeutiges Konzept erarbeitet und der Öffentlichkeit bekanntgemacht wird, sodaß keinerlei Zweifel mehr daran bestehen, welche Pflichten dem einzelnen Staatsbürger im Zusammenhang mit der Landesverteidigung auferlegt sind; und daß nicht der eine, der sich freiwillig zu einem längeren Dienst meldet, am Schluß das Gefühl hat, der Dumme zu sein, weil andere billiger, mit weniger Verpflichtungen davongekommen können.

Die Politik in diesem Bereich ist entscheidend für die Sicherheit des Staates und für die Sicherheit seiner Bürger. Wir Freiheitlichen sind immer im Sinne dieser Zielsetzung hier im Hause aufgetreten und wollen dies auch weiterhin tun. Die Voraussetzung dafür ist eine klare, eindeutige und vernünftige Politik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Prader zum Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Prader (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei der Pressekonferenz hat nach den uns zugekommenen Aufzeichnungen der Bundesminister für Landesverteidigung unter anderem auch erklärt: „In Österreich fehlt in der Berichterstattung Objektivität und Sachlichkeit. Die Berichterstattung beherrscht nicht die Sorge um dieses Land, sondern die Freude am Destruktiven.“

Ich glaube, daß ist eine ziemlich ungeheuerliche Feststellung. Hier wird schlechthin ein ganzer Berufsstand der Absicht des Negativen geziehen, und das müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen!

Wir haben außerdem Mitteilung bekommen, daß der Herr Bundesminister noch weiter folgendes gesagt hat: In der Berichterstattung werden hysterische Töne laut. Man spricht von Demontage und ruinöser Heerespolitik.

Die Demontage des Bundesheeres tritt aber nicht durch die Berichterstattung über die

Demontage ein, sondern durch die Verteidigungspolitik der gegenwärtigen Regierung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Hier versucht man Verantwortlichkeiten zu verschieben, und es ist notwendig, das rechtzeitig in das rechte Licht zu rücken.

Es gibt gewisse Dinge, die in einer Demokratie einfach nicht erlaubt sind. Zu diesen Dingen gehört auch, daß man zunächst etwas sagt und dann anders handelt. Dazu einige Bemerkungen, weil sich der Herr Bundeskanzler im besonderen, speziell noch nach seiner Anfragebeantwortung, die die Anfragen nur sehr dürftig und teilweise überhaupt nicht beantwortet hat, zum Thema des Herrn Ministerialrates Ellinger extra zum Wort gemeldet hat.

Die Debatte über die Frage, inwieweit Beamte, vor allem jene des Verteidigungsressorts wie andere Staatsbürger die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung haben, geht in all die Jahre zurück, und es ist, glaube ich, sehr sinnvoll, nun auch nachzusehen, wie sich der Standpunkt der Parteien in dieser Debatte widerspiegelt hat und wie er sich uns heute präsentiert.

Der Herr Bundeskanzler hat die Dienstpragmatik angezogen. Soweit ich mich erinnere, hat der Herr Bundeskanzler auch auf Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes verwiesen, und soweit ich mich weiter an die Gegebenheiten erinnere, hat der Bundeskanzler nicht nur Verärgerung über den Herrn Ministerialrat Ellinger kundwerden lassen, sondern auch höchste Verärgerung über Ausführungen des Gruppenbefehlshabers der Gruppe II, des Herrn Generalmajors Bach. Er hat in diesem Zusammenhang — möglicherweise in der ersten Rage, ich weiß es nicht — auch durchblicken lassen, daß es dann eben keine Generale mehr geben werde, man werde dann eben keine Generalbeförderungen mehr durchführen. Das wurde nachher, soweit ich das der Presse entnommen habe, zwar dementiert oder als nicht richtig dargestellt. Zunächst war es aber so zu lesen.

Der Herr Abgeordnete Peter hat in seinem Diskussionsbeitrag gemeint, daß er ein gewisses Verständnis dafür hätte, daß es sich hier um besondere Gegebenheiten handelt, wenn eben jemand Pressechef eines Ministeriums ist. Nun, der Abgeordnete Peter hat zu dem gleichen Thema in der Sitzung am 5. 12. 1969 ausgeführt — und ich bitte den Herrn Präsidenten mir zu gestatten, daß ich wörtlich zitiere —:

„Sie haben ‚schweigende Generale‘ in Ihrem Hause, und Sie haben ‚redende Generale‘ in Ihrem Ressort. Diese Tatsache, Herr Minister,

Dr. Prader

können Sie nicht wegdiskutieren. Ich bin überzeugt, daß ein General des österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik nur dann redet ... wenn dies der letzte Ausweg ist, wenn er keinen anderen Weg mehr sieht, gegenüber seinem vorgesetzten Minister mit seiner Meinung durchzudringen. Der Tatsache, Herr Minister, stehen wir seit geraumer Zeit gegenüber, daß namhafte Generale vor die Öffentlichkeit mit ihren Bedenken hinsichtlich der Zustände im österreichischen Bundesheer getreten sind."

So der Abgeordnete Peter, und das gleich auch als Antwort an meinen Vorredner, nicht erst zaghaft nach 1970, sondern weit zurück.

Ich zitiere hier aus der Budgetdebatte des Jahres 1969, der letzten Budgetdebatte der Zeit der Alleinregierung.

Der Abgeordnete Zeillinger — auch hier darf ich wörtlich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren — hat zum gleichen Thema folgendes ausgeführt:

„Da brauchen Sie nur die Artikel eines Spannocchi und so weiter zu lesen und ein bißchen hineinzuhören. Das ist doch nicht das Konzept! Oder Sie erklären, das ist das Konzept, dann sage ich Ihnen aber, das ist zu wenig. Es ist ganz unbestritten, der Organisationsplan ist besprochen worden. Ich bedauere auch hier" — das scheint mir sehr bedeutungsvoll zu sein —, „daß — das wußte ich damals noch nicht — verschiedene Vertreter einer gegenteiligen Anschauung über diesen Organisationsplan nicht im Landesverteidigungsrat waren. Wir werden also in Zukunft mehr trachten müssen, daß auch Leute beigezogen werden, die eine andere Meinung haben, daß sich das Gespräch nicht immer so einseitig zwischen Abgeordneten und Minister abspielt, denn die Diskussion sollte sich mehr zwischen den Abgeordneten und den Generalen abspielen und dort nicht immer nur die Meinung des Ministers als die Meinung des Ministeriums aufklingen. Das müssen wir einmal in aller Offenheit zur Ermütigung dieser Generale sagen."

In derselben Sitzung hat der Abgeordnete Mondl zu diesem Thema ausgeführt — ich verlese von Seite 14.003 der Sitzung vom 5. 12. 1969 —:

„Sie haben gesagt, das sei ganz einfach nur eine Pauschalbehauptung, das wäre nicht wahr. Herr Bundesminister, es kann doch nicht möglich sein, daß der Gruppenkommandeur der Gruppe III, General Paumgarten, der Gruppenkommandeur der Gruppe II, Bach, daß General Spannocchi, selbst General Lütgendorf, der Chef des Ausbildungswesens, Segür-Cabanac, also hervorragende Militärs, gerade

das Gegenteil von dem aussagen, was hier Kollege Marwan-Schlösser erklärt hat und was Sie uns hier gesagt haben. Wenn dem so ist, daß Sie recht haben, dann müßten diese Herren abgezogen werden, sonst wäre es unmöglich, denn dann wären die unfähig. Irgendwo stimmt da etwas nicht, irgendwo ist hier ein Bruch vorhanden."

Und ein Bruch ist auch vorhanden in Ihrer Einstellung jetzt im Vergleich zu Ihrer Einstellung von damals.

Und ein sehr potenter Wehrsprecher der Sozialistischen Partei, der Abgeordnete Preußler, hat damals direkt genüßlich einen Artikel des Generals Spannocchi, der sich sehr hart und sehr drastisch mit dem Bundesheer auseinandersetzte — immerhin als Kommandant der Landesverteidigungsakademie —, in der „Wochenpresse" Nr. 48 vom 26. 11. 1969 zitiert. Abgeordneter Preußler hat dann gesagt:

„Ich glaube, daß ich über die Person Emil Spannocchi nichts sagen brauche. Er steht uns Sozialisten in keiner Weise nahe. Er hat das auch nicht gesagt, weil wir ihn dazu aufgefordert haben. Aber ich glaube, er scheint nun auch einer der wenigen Generalstäbler des österreichischen Bundesheeres zu werden, die sich endlich ein ehrliches und offenes Wort zu sagen getrauen. Wenn Mannesmut eine Tugend der Soldaten ist, dann sollte das auch andere hohe Verantwortliche dazu bringen, offen und ehrlich ihre Meinung zu sagen."

Dann kann ich noch etwas aus dem stenographischen Protokoll verlesen: „Wenn ich gestern", sagte Preußler weiter, „noch zu allem Überfluß — neben den Ausführungen von Emil Spanocchi — in der ‚Wiener Zeitung' vom 4. Dezember 1969 las, daß einer der bekanntesten Offiziere, nämlich General Bach, der Gruppenkommandant der Gruppe II in Graz, bei der Eröffnung der Landesverteidigungsakademie, Außenstelle Graz, gesagt hat, die Situation der österreichischen Landesverteidigung sei unbefriedigend und rufe Unbehagen hervor, dann, meine Damen und Herren überlasse ich Ihnen selbst das Urteil."

Der Herr Abgeordnete Weikhart, so ist es im stenographischen Protokoll vermerkt, hat den Zwischenruf gemacht: „Was sagt denn da der Minister dazu?" Ich möchte heute diese Frage an den Herrn Bundeskanzler und auch an den Herrn Verteidigungsminister wiederholen.

Nun, Herr Bundeskanzler, überlegen Sie heute Ihren Standpunkt, Ihre Haltung gegenüber dem, was Sie damals hier im Hause vertreten haben.

Dr. Prader

Ich glaube, man könnte — wie ich es schon im Ausschuß gesagt habe — nun die Meinung hier äußern: „Der, der die Geister rief, der wird sie nun nicht los“, oder: „An ihren Taten werdet ihr sie erkennen.“

Es ist die Schwierigkeit dieser Regierung und der sozialistischen Regierungspolitik, daß sie immer transparenter wird. Wir werden dazu beitragen, daß diese Transparenz erhalten und noch viel deutlicher gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Meißl und Genossen betreffend rechtzeitige und umfassende Information der Volksvertretung und der Öffentlichkeit über alle wichtigen Vorhaben der Bundesregierung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. *Abgelehnt. (Rufe bei der ÖVP: Transparenz!)*

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Donnerstag, den 2. Dezember, um 14 Uhr 5 Minuten mit folgender Tagesordnung ein — *(allgemeine Unruhe)* ich bitte noch um einige Minuten Aufmerksamkeit —:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (6 der Beilagen): Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz (51 der Beilagen);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (7 der Beilagen): Bundesgesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes (52 der Beilagen);

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (8 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft (53 der Beilagen);

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (10 der Beilagen): 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1971 (54 der Beilagen);

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (13 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Förderung der Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen geändert wird (55 der Beilagen);

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (14 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Zucker-gesetz geändert wird (56 der Beilagen);

7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Stärke-gesetz geändert wird (57 der Beilagen);

8. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (17 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundes-gesetz betreffend eine Abgabe auf bestimmte Stärkeerzeugnisse geändert wird (59 der Beilagen);

9. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (16 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Aus-gleichsabgabengesetz geändert wird (58 der Beilagen);

10. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (20 der Beilagen): Nebengebührenzulagengesetz (60 der Beilagen);

11. Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Landeslehrer-Dienstgesetz abgeändert wird (61 der Beilagen);

12. Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forst-wirtschaftliche Landeslehrer-Dienstgesetz ab-geändert wird (62 der Beilagen);

13. Bericht des Finanz- und Budgetaus-schusses über die Regierungsvorlage (21 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Umsatz-steuergesetz 1959 geändert wird (63 der Bei-lagen);

14. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (12 der Beilagen): Zollab-kommen über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (66 der Beilagen);

15. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (19 der Beilagen): Emp-fehlung vom 9. Juni 1970 des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zoll-wesens hinsichtlich der Änderung des Zoll-tarifschemas für die Einreihung der Waren in die Zolltarife (69 der Beilagen);

16. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (18 der Beilagen): 7. Zoll-tarifgesetznovelle (67 der Beilagen);

17. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (24 der Beilagen): 8. Zoll-tarifgesetznovelle (68 der Beilagen);

Präsident Probst

18. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (23 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII — Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abgeändert wird (70 der Beilagen);

19. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (22 der Beilagen): 5. EFTA-Durchführungsgesetz (65 der Beilagen);

20. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (27 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt

„EUROCONTROL“ über die Einhebung von Flugsicherungsstreckengebühren (84 der Beilagen);

21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (39 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend Flugsicherungsstreckengebühren (85 der Beilagen);

22. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 8/A (II-29 der Beilagen) der Abgeordneten Blecha und Genossen betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1967 (64 der Beilagen).

Eine Fragestunde findet nicht statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr